

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

---

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

**SEDUTA**

**81.**

**SITZUNG**

**7-11-1962**

**Presidente: ROSA**

**IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE**



## INDICE

**D. segno di legge n. 24 :**  
**« Ordinamento dei Comuni »**  
**(rinvio dal Governo)**

**pag. 3**

## INHALTSANGABE

**Gesetzentwurf Nr. 24 :**  
**« Gemeindeordnung »**  
**( von der Regierung rückverwiesen )**

**Seite 3**



A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI



Ore 10.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

VINANTE (Segret. questore - P.S.I.):  
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 6-11-1962.

VINANTE (Segret. questore - P.S.I.):  
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Comunico che in data 6 novembre 1962, la Giunta regionale ha presentato il disegno di legge n. 94: « Approvazione dello Statuto del fondo di previdenza e di quiescenza a favore del personale degli enti locali ».

Riprende la trattazione del **punto 14 dell'Ordine del giorno**: Disegno di legge n. 24: « *Ordinamento dei Comuni* » (rinviato dal Governo).

Sono iscritti ancora a parlare il cons. Raffaelli, il dr. Benedikter e il cons. Nardin.

La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Ho promesso ieri, nel fare quella tale proposta che i colleghi conoscono, che l'avrei mantenuta se essa avesse raccolto una larga, per non dire larghissima, maggioranza. Ma, allo scopo di accelerare i tempi, ieri, dopo la sospensione della seduta, ho cercato di conoscere il pensiero di vari gruppi, anche se non mi è stato possibile conoscere il pensiero di tutti. Dai gruppi di maggioranza mi è stato fatto presente che, pur apprezzando la proposta per le ragioni stesse per le quali era stata avanzata, si era piuttosto orientati verso il mantenimento della legge nel suo complesso, e verso quindi la prospettiva di un rinvio davanti alla Corte costituzionale; prospettiva che, come ho già detto ieri, neanche a noi dispiace, per cui, venendo a cadere le premesse, sulle quali questa proposta poteva essere mantenuta, la proposta stessa viene ritirata. So che qualche gruppo sarebbe stato favorevole, ma manteniamo fede alla nostra precisazione iniziale, cioè, avendo accertato che non c'è questa larga maggioranza, non ci pare il caso di batterci per una soluzione alternativa, sulla quale noi non eravamo del parere di impuntarci eccessivamente. Quindi la ritiriamo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Diese Sache ist nun das sechste Mal im Regionalrat. Das erste Mal wurde ein Entwurf einer neuen Gemeindeordnung im Herbst 1956 dem Regionalrat vorgelegt. Damals beschloß der Regionalrat, das Gesetz nicht mehr vor den Wahlen im November 1956 zu verabschieden, sondern es auf die nächste Legislatur zu vertagen. Es wurde dann dieses Gesetz im Jahr 1958 zweimal vom Regionalrat verabschiedet. Dabei erfolgten nach der zweiten Verabschiedung durch den Regionalrat im Dezember 1958 Verhandlungen beim Ministerpräsidium, auch mit dem zuständigen Unterstaatssekretär, wobei geklärt wurde, daß die einzigen verfassungsrechtlichen Einwände anlässlich der zweiten Verabschiedung durch den Regionalrat die Bestimmungen über den Sprachgebrauch und den Erlaß von Durchführungsbestimmungen betrafen. Letztere waren damals noch nicht erschienen; bekanntlich sind sie im Jahre 1960 herausgekommen. Die Region kann hiernach den Sprachgebrauch im öffentlichen Leben im allgemeinen nicht selbständig regeln. Der zweite Einwand betraf die Befugnis zur Auflösung der Gemeinderäte. Diese beiden Einwände scheinen in der Rückverweisung von 1958, d.h. in der vorletzten, als die einzigen *rilievi di incostituzionalità* auf. Inzwischen sind beide Einwände durch Urteile des Verfassungsgerichtshofes und durch die Durchführungsbestimmungen überwunden. Das Gesetz erfuhr trotzdem eine neuerliche Rückverweisung, wobei nicht nur die Frage der Auflösung der Gemeinderäte und die Frage der Bestimmungen über den Sprachgebrauch, sondern auch eine dritte Frage aufgetaucht ist, und zwar hinsichtlich der Zuständigkeit der Region und Provinzen, von den Gemeinden statistische Unterlagen zu verlangen. Dieser Einwand wurde 1958 nicht gemacht, ist auch übrigens in der Zwischenzeit

durch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes geklärt. Man kann behaupten, daß alle diese Einwände: Sprachgebrauch, Auflösung der Gemeinderäte und Statistik, durch Durchführungsbestimmungen und durch Urteile des Verfassungsgerichtshofes bereits geklärt sind, so daß inzwischen bereits eine Lage geschaffen wurde, die es der Zentralregierung erlauben sollte, auch auf Grund von Urteilen des Verfassungsgerichtshofes eine verantwortliche Entscheidung zu fällen, wobei sie sich, wie wir ohne weiteres annehmen, eben an diese Urteile halten kann und, indem sie sich an diese Urteile hält, auch das Gesetz, so wie es ist, annehmen kann. Wir wissen auch, daß für dieses Gesetz nach der letzten Verabschiedung im Juli bis zum letzten Augenblick die Wahrscheinlichkeit bestand, daß es angenommen, und nicht, daß es rückverwiesen würde, ferner, daß lediglich die Frage der Befugnis über die Auflösung der Gemeinderäte umstritten war und noch Gegenstand von Diskussionen mit der Zentralbürokratie ist. Doch auch darüber ist ein Einvernehmen erzielt worden in dem Sinne, daß das Gesetz mit Vorbehalt in Kraft treten kann, daß die Regierung eventuell im Wege von Durchführungsbestimmungen eine Art von Koordinierung schafft zwischen der Befugnis der Region, die Gemeinderäte wegen Gesetzesverletzungen aufzulösen, und der Befugnis des Staates oder des Regierungskommissärs, die Gemeinderäte aus Gründen der öffentlichen Ordnung aufzulösen. Die Regierung hätte sich also gerade diese Befugnis vorbehalten, was soundso gegeben gewesen wäre. Im letzten Augenblick ist es dann aber zu dieser Rückverweisung gekommen, wobei zu diesem einen Punkt, der umstritten war, zwei weitere Punkte hinzugefügt worden sind. Ich muß daher annehmen, daß diese Hinzufügung nur erfolgt ist, um gewissermaßen die Rückver-

weisung irgendwie auszufüllen. Diese Rückverweisung erfolgte also wie gesagt im letzten Augenblick, nachdem eine Vereinbarung hinsichtlich des Inkrafttretens getroffen worden war. Es war meines Erachtens das Ergebnis eines Kurzschlusses, der überwunden werden kann. Wenn ich auch im Namen der Gruppe für den Beharrungsbeschluß eintrete, dann tue ich es in der Erwartung, daß die Zentralregierung auf Grund dieses Beharrungsbeschlusses und dieser Willensäußerung des Regionalrates das Gesetz in Kraft treten läßt, daß sie es also nicht anfecht und sie es nicht vor den Verfassungsgerichtshof bringt, und zwar auf Grund der bestehenden Rechtslage, d.h. der bestehenden Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes, die es ihr ohne weiteres erlauben, die Verantwortung für das Inkrafttreten des Gesetzes zu übernehmen. Dabei möchte ich auch darauf hinweisen, daß die Punkte, weswegen die Rückverweisung erfolgt ist, nicht nur wichtig und nicht nur von grundsätzlicher Bedeutung sind, sondern auch von praktischer Bedeutung — ich verweise besonders auf die Frage des Einholens statistischer Unterlagen — und, was die Auflösung der Gemeinderäte betrifft, von einer grundsätzlichen Bedeutung hinsichtlich der Behauptung der autonomen Ordnung. Der zuständige Assessor hat bereits die rechtlichen Argumente gebracht, weswegen man annehmen kann, daß die Zentralregierung nicht die Frage der Verfassungswidrigkeit aufwerfen, also nicht den Weg zum Verfassungsgerichtshof beschreiten dürfte. Ich möchte nur ein Argument hinzufügen hinsichtlich der Befugnis der Regionen, die Gemeinderäte aus Gründen von Gesetzesverletzungen aufzulösen. Wir wissen, daß diese Befugnis in Sizilien und im Aosta-Tal besteht. In Sizilien, indem sie in einem entsprechenden Gesetz der Gemeindeordnung der Region Sizilien einge-

führt wurde, das in diesem Punkt nicht angefochten worden ist; im Aosta-Tal, welches keine gesetzgebende Befugnis hinsichtlich Gemeindeordnung (*ordinamento dei comuni*) hat, sondern nur über die Kontrolle der Gemeinden, wobei im Autonomiestatut des Aostatales jedoch ausdrücklich vorgesehen ist, daß die Regionalregierung die Gemeinderäte auflösen kann. Diesbezüglich ist es jedoch zu einer Feststellung von Seiten des Verfassungsgerichtshofes gekommen, mit der die Befugnis der Region Aosta bestätigt wurde, die Gemeinderäte aufzulösen, falls es sich um Gesetzesverletzungen, nicht hingegen, wenn es sich um Fragen der öffentlichen Ordnung handelt. In diesem Urteil steht ein Satz, der sich genau auch auf die uns berührende Frage bezieht. In dem Urteil Nr. 40 vom 11. Juli 1961 heißt es: « Tutto ciò conferma che l'unico elemento sicuro per procedere ad una esatta interpretazione del comma 2° dell'art. 43 dello Statuto della Valle d'Aosta è quello tratto dal sistema dello Statuto. Poiché da un canto la materia del controllo sugli atti degli enti locali è di spettanza della Regione, mentre dall'altro canto la materia della tutela dell'ordine pubblico è di spettanza dello Stato, la logica del sistema conduce a fare tenere che lo scioglimento degli organi di tali enti deve competere alla Regione, quando causa del provvedimento sia la persistente violazione della legge, ed allo Stato quando la causa risiede nella tutela dell'ordine pubblico ». So hat der Verfassungsgerichtshof am 11. Juli 1961 festgestellt; und wenn das nun für das Aosta-Tal gilt, so muß ich sagen, daß das umsomehr für diese Region gelten muß, welche zum Unterschied vom Aosta-Tal eine Gesetzgebungskompetenz hinsichtlich der Gemeindeordnung hat. Sie hat dieselbe zusammen mit den Provinzen, um über die Gemeindeord-

nung im allgemeinen und ganz besonders auch über die Kontrolle zu beschließen. Also es müßte meiner Ansicht nach dieser Satz allein schon genügen, um die Zentralregierung zu veranlassen, in diesem Punkt den Widerstand gegen das Inkrafttreten des Gesetzes aufzugeben.

Hinsichtlich der statistischen Erhebungen hat der zuständige Assessor bereits das entscheidende Argument eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes, das die Provinz Bozen betrifft, gebracht, ein Urteil, in welchem geklärt worden ist, daß die statistischen Erhebungen wohl in die Zuständigkeit der autonomen Organe fallen, sei es Region oder Provinz, soweit es sich um Sachgebiete handelt, wo eben diese autonomen Körperschaften zuständig sind, und das ist meiner Ansicht nach auch im Gesetz zum Ausdruck gebracht, wo es heißt, daß die Region und die Provinzen statistische Auskünfte hinsichtlich der sie interessierenden Tätigkeiten verlangen können. Interessieren kann die Region bzw. die Provinzen nur eine Tätigkeit, für die sie von Rechts wegen zuständig sind. Was den Sprachgebrauch betrifft, war der Einwand im Jahre 1958 der, daß die Region nicht Bestimmungen über den Sprachgebrauch hinsichtlich des öffentlichen Lebens im allgemeinen erlassen kann, weil diese Sache der staatlichen Gesetzgebung oder den Durchführungsbestimmungen vorbehalten sei. Inzwischen sind diese Durchführungsbestimmungen im Jahre 1960 erschienen und die Region hat sich insofern hier voll und ganz angepaßt, als sie aus Gründen der besseren Konsultierung und der Koordinierung einfach diese Durchführungsbestimmungen zusammengefaßt wiederholt und dabei ausdrücklich hinweist: « L'uso della lingua tedesca è regolato a sensi degli articoli . . . dello Statuto e delle norme di attuazione ». Also es wird ausdrücklich darauf

hingewiesen, daß es sich lediglich um die Wiederholung von durch Staatsgesetz erlassenen Bestimmungen handelt. Damit möchte ich jedoch den Regionalrat nicht weiter aufhalten, denn ich glaube, die wesentlichen — abgesehen von anderen Gründen, die ja auch noch eine Rolle spielen — rechtlichen und auch politischen Gründe aufgezeigt zu haben, weswegen wir der Ansicht sind, daß der Weg des Beharrungsbeschlusses der einzige ist, den der Regionalrat nun beschreiten kann und soll. Dies nach einer Behandlung dieses Themas, die nach sechsmaliger Behandlung im Regionalrat nicht grundleglicher und erschöpfender hätte sein können. Die Fragen, die sich schon einmal im Jahre 1958 als verfassungsrechtliche herausgestellt haben, sind ja tatsächlich bereits durch Durchführungsbestimmungen und Urteile des Verfassungsgerichtshofes geklärt worden. Wir dürfen daher erwarten, daß die Zentralregierung auf Grund dieser Vorgänge das Inkrafttreten nicht verhindert. Ich möchte nur eines hinzufügen. Es wird vielfach als besonderes Merkmal der jetzigen Zentralregierung die Tatsache dargestellt, daß diese Regierung wirklich ihr Regierungsprogramm ernst nimmt und sich daran hält; ferner, daß dieses Programm nicht nur als eine Art *materia di baratto* betrachtet wird, über die man von Fall zu Fall verhandelt, um den Regierungsparteien vielleicht kleinere Vorteile einzuräumen, während das Programm gewissermaßen nur *pro forma* vorhanden ist. Diese Regierung hält sich an das Regierungsprogramm. Im Regierungsprogramm derselben steht die Verwirklichung der Verfassung im allgemeinen, im besonderen die Verwirklichung der Prinzipien der Regionalautonomien und auch der Gemeindeautonomie. Man kann ohne weiteres behaupten, daß das sofortige Inkrafttreten dieses Gesetzes der Verwirklichung dieses Programmes auch auf

gesamtstaatlicher Ebene förderlich sein dürfte, so daß es im Sinne auch der Bestrebung der jetzigen Zentralregierung liegt.

*(Questa legge giunge per la sesta volta in Consiglio regionale: la prima volta venne presentato al Consiglio, nell'autunno 1956, il progetto di un nuovo ordinamento comunale che il Consiglio deliberò di non emanare prima delle votazioni del novembre 1956 ma di rimandare alla prossima legislatura. Nel 1958 la legge fu esaminata due volte in questa sede e, dopo il secondo varo del provvedimento in dicembre, si svolsero contatti con la Presidenza del Consiglio dei Ministri ed anche con il Sottosegretario di Stato responsabile del settore. In quella occasione ci fu chiarito che i due soli rilievi di natura costituzionale restanti erano quello relativo ai capitoli sull'uso della lingua e sull'emanazione di norme di attuazione al riguardo, che a quel tempo non erano ancora state pubblicate — lo furono poi nel 1960: in base a queste la Regione non può in generale regolamentare l'uso della lingua nella vita pubblica —, la seconda obiezione riguardava la competenza a sciogliere i consigli comunali. Questi gli unici rilievi di natura costituzionale che hanno motivato la mancata accettazione del 1958, ambedue superati nel frattempo da sentenze della Corte costituzionale e da norme di attuazione. Tuttavia la legge è stata respinta un'altra volta e non soltanto col rilievo sulla competenza a sciogliere i consigli comunali o quello sull'uso della lingua bensì con un ulteriore motivo di impugnazione, sulla competenza della Regione e delle Province a richiedere ai Comuni dati statistici, rilievo questo che non era stato fatto precedentemente e che nel frattempo è stato definito da una sentenza della Corte costituzionale. Si può ben affermare che ormai questi tre rilievi sono su-*

*perati da norme di attuazione o da sentenze della Corte costituzionale, che ormai si è maturata una situazione che dovrebbe consentire al Governo di decidere in piena responsabilità attenendosi alle sentenze della stessa Corte e di accettare la legge così com'è. Del resto sappiamo bene che dopo l'ultima promulgazione in luglio le probabilità di un'accettazione erano ben maggiori che quelle di un rinvio; inoltre che il problema dello scioglimento dei consigli comunali rimaneva l'unico scoglio e che esso è ancora oggetto di discussione con gli esponenti della burocrazia romana. Anche per questo però si era ormai giunti ad un accordo nel senso che la legge sarebbe potuta entrare in vigore con la riserva che il Governo, eventualmente a mezzo di norme di attuazione, sarebbe intervenuto con una specie di coordinazione fra la facoltà della Regione di sciogliere i consigli comunali per violazione della legge e le facoltà dello Stato o del Commissario del Governo a tale scioglimento per motivi di ordine pubblico, facoltà che lo Stato si sarebbe riservato in ogni modo. All'ultimo momento però la legge è stata rinviata aggiungendo a questo punto dubbio gli altri due, senz'altro per motivare più decisamente il rinvio sopraggiunto all'ultimo momento quando già ci si era messi d'accordo per l'entrata in vigore. Devo presumere che si tratti di un . . . corto circuito in sede romana, di uno scoglio che può essere superato. Insisto anche da parte del mio gruppo per una riapprovazione della legge, nella fiduciosa attesa che il Governo, appunto per questa riapprovazione e dimostrazione di volontà, lasci entrare in vigore la legge senza portarla dinanzi alla Corte costituzionale, e questo in base alla giurisprudenza attuale della stessa Corte che permette al Governo di addossarsi la responsabilità per l'entrata in vigore della legge. I punti di rinvio non*

banno soltanto una notevole importanza di principio ma anche un'importanza pratica, soprattutto per quanto riguarda la rilevazione dei dati statistici; lo scioglimento dei consigli comunali costituisce invece una questione fondamentale per l'affermazione dei diritti di autonomia. L'Assessore ha già esposto le considerazioni legali per cui il Governo non potrà sollevare obiezioni di incostituzionalità né perciò scegliere la via della Corte costituzionale: vorrei aggiungere soltanto un argomento sulla competenza della Regione a sciogliere i consigli comunali in caso di atti illegittimi. Sappiamo che questa competenza esiste già in Sicilia e nella Regione aostana: nella prima questo provvedimento è previsto dalla locale legge regionale sull'ordinamento dei Comuni e non è stato impugnato; nella seconda, che non ha competenza legislativa sull'ordinamento comunale ma soltanto in materia di controllo, è dichiarato esplicitamente nello Statuto di autonomia che il Governo regionale ha facoltà di sciogliere i consigli comunali. A questo proposito si è avuto un accertamento da parte della Corte costituzionale la quale ha confermato la competenza della Regione aostana a sciogliere i consigli comunali in caso di atti di illegittimità, non però per motivi di ordine pubblico. In tale sentenza c'è una frase che va a pannello anche a noi, la sentenza è quella dell'11 luglio 1961, n. 40: « Tutto ciò conferma che lo unico elemento sicuro per procedere ad una esatta interpretazione del comma 2° dell'art. 43 dello Statuto della Valle d'Aosta è quello tratto dal sistema dello Statuto. Perché da un canto la materia del controllo sugli atti degli enti locali è di spettanza della Regione, mentre dall'altro canto la materia della tutela dell'ordine pubblico è di spettanza dello Stato, la logica del sistema conduce a fare tenere che lo scioglimento degli organi di tali enti deve com-

petere alla Regione quando causa del provvedimento sia la persistente violazione della legge, ed allo Stato quando la causa risiede nella tutela dell'ordine pubblico ». Se questo è valido per la Valle d'Aosta lo sarà a maggior ragione per noi; la nostra Regione ha, a differenza di quella aostana, competenza anche in campo di ordinamento comunale in genere ed in materia di controllo in particolare, insieme con le Province. A mio avviso questo passo dovrebbe bastare a convincere il Governo a lasciare ogni resistenza su questo punto contro l'entrata in vigore della legge. Per quanto riguarda i rilievi statistici, l'Assessore competente ha già fatto presente un argomento decisivo che deriva da una sentenza della Corte costituzionale riguardante la Provincia di Bolzano, sentenza in cui si dichiara che le indagini statistiche sono sì di competenza degli organismi autonomi, Regione e Provincia, ma soltanto per quanto si riferisce alle materie appunto di loro competenza. Mi sembra che con ciò sia già contenuto nella dizione della nostra legge, là dove si dice che la Regione e le Province possono assumere informazioni statistiche riguardo alle attività che loro interessano, attività cioè di cui esse abbiano la competenza legislativa. Per l'uso della lingua, l'obiezione del 1958 era quella che la Regione non poteva emanare disposizioni generali sull'uso della lingua nella vita pubblica, essendo tale campo riservato alla legislazione o alle norme di attuazione dello Stato. Nel 1960 sono uscite le disposizioni statali in questo settore e la Regione vi si è attenuta completamente riportando semplicemente in riassunto, per facilitarne la consultazione ed il coordinamento, le norme dello Stato ed avvisando esplicitamente che l'uso della lingua tedesca è regolato a sensi degli articoli tale e talaltro dello Statuto e delle relative norme di attuazione. Si fa cioè riferimen-

*to esplicito al fatto che si tratta soltanto della ripetizione di disposizioni emesse con legge dello Stato.*

*Non vorrei trattenere oltre il Consiglio ma ormai credo — a parte altre ragioni, anch'esse di qualche importanza — di aver citato le principali ragioni giuridiche ed anche politiche in base alle quali la via della riconferma appare l'unica che il Consiglio può e deve prendere. La trattazione del tema non avrebbe potuto essere più approfondita e completa di quanto lo sia già stata dopo sei dibattiti in Consiglio regionale. Le questioni di incostituzionalità del 1958 sono state effettivamente già tutte chiarite da norme di attuazione e da sentenze della Corte costituzionale perciò dobbiamo aspettarci che il Governo non ostacoli più l'entrata in vigore della legge. Ancora una osservazione: si è citata spesso come caratteristica dell'attuale Governo il fatto che esso sembra prendere sul serio il suo programma e vi si attiene; inoltre che questo programma non viene considerato soltanto come una specie di materia di baratto su cui mercanteggiare di volta in volta per il raggiungimento di determinati vantaggi a favore del partito al Governo. Il presente Governo è fedele al suo programma: in esso è compresa l'attuazione della Costituzione in generale e quella dei principi dell'autonomia regionale e comunale in particolare. Si può senz'altro credere che l'immediata approvazione della legge dovrebbe risultare utile all'attuazione di questo programma anche in campo nazionale e perciò essere in perfetta armonia con le direttive dell'attuale Governo.)*

PRESIDENTE: La parola al consigliere Nardin.

NARDIN (P.C.I.): M'ero iscritto a parlare sulla proposta Raffaelli, e stamattina sono

stato lieto che il capogruppo socialista l'abbia ritirata, perché noi non l'avremmo accolta.

Le ragioni sono tante, e in parte sono state anche lumeggiate poc'anzi dal collega Benedikter, le cui dichiarazioni, in buona parte, approviamo.

Resta il fatto che ci troviamo dinanzi ad una legge, contro la quale si è rivelato, nel corso di questi anni, un particolare accanimento da parte dei Governi e dei magnati della burocrazia statale. E penso che la riapprovazione di questo disegno di legge da parte nostra, debba precedere una intensa azione politica presso il Governo e, se necessario, anche presso quei partiti che alla Camera sostengono, nella loro linea politica, quanto noi proponiamo attraverso questo disegno di legge; una intensa azione politica, tendente a far rispettare il diritto dei nostri Comuni e della nostra Regione.

Diritto che sembra una cosa molto elastica, se pensiamo che ogni Governo ha interpretato a modo suo le prese di posizione, i pronunciamenti del Consiglio regionale, in ordine alla legge sull'ordinamento dei Comuni, obiezioni superate nel passato con troppa buona volontà, forse, dal nostro Consiglio regionale, e comunque mai completamente accolte, da parte dei Governi e della burocrazia statale.

Anche in questo caso ci troviamo veramente dinanzi, a mio parere, ad un caso limite: le osservazioni, i rilievi del Commissario del Governo. Caso limite, che ci deve veramente indurre a trovare finalmente quella strada per una più adeguata difesa delle prerogative della nostra Regione e dei diritti dei nostri Comuni.

Non comprendiamo come buona parte ancora della politica che ispira il Governo, sia da considerare ancora corrispondente, fondamentalmente, alla linea dello Stato accentratore, ma non possiamo più seguire il Gover-

no su questa strada, per cui è auspicabile che il Governo non si serva dell'art. 82 dello Statuto per impugnare dinanzi alla Corte costituzionale questa legge, e finalmente ponga la parola « fine » alla guerra fredda, nei confronti della nostra Regione, a proposito della legge sull'ordinamento dei Comuni. Tanto più che quando i rilievi vengono mossi con quella solennità con cui sono stati mossi, in ordine, ad esempio, alle competenze in campo statistico, si arriva veramente al grottesco e lo abbiamo rilevato anche più di una volta, nel passato.

A un bel momento c'è da chiedersi che cosa c'è di nuovo in questa linea, che si vuole mantenere in uno dei campi fondamentali della vita della nostra Regione, e che può costituire un principio nuovo, almeno per alcune parti, per la vita dei Comuni italiani; c'è veramente da chiedersi che cosa di nuovo c'è in questa azione governativa, che dice molte cose nel suo programma, — e l'ha rilevato il dr. Benedikter poc'anzi —, ma che poi nella pratica segue la prassi del passato.

Sarebbe veramente un dimostrare che c'è qualche cosa di nuovo nell'approvare questa legge, da parte del Governo, anche se dobbiamo considerare che questa legge corrisponde a più di un compromesso, forse eccessivo compromesso, da parte della nostra Regione nei confronti dei rilievi, delle obiezioni, della pervicace e tenace volontà di opposizione del potere centrale, in questo settore.

È ora di far capire al Governo, che una Costituzione, i principi dell'ordinamento giuridico, ecc., non possono essere interpretati, ad ogni stormir di fronda, in modo diverso; che non si può, perché c'è questo Governo o perché c'è quell'altro, perché c'è questo ufficio o perché c'è quell'altro, il tutto esser interpretato, di anno in anno, in modo difforme. È

ora di farla finita, in quello Stato che si vuole sempre chiamare lo Stato del diritto.

Secondo. Se questa azione politica, — che io spero finalmente venga svolta in maniera sufficiente, non soltanto fondandosi sulla solita delegazione parlamentare trentina —, se questa azione non porterà al risultato da noi auspicato e il Governo impugnerà dinanzi alla Corte costituzionale questo disegno di legge, allora dobbiamo veramente fare in modo che la Corte costituzionale abbia presente, sul piano storico e del diritto, tutto quanto è avvenuto a proposito di questa legge, nel corso di questi anni.

La nostra difesa deve essere particolarmente agguerrita, la posizione della Regione deve essere sufficientemente resa presente alla Corte costituzionale. E su questo, richiamo già l'attenzione di chi di dovere, nel nostro Consesso, affinché si provveda eventualmente in tempo ed in maniera adeguata. È necessario quindi che la nostra eventuale difesa sia non soltanto una difesa di un diritto incontestabile della nostra regione e dei nostri comuni, ma sia anche un atto che denuncia alla Corte costituzionale un modo di agire, come quello che si è rivelato nel corso di questi anni da parte dei vari Governi e del potere centrale, un modo di agire che deve cessare nel nostro Paese.

Mi son chiesto, — come si è chiesto il dr. Benedikter, mi pare —, se questo nuovo atto di cattiva volontà da parte del Governo, sia proprio al di fuori della normalità; se cioè costituisca un neo all'attuale volontà governativa di intraprendere quelle riforme indispensabili nel nostro Paese, previste soprattutto dalla Costituzione, che devono formare la Repubblica italiana, fondare, meglio, la Repubblica italiana sullo stato regionale e, in questo quadro, assicurare ai Comuni quella legittima

autonomia che è prevista dalla nostra Costituzione. Mi sono chiesto se è un neo, una distrazione, ma non credo, specie in questo momento. Perché abbiamo visto molto accanimento, da parte dei detrattori dell'attuale politica governativa, esistente all'interno della stessa maggioranza governativa, contro disegni di legge come quello dell'ENEL, o in altri campi, ma mai abbiamo assistito a un accanimento, come quello dimostrato da costoro, e non soltanto da costoro, per esempio per quanto riguarda l'impegno a proposito delle regioni. E non a caso, in questo momento, si è posto in forse tutto il programma governativo, soprattutto in corrispondenza delle critiche, — e non soltanto delle critiche, ma delle azioni —, promosse all'interno della maggioranza governativa, contro l'impegno regionalistico.

Ora voi vedete che il tutto collima, anche la posizione assunta dal Governo, a proposito della legge sull'ordinamento dei comuni, che è una delle riforme fondamentali, anche se ancora timida, nella nostra vita regionale. Il tutto collima. E questa ennesima presa di posizione governativa, nei confronti di questa nostra legge regionale, si inquadra in quella che è la politica del momento, cioè non cedere o cedere il meno possibile a proposito della istituzione delle regioni, e quindi a proposito di tutta la politica di decentramento, che deve, nel futuro, cambiare tutta la fisionomia del nostro Paese, tutta la vita degli enti locali in Italia.

Quindi c'è da riflettere veramente dinanzi a questa opposizione, dinanzi a questa dimostrazione di cattiva volontà da parte governativa nei confronti della nostra Regione e dei nostri Comuni.

È quindi indispensabile, dopo tutti questi anni, che finalmente sia condotta un'azione politica, sufficiente ed adeguata a difendere,

non soltanto le legittime attese dei Comuni ed anche nostre, ma soprattutto a difendere quelle prerogative assegnateci dallo Statuto.

PRESIDENTE: Nessun altro prende la parola? La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Signori consiglieri, anche noi avevamo esaminato, come il gruppo socialista, l'opportunità di vedere se potevamo proporre al Consiglio regionale uno stralcio dei tre articoli che hanno formato causa di oggetto di rinvio da parte del Governo, di questo disegno di legge. E vorrei dire che, in un primo tempo, ci allettava senz'altro l'idea di vedere stralciati questi tre articoli, e di considerare che, in questo modo, noi avremmo potuto dare ai nostri Comuni la possibilità di avere finalmente questa legge approvata e di poter dare quindi soddisfazione ad una esigenza, che abbiamo molte volte qui sottolineato.

Quindi lo stralcio avrebbe portato indubbiamente dei vantaggi di carattere pratico; però noi abbiamo anche considerato tutta un'altra serie di motivi, che invece, alla fine, ci dicono l'opportunità che noi insistiamo per l'approvazione *in toto* della legge che è stata rinviata.

Abbiamo considerato infatti che questa materia ha formato oggetto di un ampio dibattito, in questi anni, in Consiglio regionale. Io vorrei affermare che, probabilmente, — e sono certo di essere vicino alla realtà —, probabilmente non vi è stato alcun disegno di legge che abbia comportato sedute ed ore di discussione in Consiglio regionale in questi anni, come questo disegno di legge, che riguarda l'ordinamento dei Comuni.

Ormai noi ce lo troviamo qui per la sesta volta. Abbiamo dimostrato, in tutto quello che

è stato il difficile *iter* di questo disegno di legge, la più ampia buona volontà di considerazione, anche di quelle che sono state, in passato, le osservazioni del Governo.

Se noi consideriamo il primo disegno di legge, consideriamo poi le modifiche che abbiamo apportato nella seconda discussione, le modifiche che abbiamo apportato nella terza e così via, noi dobbiamo convincerci e dobbiamo affermare che vi è stata, da parte di tutti i gruppi politici che hanno partecipato alla diffusione di questo disegno di legge, la più ampia dimostrazione e la più buona volontà di emendare, ove era possibile, il disegno di legge, di apportare, sempre nei limiti del possibile e compatibilmente con i nostri principi autonomistici, quelle modifiche che ci erano state suggerite dal Governo.

Ora però, di fronte a questo ulteriore rinvio, di fronte poi alla constatazione che noi, nell'ultima approvazione del disegno di legge, abbiamo visto convergere sulla approvazione stessa la più ampia maggioranza da parte del Consiglio, riteniamo che sia veramente utile, sia veramente opportuno che noi approviamo nuovamente il disegno di legge, al fine di poter considerare, di poter appurare fino in fondo i limiti della nostra competenza, i limiti della nostra autonomia.

Io non voglio fare qui il discorso che ho fatto ieri, ma in pratica si tratta sempre dello stesso argomento. Noi abbiamo in questa materia competenza concorrente, abbiamo necessità, proprio in questa materia, su questa legge che è così importante, che vi sia una pronuncia, se è necessaria, da parte della Corte costituzionale, affinché noi conosciamo esattamente i limiti della nostra competenza.

Ora, io mi domando: il Governo avrà ragione a sostenere quello che ha sostenuto finora? Abbiamo ragione noi? Io credo che, sia

da parte governativa, come da parte nostra, vi siano senz'altro dei margini di possibilità di torto e di possibilità di ragione. Non credo che, nelle osservazioni che sono state fatte anche dal Governo, vi sia l'assoluta certezza sulla incostituzionalità di talune norme, come ad esempio quella riguardante le statistiche e le informazioni.

Io ritengo d'altronde che neppure qui in Consiglio regionale noi possiamo avere a disposizione dei consiglieri, e forse neppure dei funzionari, così profondi nella materia che riguarda la Costituzione e quindi quello che è considerato il diritto costituzionalistico, — io credo che non vi sia una tale competenza da parte nostra —, da poterci dire che questo disegno di legge, come noi proponiamo che venga approvato, sia tale veramente da essere rinviato una ulteriore volta dal Governo e da essere magari poi rigettato in sede di Corte costituzionale.

Quindi, per tutte queste considerazioni, proprio perché riteniamo che sia necessario in questo momento ribadire ulteriormente le nostre competenze e vedere i limiti della nostra autonomia, noi riteniamo che sia veramente utile ed opportuno che questo disegno di legge venga un'altra volta riapprovato dal Consiglio regionale, e ci auguriamo che su questa nostra proposta vi sia la più ampia maggioranza di voti.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Onorevole Presidente, io prendo la parola per la seconda volta in questo argomento, dopo aver ascoltato gli interventi dei colleghi, in rappresentanza degli altri partiti che ieri non avevano parlato e che quindi non avevano espresse le

loro opinioni ed i loro concetti su questa legge, che ci siamo ritrovati a ridiscutere, e prendo la parola dopo che ho inteso le proposte loro, di rivotare *sic et simpliciter* il disegno di legge, senza tener conto alcuno delle osservazioni che il Governo si è premurato farci avere.

E prendo la parola, perché questa loro richiesta mi pare non trovi sostegno alcuno di serietà, in quella che è la relazione che la Commissione competente per gli affari generali ci ha voluto consegnare.

Infatti leggo: la Commissione degli affari generali, attività sociali, igiene e sanità, riunitasi il giorno 11 ottobre 1962, ha esaminato il disegno di legge di cui sopra.

Ora io mi rifiuto di credere, onorevole Presidente, che in un giorno, anzi in poche ore di riunione di questa Commissione, si siano potute seriamente vagliare tutte le obiezioni mosse dagli uffici competenti al disegno di legge, e si sia potuto concludere nella maniera con la quale si è concluso. Ed io non trovo assolutamente possibile che il Consiglio regionale possa ritenere valida una simile formulazione, a meno che non convenga con il sottoscritto, che in quelle poche ore la Commissione si era riunita nella sua competenza di affari riguardanti l'igiene e non certo come competente gli affari riguardanti le leggi generali di ordinamento delle nostre amministrazioni.

Voglio dire che, in quella riunione, si è partiti con il preconcetto di non voler tener conto assolutamente delle obiezioni mosse a questo disegno di legge.

Ora a me non pare, seriamente non pare, che così si possa procedere. Anche perché, torno a ripetere, io non ho inteso argomentazioni alcune, atte e capaci a smantellare quanto è stato proposto alla nostra attenzione.

Ho ascoltato prima, per esempio, cosa l'Assessore Benedikter ha detto, ha voluto ri-

proporci, in merito all'art. 4 di questo disegno di legge. E scusate, onorevoli consiglieri, io non posso assolutamente pensare che in ciascuno di noi siano nati dubbi sulla validità di quanto l'Assessore Benedikter ha voluto proporre alla nostra attenzione.

Perché è evidente che qui noi ripropo- niamo il testo di norme d'attuazione emanate dallo Stato, le quali sono manifestazioni di una volontà che non può essere la nostra volontà, e che, in quanto manifestatasi, non ha bisogno e non ammette il voto di una Assemblea legislativa, che con questo atto di volontà crea la legge, perché noi ci troviamo di fronte a norme che hanno già incontrato il legislatore. E non si può tranquillamente dire che questa affermazione è campata in aria, e non ha una sua validità.

Piuttosto, onorevoli consiglieri, viene da domandarsi perché tanto si insiste, perché tanto ci si accanisce nel voler riproporre norme che noi non possiamo votare. Evidentemente perché si richiede il manifestarsi nuovo di una volontà nuova, capace di creare un atto legislativo nuovo. Ed è logico che sia così, perché, quando si afferma che tutte le disposizioni emanate dallo Stato incontrano qui dentro il loro totale accoglimento, non si è nel vero, perché, torno a ripetere, come già ieri dissi, che ad esempio è ignorata da noi, in questo art. 4, la disposizione precisa, che dice che queste norme emanate dallo Stato a regolare l'uso e l'impiego della lingua tedesca, riguardano esclusivamente i cittadini italiani di lingua tedesca. Ora se io ignoro questo nell'art. 4, è evidente che creo un qualche cosa di nuovo, ed allora è logico che il Consiglio regionale sia chiamato ad esprimere con un voto questa sua volontà. Ma, torno a ripetere, badate bene che qui siamo in pieno bisticcio, e siamo in pieno spirito di illegittimità costituzionale.

Così dicasi per quanto si è sentito pronunciare più volte sui poteri concretati nell'art. 17, là dove stranamente questa Regione, che non ha delegato nulla di ciò che deve delegare, in virtù dell'art. 14, alle Province, improvvisamente delega materia che non può delegare. E non nasce minimamente il dubbio che questa sia una realtà incontrovertibile, rilevata dallo Stato. E quando si invoca il precedente della Valle d'Aosta, permettetemi che io dica che è un precedente che non si può invocare, perché la Valle d'Aosta lì, nel suo Statuto trova la fonte del proprio potere e della propria volontà di esercitare il controllo, e nel proprio diritto e nella propria autorità di esercitare quel controllo, che si vuole qui invocare, a favore delle Giunte provinciali.

E così dicasi per quanto riguarda l'articolo riguardante i rilievi statistici. Sentivo il cons. Benedikter prima, che affermava essere pacifico, da parte della Regione e della Provincia, la richiesta di dati statistici, soltanto nelle materie che loro interessano. Bastava questa enunciazione, diceva, per affermare il vincolo, l'autodisciplina, il limite della richiesta di dati statistici. Nelle materie che loro interessano. E non è vero che, quando si afferma questo, ci si sia posti un vincolo ed un limite, perché bisogna specificare le materie della propria competenza legislativa, ed allora sì non si può travalicare. Ma fino a che si lascia così, all'infinito ed al generico, onorevoli consiglieri, permettetemi di dire che lo Stato ha perfettamente ragione a porre un suo motivo di illegittimità di questo articolo. E ieri l'ho voluto spiegare, quando ho parlato di tutta una attività internazionale e di propaganda politica, che, proprio con la ricerca dei dati statistici, trova alimento e linfa. Ed è evidente quindi che uno Stato che si rispetti possa avere questi dubbi e queste esitazioni nel concedere la possibilità

di intraprendere i rilievi statistici su tutto e su tutti, nella nostra regione.

Quindi io non penso — e badate che quando parlo così parlo contro me stesso — io non penso che si possa dire: rivotiamo così il disegno di legge, come ci è stato proposto! Perché parlo contro me stesso? Ma perché, dai miei avversari politici, è risultato fin troppo facile, all'inizio di questa discussione, l'affermare: ma il cons. Ceccon ha tutti gli interessi, ha tutta la volontà che questo disegno di legge venga insabbiato, perché tanto lui pensa ancora ai podestà, e la sfilza dei suoi emendamenti tenderà certo a costituire il Comune autoritario e totalitario. Nossignori, la affermazione è stata smentita dai fatti, perché nessuno degli emendamenti da me accolti ha mosso rilievi da parte del Governo, e gli altri, che non sono stati accolti, non erano certo emendamenti capaci di rivoluzionare i Comuni, così come i nostri legislatori regionali lo avevano concepito, ma tendevano soltanto a riportare una armonia, che inserisse il nostro disegno di legge in quello che è l'ordinamento giuridico dello Stato.

Ed io dico quindi che parlo contro il mio interesse, quando invoco una attenzione o una rimediazione o un ripensamento su questo disegno di legge, perché se fosse vero che io ho tutto il desiderio di insabbiarlo, vi direi: voto a favore della vostra proposta, perché il disegno di legge venga inviato alla Corte costituzionale, perché per due anni si insabbia, per due anni non opera, non fate nulla. **Invece no.** Dico: io voglio che operi, io voglio che diventi patrimonio delle nostre amministrazioni, ma per lo meno con il privilegio e con il desiderio che questa Assemblea legislativa abbia compiuto un lavoro che va apprezzato, un lavoro che sia degno di essa.

Quindi rimeditiamo e ripensiamo. E badate bene che non si può nemmeno tranquillamente

mente affermare che soltanto gli articoli inficiati di illegittimità costituzionale sono gli articoli su cui si deve accendere una discussione, si deve impostare un intervento, mentre le osservazioni sono piccole cose, le chicche che il Governo ci ha mandato e sulle quali possiamo tranquillamente astenerci.

Non è vero. Non è vero, perché, se si deve rispettare un'armonia dell'ordinamento giuridico, allora io dico che anche le osservazioni prospettate dai singoli ministeri vanno meditate; perché quando voi affermate che le licitazioni, ad esempio, possono avvenire, non tenendo conto di quelle che sono le imposizioni o le prescrizioni previste per i contratti dello Stato, voi che cosa dite? Dite che vorrete crearne di nuove, volete creare tutto un procedere nuovo. Ma se questa è vostra competenza, è mia competenza, è nostra competenza, un qualche cosa di nuovo si dovrà creare, se improvvisamente si rompe quello che è l'ordinamento che lo Stato ha dato ed ha affidato ai contratti in genere, che avvengono in tutti i Comuni d'Italia. Questo per restare in un modesto e piccolissimo esempio. Quindi, anche le cosiddette osservazioni sono materia vitale, che va rimeditata e non si può trascurare.

Pertanto, onorevole Presidente e onorevole Assessore, io veramente ripropongo quella che era stata la mia proposta di ieri: ritorniamo col disegno di legge in Commissione, nella Commissione competente, non per sancire, dopo poche ore di discussione, che non merita, che articolo dopo articolo sia revisionato e discusso, ma per veramente compiere quella analisi attenta che la materia comporta. E non c'è da meravigliarsi dei rinvii governativi, perché anche il più modesto disegno di legge, onorevoli consiglieri, può creare dubbi, può creare ripensamenti ad un breve lasso di tempo dalla sua prima lettura. Ma se nemme-

no siamo stati capaci di individuare il termine esatto dei titoli di studio, che noi invocavamo per determinate carriere, se ci siamo fatti respingere i disegni di legge anche per questo, c'è da meravigliarsi forse che per una materia così complessa, che ha dietro di sé tanti testi unici e tanti regolamenti, e tutta la legislazione dello Stato, c'è da meravigliarsi forse se nasca materia del contendere? Io dico di no, non c'è da meravigliarsi. È indice di serietà. Ed allora questa serietà abbracciamola e sposiamola fino in fondo; andiamo fino in fondo con il cammino della nostra legge, e sono certo che, se armati di questa buona volontà saremo, noi lo porteremo al suo compimento, che è da tutti auspicato e desiderato: quello di una approvazione definitiva e totale che permetta la applicazione immediata nelle nostre amministrazioni comunali di questo disegno di legge.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Anch'io, signor Presidente, prendo la parola per la seconda volta in tema di discussione generale, su questo disegno di legge che viene qui in discussione per la decima volta, pensando che si presenta una occasione utilissima che noi non dovremmo lasciarci sfuggire: un'occasione di dimostrare serietà, buona volontà, impegno nel nostro lavoro, senso e coscienza dei limiti delle potestà regionali, pensando che ci si presenta una ottima occasione per dimostrare che, pure nella giusta e doverosa e rigida difesa di quelle che sono le competenze della regione, non ci poniamo però su un piano di malintesa volontà di forzare i limiti delle potestà nostre, e di opporci a delle osservazioni che, per il fatto che vengono dal Governo centrale, non debbono

essere sempre ritenute sospette o addirittura qualche cosa di velenoso, come se il Governo fosse sempre lì, avaro, a limitare i nostri poteri e a contendere il raggiungimento dei limiti dei poteri stessi.

Ieri avevo domandato, nel primo intervento, al signor Assessore ed all'onorevole Giunta e, per la parte di sua competenza, anche alla Presidenza del Consiglio, di voler, prima di entrare nel merito delle questioni, di voler chiarire una questione pregiudiziale mi sembrava, necessaria a doversi chiarire, lamentando, — come hanno fatto altri consiglieri da altri settori —, questa procedura del Governo, che non è possibile approvare, e che penso che non debba essere più a lungo tollerata, che cioè, come dicevo ieri, arrivino a tappe successive le osservazioni, i rilievi e via dicendo. Pur lamentando questa situazione, pensavo che fosse nostro dovere chiarire inizialmente e dare una risposta esplicita a questo quesito: delle osservazioni che cosa ne facciamo? Le consideriamo come non giunte, le consideriamo come non fatte, le respingiamo come non le avessimo neppure lette, e ci limitiamo esclusivamente all'esame, — anzi neanche all'esame, perché mi pare io non ero nella Commissione agli affari generali, nella quale sono stato immesso dopo, ma veramente anche a me, dalla relazione che la Commissione stessa ha fatto e dalle parole testé dette dal cons. Ceccon, mi pare che la Commissione abbia proceduto un po' a far giustizia sommaria di questi rilievi governativi — o le teniamo come non giunte, come non ci fossero neanche pervenute? Non le esaminiamo neppure? Non riflettiamo se, per caso, attraverso di esse, può esserci venuta qualche indicazione a migliorare, sotto altri aspetti anche, oltre che sotto quello della contesa delle competenze, a

migliorare un disegno di legge, di una importanza così grave e così eccezionale?

Perché, fino al momento in cui l'onorevole Giunta non risponde a questo quesito che è stato posto esplicitamente, mi pare che ogni nostra discussione verta ancora nel vuoto e su un terreno sul quale non sappiamo se ci muoviamo o se non ci muoviamo. Che cosa può accadere, nel caso che la Giunta prenda l'una o l'altra di questi orientamenti?

Se dichiarerò qui, esplicitamente ormai, — una volta che la domanda, che il problema è stato posto, non si può ignorare —, se dichiarerò qui di non voler tener conto, di non prendere neanche in esame tutta quella lunga serie di osservazioni che sono state mosse al disegno di legge, farà un atto di forza, un atto che potrebbe anche sembrare un atto di dignità. Il Consiglio regionale non vuole assolutamente tener conto, se non dei rilievi mossi nella procedura e nel modo determinato, cioè praticamente dei primi tre? Farà un atto che potrebbe sembrare di dignità, ma ci farà fare qualche passo avanti? A me sembra di no! Mi pare che noi non guadagneremmo niente, da questo malinteso atto di dignità, secondo me malinteso atto di dignità. Le osservazioni, a quanto io credo di sapere, — ben lieto se sarò smentito —, la Commissione competente non dovrebbe averle esaminate, perché io ho avuto la relazione di quattro righe della Commissione legislativa, prima che fossero distribuite le osservazioni successivamente pervenute. Anzi, lei lo ricorda signor Presidente, io ho fatto una lettera diretta alla Presidenza del Consiglio, perché avevo sentito che queste osservazioni erano giunte, chiedendo che la Presidenza le volesse distribuire ai signori consiglieri, il che è avvenuto con immediata sollecitudine, la mattina dopo che io avevo fatto la lettera di richiesta. A me pare veramente, si-

gnor Presidente, che forse, anche da questo punto di vista, la domanda non debba essere rivolta soltanto all'onorevole Giunta, ma anche a lei. Ritiene lei, come supremo moderatore dei lavori di questo nostro Consiglio, ritiene lei che la Commissione legislativa competente abbia avuto conoscenza ed abbia preso in esame queste successive osservazioni pervenute dal Governo? Sì o no? Se lei me ne dà l'assicurazione, io la accetto e svilupperò poi le altre tesi su altri argomenti e su altri punti, ma se questo non fosse avvenuto, non le pare, signor Presidente, che ci sia qui una carenza di quelle che sono proprio le norme fondamentali di un lavoro serio ed impegnativo? Le pare possibile che la Commissione legislativa non abbia neanche preso in esame, magari per respingerle, tutte queste lunghe osservazioni che il Governo ha fatto al nostro disegno di legge? Per respingerle, perché prendere in esame non vuol dire accettare; ma prendere in esame e discutere, ed arrivare a una soluzione, dopo aver preso conoscenza della materia, questo mi pare come assolutamente inevitabile, se vogliamo veramente aver la coscienza di dire: abbiamo fatto un lavoro serio ed approfondito.

Ora, dalle date e dal modo in cui s'è svolto il corso dei lavori, io penso di poter ritenere che la Commissione legislativa non abbia avuto conoscenza e non abbia preso in esame queste osservazioni governative.

Ecco, per me questo è un punto che mi pare non debba essere trascurato.

Ripeto: senza che questo implicasse, da parte della Commissione agli affari generali, la accettazione di quei rilievi. Li avrebbe potuti, come sicuramente sarebbe avvenuto, respingere tutti quanti, dal primo fino all'ultimo, ma almeno esaminarli! A me questo pare che sia assolutamente necessario.

Ecco che allora la nostra richiesta, — dico nostra, perché mi associo alla proposta formalmente qui fatta —, la nostra richiesta di un rinvio in Commissione, signor Assessore, non ha né il fine di dilungare o di defatigare la discussione su questa legge, non ha neanche il desiderio di prendersi una piccola rivincita, meschina, che non avrebbe significato quando si agisca con senso di responsabilità. Magari nello scambio di frasi, nel dialogo fra Giunta e Consiglio o fra vari gruppi, si può anche dire una battuta più o meno pungente o polemica, ma nella realtà dei fatti nessuno di noi si lascierebbe attrarre dalla volontà di ottenere una piccola vittoria, se questa vittoria portasse al dilungarsi di una discussione, di una legge, sulla quale, — ci consentite di dire — siamo stufi di doverci continuamente intrattenere e che tutti quanti desideriamo che possa essere varata una volta per sempre e definitivamente, in modo che tutti questi problemi vengano tolti dal piano di lavori di questo Consiglio, che potrebbe anche utilizzare le ore in cui è in riunione per altri disegni di legge, importanti, attesi anche quelli, di natura economica, di interventi finanziari, per quelle che sono le necessità dei vari settori.

Ma questa richiesta di rinvio in Commissione, che io rivolgo all'onorevole Giunta ed anche, come dicevo prima, all'onorevole Presidenza del Consiglio, è motivata da questo fatto, ed è un fatto, a mio avviso, determinante: volete che si dica che, a un dato momento, il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, un'Assemblea legislativa, ha letto quella piccola comunicazione del Commissario del Governo, in cui si dice: rinviemo questo disegno di legge per gli artt. 4, 17 e 44, e che, per un malinteso senso di prestigio o di volontà di resistenza, ignorando tutto il resto ha detto: be' adesso la riapproviamo? A me sembra che non

dobbiamo metterci in questa condizione. Riapproviamola se vogliamo, ma a ragion veduta, ad esame obiettivo, diligente, dettagliato dei singoli argomenti e dei singoli temi.

Non credo che, — ed ho finito —, se la Giunta vorrà accedere a questa proposta, e naturalmente se vorranno accedere i rappresentanti degli altri settori, nessuno possa dire qui di aver perso o di aver vinto. Credo che avrà vinto l'impegno e la serietà del lavoro; avrà vinto veramente il Consiglio regionale, con una dimostrazione di serietà, nell'esplicazione delle proprie funzioni, che tornerà a tutto nostro vantaggio.

Fatto questo esame in sede di Commissione legislativa, ritorneremo qui, e può darsi che ci si trovi di nuovo nella condizione in cui ci troviamo oggi e che tutti abbiamo la volontà di resistere, riapprovando il disegno di legge. Va bene, avremo tuttavia la coscienza di averlo fatto a ragion venduta e non soltanto per un pregiudizio di natura politica.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Raffaelli.

**RAFFAELLI (P.S.I.):** Non tocca a me difendere la Commissione legislativa di cui si è occupato così ampiamente in questo momento il collega Corsini, però, siccome ne faccio parte, — almeno a titolo personale e a nome dei miei compagni di gruppo, che pure ne fanno parte —, sento di dover dire qualche cosa.

Devo dire, in primo luogo, che non accetto assolutamente lezioni di serietà. Anche se non nego serietà al cons. Corsini, non accetto questa gratuita e preventiva lezione di serietà che dà a tutti, nel caso in cui non accettiamo la sua proposta. Vi dirò di più, autorizzando lo scandalizzarsi anche: io personalmente sono arrivato con un leggero ritardo alla seduta

della Commissione, nella quale si è deciso di rivotare in blocco il disegno di legge, per rinviarlo semmai alla Corte costituzionale, e, come sono entrato dalla porta, mentre i colleghi stavano votando, ho detto alzando la mano: se state votando, cioè rivotando la legge sui Comuni, nel testo integrale votato dal Consiglio, io sono d'accordo. Parole dette in piedi. L'autorizzo su questo anche ad imbastire un processo alla mia mancanza di serietà. Perché dico questo? E perché non accetto, non mi pare giusto accettare l'impostazione che lei ha data, cioè l'impostazione, in un certo senso ricattatoria, « o accettate o non siete seri »? Perché non è una novità per nessuno, e neanche per il collega Corsini, la posizione degli uffici centrali e del Governo su quei tali articoli. Se lei giustamente ha detto che possiamo essere stufi di occuparci di questo tema, implicitamente devo anche ammettere che, prima di essere stufi, siamo stati costretti ad approfondire i vari argomenti, e ciascuno di noi ha acquisito, bene o male, le sue convinzioni, che potranno essere riformate, io penso, non tanto dal ripetersi degli stessi argomenti, in parole diverse, che venga fatto da parte del Governo, ma se mai da una pronuncia della Corte costituzionale, alla quale sola, oggi, il Consiglio regionale, nella sua maggioranza per lo meno, è disposto a riconoscere una autorità superiore e definitiva nella materia controversa.

Ecco perché, anche in assenza delle argomentazioni stese in un numero di righe più lungo, abbiamo potuto prendere quella decisione. Infatti già la prima lettera di rinvio, quella sommaria, quella con le indicazioni sommarie, richiamava argomenti scontati, argomenti noti, e sarà difficile anche per lei dimostrare che fra i motivi di rinvio, relativi ai tre articoli, stesi dagli uffici centrali del Governo nelle occasioni precedenti, ed i motivi di rin-

vio stesi in relazione a quei tre articoli oggi, vi sia una differenza sostanziale, ci siano argomentazioni nuove, ci siano approfondimenti tali, da mettere in crisi le nostre convinzioni.

Ecco perché possiamo tranquillamente respingere l'accusa di mancato approfondimento, di poco senso di responsabilità, e le altre qualifiche che generosamente lei ha distribuito, nel caso che il Consiglio non accetti di rimandare in Commissione la legge e di riprenderla poi, dopo che la Commissione avrà ripetuto ovviamente, col suo dissenso, — questo è probabile, dato che lei entra eventualmente nella prima seduta di questa Commissione —, quello che aveva già detto.

Pertanto, per quello che ci riguarda, se la Presidenza dovesse mettere in votazione la proposta del cons. Corsini, anticipo subito che votiamo contro, per le ragioni già dette, senza con ciò ritenerci coperti dall'accusa di poca serietà e di mancanza di senso della responsabilità.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Nicht um die Geschichte dieses Gesetzes noch einmal zu erzählen, sondern lediglich damit es beim Abschluß der sechsten Behandlung des Gesetzes im Regionalrat im Protokoll steht, daß es das sechste Mal im Regionalrat und achtmal in der Kommission behandelt wurde. Dazu muß ich noch feststellen, daß die Kommission das Rückverweisungsschreiben des Regierungskommissärs, welches gemäß Art. 49 des Autonomiestatuts innerhalb der 30 Tage eingetroffen war, vor sich hatte und sowohl die Kommission als der Regionalrat an sich nur diese Rückverweisung als die formelle und rituelle zur Kennt-

nis zu nehmen hat, d.h. nicht verpflichtet ist, eventuell auf weitere Illustrationen dieser Rückverweisung zu warten. Aber es erübrigt sich jegliche Auseinandersetzung hierüber eben aus dem einfachen Grunde, weil dieselben Fragen in den Jahren 1956 und 1958, sowie heuer im Juli, in endlosen Debatten behandelt worden sind. Ich habe an die Kommissionsmitglieder die Frage gestellt: « Erachtet Ihr es für zweckmäßig, daß wir in eine nähere Behandlung dieser Fragen eingehen, dann werden wir uns eben mit diesen Fragen eingehender befassen, oder seid Ihr der Ansicht, daß diese Dinge, lassen wir die vorangehenden Jahre beiseite, zumindest im heurigen Jahr schon sowohl in der Kommission als im Regionalrat in zahlreichen Sitzungen behandelt worden sind; erachtet Ihr diese Behandlung als erschöpfend; seid Ihr noch im Bilde über das Für und Wider, um abstimmen zu können? » Die Antwort war: « Wir sind vorbereitet, wir sind uns voll und ganz über die Tragweite dieser Fragen bewußt und sind in der Lage, darüber abzustimmen. » Was den Bericht der Kommission betrifft, so kann nur wiederholt werden, daß diese Fragen bereits in früheren Vorlageberichten sowohl des Ausschusses als der Kommission behandelt worden sind. Dieselben sind auch bis jetzt im Regionalrat sowohl vom zuständigen Assessor als auch von anderen noch einmal zu allem Überfluß und Überdruß ausgebreitet worden, trotzdem es sich 90%ig oder 95%ig um Wiederholungen handelt. Damit dürfte jetzt auch eine ausreichende Begründung gegeben sein, warum der Regionalrat der Ansicht ist, im Rahmen der Verfassung seine Befugnisse auszuüben.

*(Non per raccontare ancora una volta la storia di questa legge ma soltanto perché risulti nel verbale e non venga dimenticato, alla conclusione di questa sesta trattazione, che la*

*legge è tornata ben sei volte in Consiglio regionale ed otto volte in Commissione. Devo constatare inoltre che la Commissione aveva presente la lettera di rinvio del Commissario del Governo, giunta entro 30 giorni secondo la prescrizione dell'art. 49 dello Statuto, e che tanto la Commissione come il Consiglio devono prendere atto soltanto di questo rinvio fatto formalmente. Ciò significa che essi non sono obbligati ad attendere eventuali motivazioni di tale rinvio; ogni discussione al riguardo appare però superflua per la semplice ragione che le stesse questioni sono state trattate nel 1956 e nel 1958 come pure quest'anno in luglio nel corso di dibattiti che sembravano non finire più. Ho chiesto ai componenti la commissione se ritenessero utile discutere più esaurientemente la questione o se sembrasse loro che, anni scorsi a parte, la cosa fosse stata trattata quest'anno in Commissione ed in Consiglio con sufficiente minuziosità. Ho chiesto se si sentissero esaurientemente informati per esprimere il loro voto e la risposta è stata affermativa. Per quanto riguarda la relazione della commissione si può soltanto ripetere che ogni questione è già stata trattata esaurientemente in relazioni introduttive tanto della Giunta quanto della Commissione. Queste relazioni sono state riportate a sazietà in Consiglio tanto dall'Assessore competente quanto da altri, anche se il 90 o 95% erano ripetizioni. Anche quest'ultima volta perciò, e si tratta della sesta, dovrebbe esser data una sufficiente motivazione alla decisione del Consiglio di esercitare le sue competenze nei limiti della Costituzione.)*

PRESIDENTE: La parola all'Assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Io penso che, al termine di questa di-

scussione, sia opportuno ringraziare i gruppi che hanno aderito alla richiesta e della Commissione e della Giunta, e quindi della gran maggioranza del Consiglio.

Quindi io mi limiterò a rispondere, doverosamente, ai gruppi che, viceversa, hanno portato la loro opposizione all'argomento della maggioranza.

La prima osservazione che già il cons. Corsini aveva fatto ieri e che ha riportato oggi, assieme al cons. Ceccon, è questa: pregiudiziale all'esame della legge è conoscere che cosa sono queste osservazioni, e, conosciuto questo, esaminarle una per una o comunque scendere in particolari, perché non ci si può fermare soltanto all'esame dei tre motivi di rinvio degli articoli 4, 17 e 44.

Ora, non è la prima volta, cons. Corsini e cons. Ceccon, che il Governo rinvia una legge, indica i motivi che costituiscono illegittimità costituzionale della legge ed indica poi altre osservazioni, che il Consiglio regionale è pregato di tener presenti, osservazioni che sono dettate dall'esperienza, dalla connessione con altre leggi, da infinite ragioni, ma che comunque sono sottoposte all'attenzione delle Commissioni e del Consiglio, in quanto possono essere tenute presenti per una migliore formulazione del disegno di legge. Le altre volte nessuno ha detto niente. Questa volta, quando si propone di impugnare la legge, si obietta: « ma che cos'è questa storia? Ma perché noi scendiamo al particolareggiato esame di questi? Che cosa sono? » L'altra volta non ho sentito nessuno che dicesse perché questo e perché quell'altro; quale è la natura di questo e quale è la natura di quell'altro.

A me sembra chiaro quindi che non ci si deve scandalizzare se il Governo, ad un certo momento, fa questa serie di rinvii. Io sono anche d'accordo nel ritenere che questi rilie-

vi, che queste osservazioni dovrebbero essere fatte conoscere a noi contestualmente, assieme ai rinvii di maggiore importanza, quelli che consistono in una presunta illegittimità costituzionale, ma il fatto non è così grave come può sembrare o come è stato portato qui alla discussione del Consiglio.

Queste osservazioni si possono tener presenti; se non si tengono presenti, è chiaro — a me sembra chiarissimo — che non c'è motivo di rinvio della legge.

E questo lo dico anche guardando il testo dell'ultima lettera, quella presentata il 26 ottobre dal Commissario del Governo, dove si dice: « rilevata illegittimità costituzionale degli artt. 4, 17 e 44 ». Rilevata illegittimità costituzionale. Poi a pag. 3 si dice: « In occasione del precedente rinvio vengono formulati rilievi ad altra disposizione, che non risultano accolti nel nuovo testo. Benché tali rilievi non abbiano formato oggetto di formale rinvio, si richiama all'attenzione di essi. « Io non so, loro hanno visto, hanno letto. Ed allora? Le parole sono chiare: si richiama all'attenzione di essi. E si tratta di rilievi già formulati, cons. Corsini, le altre volte, e dei quali la Commissione non ha creduto di tener conto. Ma allora perché viene ad accusare adesso che non sono stati esaminati? Se li ha già visti prima, la Commissione! Ma insomma!

CORSINI (P.L.I.): La data della relazione è dell'11 ottobre, mentre quella che lei sta leggendo è del 26 ottobre!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ma no, la data. Se lei stesse attento capirebbe quello che voglio dire! Il 26 ottobre, quando la Commissione ha già esaminato la legge, si viene a dire: questi rilievi vennero

formulati precedentemente e le Commissioni ed il Consiglio non ne tennero conto. Se non ne ha tenuto conto allora, pur essendo stati formulati, se cioè li ha già esaminati, perché vuole che se li esamini un'altra volta? Se li ha già esaminati e scartati cioè non li ha ritenuti sufficienti per far modificare il parere del Consiglio e della Commissione!

Dunque lei vede . . .

CORSINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): E poi guardi, continua la lettera: « Da parte delle amministrazioni competenti, sono stati inoltre formulati i seguenti rilievi, nei confronti di nuove norme che non figurano cioè nel precedente provvedimento legislativo ». Ecco. Quindi sono 1, 2, 3, 4, 5, cose molto ma molto marginali; non so se lei vorrebbe fermarsi su questi, ma io credo che proprio non ne valga la pena. E poi si conclude: « Sono state formulate talune osservazioni su norme che già figuravano nel precedente schema, e nei confronti delle quali non è stato però mosso alcun rilievo a suo tempo ». E qui c'è una sfilza di una quindicina di norme.

Ora, su questo punto anch'io devo dire che ho protestato e protesto attualmente. Ho protestato quando, andato alla Presidenza del Consiglio dei ministri e richiesto di essere ascoltato su questi punti, prima del rilievo governativo, ebbi modo di esprimere il pensiero della Giunta, e in quell'occasione dissi: signori, che voi facciate rilievi che già avete fatto prima, lo capisco, ma che rimanendo intatte le norme voi facciate altri rilievi, li facciate nuovamente proprio non si può capire, perché allora noi che cosa facciamo?

Quando, ad un certo momento, su una

norma si fa un rilievo e lo superiamo, va bene, questa è una procedura normale; ma se sulla stessa norma non viene fatto alcun rilievo né nel 1958, né nel 1959, la norma rimane tale e quale e lo si fa adesso, da parte dello stesso ufficio, da parte degli stessi Ministri, allora io non so più che cosa si può fare, perché allora le nostre norme sono esposte, in qualunque momento, a rilievi, a osservazioni da parte del Governo, che non ci lasciano più tranquilli, perché evidentemente, mancando rilievi, si ritiene che nulla ci sia da osservare. Ma in sostanza, questo lungo discorso che cosa vuol dire? Vuol dire che la natura delle osservazioni, di cui lei ha chiesto di conoscere il fondamento, è chiarissima: osservazioni sono delle annotazioni che il Governo fa, senza porre con questo la illegittimità costituzionale e la eventuale impugnativa di fronte alla Corte, se la Regione dovesse insistere. Osservazioni che fa, con l'esperienza che gli uffici governativi hanno, e delle quali si può o no tenere conto. Quindi, se non ne abbiamo tenuto conto, credo che non dobbiamo risponderne.

Quindi lei vede che, se anche la Commissione, quando l'11 ottobre ha esaminato i rilievi fondamentali del Governo, non aveva in mano questa seconda lettera e non ne ha tenuto conto, non ha commesso niente di grave, non ha perduto niente, perché tutto quanto il contenuto era già a conoscenza della Commissione e del Consiglio. Niente di nuovo quindi c'è stato.

Ora, se la legge fosse venuta qui in Consiglio regionale e fosse stata tutta riesaminata con l'intendimento di modificare qualche articolo, di stralciarne qualche altro, io capisco che si poteva anche riprendere l'esame di questi articoli, per vedere qualche modifica da apportare, che forse era anche giusta.

Ma la Giunta ha scelto un'altra strada:

la strada dell'approvazione, della riapprovazione pura e semplice. In questo caso, mi pare che la Giunta non è per niente tenuta di rivedere quelle osservazioni governative, per poi vedersi il Governo fare altre osservazioni, per perdere poi altro tempo. Se quei rilievi non hanno carattere di legittimità costituzionale, se ne terrà conto nel momento in cui la legge, esaminata dalla Corte costituzionale, sarà o approvata o rinviata ed allora ritornerà al Consiglio ed avremo modo di esaminarla. E la cosa poi non si avvererà fra due anni, cons. Ceccon, perché lei sa che la Corte costituzionale ha un termine medio di sei mesi. Quindi direi che, se oggi la approviamo, quindici giorni di tempo al Governo, poi tornerà in Consiglio, ma non si potrà parlare di due anni.

Ora, entrando nel merito e superando questa fase pregiudiziale, — superandola nel senso che mi pare di aver già sufficientemente espresso —, noi non riteniamo assolutamente il caso che la legge ritorni in Commissione. La Commissione ha svolto il suo compito interamente, come interamente l'ha svolto la Giunta; tutti i rilievi erano già a conoscenza, prima ancora che il Governo li mandasse, perché erano rilievi già formulati, o assolutamente nuovi, e dei quali non dovevamo tenerne conto. Quindi la legge vada avanti, se si vuole che la Corte costituzionale la esamini e che possa ritornare in Consiglio.

Rispondo ad alcune osservazioni, e mi limito a poche, del cons. Corsini e del cons. Ceccon.

Il cons. Corsini dice: lei ricorda Assessore quello che dissi nel luglio scorso, e cioè che le competenze dello scioglimento devono essere proprie di un organo ben più importante di quello regionale? Ora io le rispondo: ma forse c'è una categoria di organi regionali più importanti o meno importanti? Forse che la no-

stra Regione è una Regione di seconda classe, mentre la Sicilia e l'Aosta sono di prima classe? Se vale per noi il rilievo che il potere di scioglimento spetta solo ad organi ben più importanti delle Regioni, perché deve valere per noi e non per la Sicilia e per l'Aosta, dove lo scioglimento è fatto dal Consiglio regionale?

PREVE CECCON (M.S.I.): No, è fatto dal Presidente della Giunta!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Sì, è qui . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): No, qui equivochiamo. È del Presidente della Regione e quindi è legittimo. Qui è la Giunta regionale, su proposta della Provincia!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ma insomma, ma questo è proprio cavillare, consigliere!

PREVE CECCON (M.S.I.): No, non è cavillare, è delega di competenza alle Province!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ma fosse anche vero — e facciamo presto a vederlo — i temi, i rapporti sono questi: o competenza statale, decreto del Capo dello Stato, o competenza regionale. Che poi sia la Giunta, che sia il Consiglio, questo non ha nessuna importanza.

Ma, cons. Corsini, lei ha sentito quando io ho fatto quel riferimento alle norme di attuazione pubbliche di beneficenza e assistenza? Quando cioè ho detto — e qui vorrei che mi ascoltasse anche il cons. Ceccon, il quale dice niente di nuovo ho sentito, nessuna dimostrazione ci è stata data, — quando io ho detto: nel 1959 ci siamo battuti perché il potere di erezione delle opere pie fosse della Re-

gione e non dello Stato, e da parte del Governo ci è stato risposto che non si poteva toccare questa norma perché era una prerogativa ancora regia, il potere di erigere le opere pie, — adesso del Presidente della Repubblica —, e che i principi delle leggi dello Stato non consentivano assolutamente che un potere di tal genere, in testa al Presidente della Repubblica, fosse ora trasferito al Presidente della Giunta regionale? Le stesse osservazioni: questione di limiti, questione di prerogative, questione di competenze, ecc. Poi, viceversa, noi sappiamo che le norme di attuazione hanno sancito il potere del Presidente della Giunta regionale; cioè il Governo, anche per nostro intervento, ha compreso la portata della norma. La situazione è uguale, è perfettamente uguale, Presidente o non Presidente . . .

CORSINI (P.L.I.): È ben comprensibile, Assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Non è niente comprensibile! Sono le stesse situazioni . . .

CORSINI (P.L.I.): . . . esiste una norma dello Stato, è una norma dello Stato che riconosce questo trasferimento!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): . . . Non ha nessuna importanza, ma questa è una cosa formale, questa della norma dello Stato . . .

CORSINI (P.L.I.): Non è una cosa formale, è di sostanza.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): La legge regionale è una legge dello Stato, perché si inserisce nell'ordinamento giuridico. Signori, guardiamo la realtà, non cavil-

liamo: è Presidente o è Giunta, o è legge dello Stato o è legge della Regione, la situazione è questa. Si è detto: voi non potete sciogliere i Consigli comunali, perché in materia di competenza concorrente, siete limitati dai principi delle leggi dello Stato, e poiché secondo i principi della legge dello Stato questi poteri spettano all'autorità governativa, voi non lo potete fare. Risposta: quando vennero emanate le norme di attuazione, anche la materia di istituzione pubblica di assistenza e beneficenza era materia di competenza concorrente; anche in quel caso si disse che doveva essere il Capo dello Stato a compiere questo atto, eppure poi si venne a riconoscere quella che era la nostra competenza.

Se lì, perché non qui? Ma poi io ho citato anche — non so se il cons. Ceccon se ne è reso conto o se era presente in aula — anche sentenze della Corte costituzionale, che dissertano sul principio, sul concetto di principi delle leggi dello Stato, e ho detto che quella sentenza citata, del 14 luglio 1958, dice che la natura di principio non può essere certo riconosciuta alla competenza degli organi amministrativi, prevista dalle leggi dello Stato. È chiaro, perché i principi stabiliti dalla legge dello Stato riguardano il contenuto materiale della legislazione. Che cosa servono i principi della legge dello Stato? Che cos'è e qual è il significato di quel riferimento degli artt. 4 e 5 del nostro Statuto? Servono per acconsentire la uniformità dell'indirizzo dell'intero ordinamento giuridico, intero ordinamento giuridico, che comprende e la legislazione nazionale e la legislazione provinciale e regionale. L'attribuzione, quindi, di una competenza non può incidere sulla materia legislativa, ma riguarda soltanto un aspetto strumentale della legislazione. Difatti la competenza non è la sostanza di una legge, la sostanza di una legge è le nor-

me che essa pone in concreto, la competenza è uno strumento, attraverso il quale la legge si articola, cioè l'attribuzione di competenza è il mezzo per collegare il soggetto al potere giuridico, e questo mezzo è quello che è ritenuto di volta in volta il fine idoneo per compiere quel determinato compito: una volta sarà opportuno che questo compito sia svolto dal Provveditore alle opere pubbliche, un'altra volta dal Presidente del Consiglio superiore. Quindi la questione della competenza è una questione di carattere strumentale.

L'attribuzione di una competenza, in quanto riconosciuta norma strumentale, risponde quindi a principi di opportunità, che non possono essere immutabili, non si può dire: poiché Vittorio Emanuele III era quello che erigeva le opere pie, anche Giovanni Gronchi ed anche Antonio Segni devono erigere opere pie. Nossignori. Queste sono questioni che variano col mutare dei tempi e soprattutto col mutare degli strumenti legislativi e delle costituzioni. Nel 1947, la grande riforma portata dalla nostra Costituzione, è stata l'introduzione del sistema regionalista, per cui il nostro Stato non è più uno Stato unitario, ma uno Stato regionale, ed ancora non è lo Stato federale, come per esempio l'Austria o la Germania . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): (*Interrompe*).

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): No, è la realtà. Lei può . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): Però ci sono le leggi quadro, lei m'insegna. Se poi lo Stato non le fa, la colpa è del Governo, ma non mi dica: perché c'è questo si fa così. Aspetti le leggi quadro, poi farà. Sono norme di attuazione e leggi normali, ed allora siamo

enti autarchici, altro che autonomia, federazione, il diavolo a quattro!

NARDIN (P.C.I.): (*Interrompe*).

PREVE CECCON (M.S.I.): Ci vogliono però le tele da metterci dentro. Mi pare che ci sia carenza di quelle.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Avrei un'osservazione da fare, al cons. Ceccon. A proposito dell'art. 44, la Statistica, il cons. Ceccon ha detto esplicitamente: se noi avessimo usato il criterio restrittivo, specificando che le indagini dovevano riferirsi solo alle materie di competenza legislativa regionale, avremmo evitato il rinvio.

Ora io, nella mia introduzione, avevo detto chiaramente che intanto comprendevo la opportunità di fare statistiche, in quanto queste fossero limitate alla nostra competenza. Sembra chiaro che cioè la statistica è anche uno strumento, non è un fine di legislazione, è uno strumento per poter preparare le nostre disposizioni legislative ed amministrative. Essendo strumentale, vale in quanto è strettamente connessa ad una competenza legislativa od amministrativa della Regione.

Il guaio è, cons. Ceccon, che il Governo non si è limitato a dire quello che ha detto lei, ma ad un certo momento dice: la disposizione, — art. 44, — è incostituzionale, in base alla sentenza n. 52 della Corte costituzionale, in quanto la stessa sentenza ha affermato la competenza dello Stato per tutto quanto riguarda le statistiche. Allora qui non è più che si dica: ma la potete fare per il campo relativo alle vostre competenze; qui addirittura si dice: no, tutta la statistica, — dice la lettera dello Stato, cons. Corsini —; la competenza è dello Stato, per tutto quanto riguarda le relazioni

statistiche. Permetterà allora, cons. Ceccon, che ad un certo momento i rappresentanti della Regione dicano: ma signori, la sentenza l'abbiamo letta anche noi, perché abbiamo occhi, non dice così. La sentenza dice: la Corte non nega alla Provincia qualunque potere in materia di indagine statistica, come invece glielo nega l'Avvocatura dello Stato, anzi riconosce che, senza quell'indagine, molte volte la Provincia non potrebbe amministrare o legiferare; e poi conclude: perciò deve essere ricondotta alle sue dimensioni ed al suo oggetto, e cioè al tipo ed al contenuto delle indagini. Quindi si discute, non più se sia possibile o no fare delle indagini, ma si discute sul tipo delle indagini, sul modo delle indagini, ed allora è molto diverso questo . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Noi conveniamo che siano proibite quelle delle piante da frutto, perché è materiale bellico. Roba da Ministero della guerra.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Allora, come può dire, cons. Ceccon, che non abbiamo portato argomentazioni, quando noi difendiamo una retta interpretazione di una norma, basandoci anche su quella sentenza della Corte costituzionale, che dal Governo viene portata, viceversa, come elemento, per dichiarare assolutamente incostituzionale la norma e per dichiarare solo di spettanza del Governo la rilevazione statistica?

PREVE CECCON (M.S.I.): Chiaro, Assessore; bastava che ci autolimitassimo noi nel disegno di legge.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): A questo punto viene naturale dire: ma non esiste una norma della Costituzione, la quale stabilisce che il Governo, lo Stato deve adeguare la propria legislazione all'ordinamento regionale? Se ci addentrassimo su questo tema, andremmo molto lontano. Ma, solo per fermarci a questo punto, io dico: se le regioni ci sono, se possono svolgere la loro attività, se nello svolgere questa attività hanno bisogno anche di indagini statistiche, ma signori! provveda lo Stato, il quale ha alle sue dipendenze l'ISTAT, ad emanare norme che coordinino le leggi dello Stato che riguardino l'ISTAT, con le leggi che hanno istituito le regioni ed hanno dato le attribuzioni di carattere legislativo ed amministrativo. Vuol dire che lo Stato farà una norma, nella quale si stabilirà che l'ISTAT potrà porsi al servizio, per esempio, della Regione o della Provincia per quelle rilevazioni, per evitare che succedano delle cose che nessuno di noi vuole che succedano. Ma non spetta a noi. Noi rivendichiamo la nostra competenza, ma non possiamo riformare l'ISTAT. L'ISTAT è stato fatto quando non c'erano ancora le regioni. Questo è il punto che dobbiamo comprendere e per il quale dobbiamo insistere fino a che un certo momento anche la legislazione nazionale sarà adeguata alla realtà nuova, che è del 1947 e che è costituita dal regionalismo, altrimenti non è una cosa seria.

E io concludo. Ritengo che l'analisi degli artt. 4, 17 e 44, sia stata ampia ed esauriente. Questi sono gli articoli che sono dichiaratamente impugnati dallo Stato per illegittimità costituzionale, e l'esame di questi sarebbe sufficiente per poter concludere per la riapprovazione o meno della legge. Se siamo convinti, come lo siamo, che queste norme non sono illegittime dal punto di vista costi-

tuzionale, perché noi non dovremmo insistere? Io credo che sia nostro stretto dovere ed io credo che il Governo stesso dovrà essere grato della difesa che noi facciamo dello Statuto, che è legge costituzionale; di quello Statuto che fa parte dell'intero ordinamento dello Stato. In ultima analisi, quindi, io ritengo che noi facciamo un servizio, non solo alla nostra autonomia, non solo alle nostre popolazioni, ma anche all'intero ordinamento dello Stato, che deve essere rispettato e difeso da ogni organo che ha la possibilità di farlo.

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini, solo per l'illustrazione.

CORSINI (P.L.I.): Per illustrazione della proposta e, se mi è consentito, prima per dire al collega Raffaelli che mi dispiace, — è un atto doveroso questo che devo fare — mi dispiace che egli abbia assunto le mie parole come una accusa di poca serietà per gli uomini, che non era nelle mie intenzioni. E se tale . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): (*interrompe*)

CORSINI (P.L.I.): No, sto facendo una messa a punto, che credo debba essere gradita a lei, come è gradita a tutti quanti, perciò mi lasci finire.

Gli uomini possono essere seri, e rimangono seri anche se per caso una procedura o una cosa, a cui si è messo mano, non è stata fatta secondo quello che a qualcuno appare il modo più completo per farla. Questo, perché non vorrei mai che si scambiassero le parole mie come un'accusa, del resto immeritata, ai colleghi del Consiglio.

Ora, signor Presidente, per illustrare brevemente la mia proposta, che mantengo, chiedo che venga messa in votazione, sicuro

ormai che sarà respinta, ma comunque desidero che resti a verbale.

La mia proposta dipende dal fatto che la lettera, con cui il Governo comunicava il rinvio del disegno di legge, è del 10 ottobre 1962. Alla fine di tale lettera, che è stata portata a conoscenza di tutti, si dice: seguirà lettera con precisazioni in ordine ai suindicati rilievi e ulteriori osservazioni. Anche ammettendo che non si dovesse tener conto delle ulteriori osservazioni, la lettera del Commissariato del Governo annunciava ulteriori precisazioni in ordine agli articoli per i quali è stato rinviato il disegno di legge.

La comunicazione in data 10 ottobre 1962, raccomandata a mano, è pervenuta, si vede, in una mezz'ora — non più io penso — al signor Presidente della Commissione agli affari generali, se ha potuto convocare immediatamente la Commissione e stendere la relazione già il giorno 11. Questa è la realtà dei fatti, cons. Raffaelli. La Commissione sarà stata probabilmente già convocata per l'esame degli altri disegni di legge, . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): (*Interrompe*).

CORSINI (P.L.I.): Esattamente.

È stata portata *illico et immediate* a conoscenza della Commissione, e già il giorno 11 la Commissione aveva steso la relazione scritta, senza tener conto delle osservazioni, e su questo posso anche accedere a quello che è il tema sostenuto in questo momento dal signor Assessore.

Dice: le osservazioni sono poi cose che il Governo fa, ma non impugna per queste la legge, e via dicendo. A me personalmente mi sembrerebbe opportuno tenerne anche conto; agli altri colleghi opportuno non sembra e chiudiamo su questo.

Il fatto è che la Commissione non ha avuto modo di poter prendere in esame, non solo le osservazioni, che trascuriamo, ma neanche le preannunciate precisazioni in ordine ai suindicati rilievi . . .

RAFFAELLI (P.S.I.): Se ci avessero persuaso avremmo fatto la sua stessa proposta!

CORSINI (P.L.I.): . . . per cui io dico questo: d'accordo, materia trattata sei volte, otto volte in Commissione; materia sulla quale tutti quanti ci siamo macerati per cercare di capire e di dare il meglio di noi stessi, in tale campo ed in tale settore, però posso usare, senza che nessuno si offenda ancora, il termine di « serio », nel modo in cui si usa di consueto. A me pare che, nel momento in cui si dice: « ti rinvio una legge per questo motivo; di qui a qualche giorno ti spiego meglio i motivi, perché qui sono appena enunciati », va bene, siamo tutti dei soloni in questa materia, ma non mi pare che proprio valesse la pena di ignorare e trascurare completamente.

Che cosa ne sapevamo noi? Potevano contenere, queste ulteriori precisazioni, anche elementi diversi, nuovi . . .

(*Interruzione*).

CORSINI (P.L.I.): Come no? Be' insomma, chi è capace di dire: io ho dato fondo allo scibile umano, cons. Benedikter? Faust?

(*Interruzione*).

CORSINI (P.L.I.): I motivi . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): Perché i motivi debbono essere enunciati entro trenta giorni . . .

PRESIDENTE: Persino il cons. Benedikter fa discussione!

RAFFAELLI (P.S.I.): Non è lo scibile umano, è un articolo a parte, che noi conoscevamo.

CORSINI (P.L.I.): Per cui la mia proposta, e concludo, è questa: di rinviare il disegno di legge in Commissione, perché la Commissione non ha potuto prendere visione di tutti gli atti, già preannunciati, non riguardanti le osservazioni, ma gli stessi motivi di rinvio.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale.

Metto in votazione la proposta testè formulata dal cons. Corsini per il rinvio alla Commissione competente del progetto di legge rinviato dal Governo.

Chi è d'accordo con questo rinvio è pregato di alzare la mano: la proposta è respinta a maggioranza con 2 voti favorevoli.

Pongo in votazione la proposta per il passaggio alla discussione degli articoli.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): In questo caso io credo, specialmente dopo aver visto l'esito della precedente proposta, che si potrebbe non passare alla discussione articolata, ma fare la proposta di riapprovare la legge così come è, con unica votazione segreta, perché si impiega molto tempo a rileggere gli articoli.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Onorevole Presidente, mi pare non sia nemmeno proponibile la proposta avanzata dal capogruppo della S.V.P., per precise disposizioni statutarie.

Infatti l'art. 49, secondo capoverso, dice: « Ove il consiglio regionale o quello provinciale li approvi nuovamente ». A che cosa si

riferisce quel « li »? Evidentemente ad un soggetto contenuto nel primo comma di questo articolo, precisamente a questo: « i disegni di legge approvati dal Consiglio ».

È evidente quindi che di disegno di legge si tratta e che per la riapprovazione, prevista per la terza volta dal secondo capoverso, bisogna seguire tutta la procedura instaurata per la discussione e l'approvazione dei disegni di legge. Tanto è vero che questa è una realtà, che lo stesso Presidente della Commissione legislativa agli affari generali, nello stendere la sua relazione, dice: la Commissione propone al Consiglio regionale la rivotazione del disegno di legge, ai sensi dell'art. 49.

Quindi mi pare che effettivamente il capogruppo della S.V.P., dr. Brugger, non si possa, in questo momento, mettere in contrasto o in contraddizione con quanto richiesto dall'Assessore Benedikter, del suo stesso partito.

Pertanto io, onorevole Presidente, penso che la retta interpretazione del nostro Statuto prescriva la messa in votazione, articolo per articolo, del disegno di legge.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Mi pare che, dall'intervento del cons. Ceccon, esca chiara l'intenzione di voler approfondire, attraverso un'adeguata discussione, tutto il disegno di legge sull'ordinamento dei Comuni, e quindi trascinarci in una maratona, a questo riguardo, che la maggioranza del Consiglio credo non gradisca, dopo la partecipazione alle precedenti maratone.

D'altra parte, se si passa alla discussione articolata, mi pare che, dal punto di vista del diritto, un consigliere possa chiedere la discussione ad hoc, non soltanto degli articoli incriminati, ma anche di altri articoli.

Ora porrei questo quesito all'attenzione del signor Presidente: se noi votiamo per il non passaggio alla discussione articolata, non significa mica che il disegno di legge è respinto. Normalmente abbiamo interpretato il non passaggio alla discussione articolata come una repulsa, magari momentanea, del disegno di legge, ma non significa mica che questa debba essere la sola interpretazione. Mi pare che, se noi votiamo per il non passaggio alla discussione articolata, e motiviamo soprattutto, — perché questo è importante per la cosiddetta « *mens legis* » —, perché non votiamo per il passaggio alla discussione articolata, praticamente manifestiamo soltanto l'intenzione di non discutere, per questa ragione e su questo disegno di legge, gli articoli della legge. Arriviamo quindi, con questa votazione, a concludere, a definire questa fase. Resta poi il fatto che la Presidenza è comunque autorizzata a mettere in votazione, successivamente, la legge nella sua interezza ed a chiedere un pronunciamento, da parte del Consiglio, con il voto.

È un quesito, signor Presidente, perché sinora si è presentato soltanto il caso nel quale noi abbiamo votato, — o a maggioranza o all'unanimità, non ricordo —, il non passaggio alla discussione articolata, intendendo, con quello, manifestare la volontà di non voler prendere in esame il disegno di legge. Ma non sta scritto da nessuna parte che soltanto in questo senso si debba interpretare. Penso che noi potremmo, attraverso una riunione dei capigruppo, eventualmente con la Presidenza, cercare, di risolvere questo problema.

Io penso che la stragrande maggioranza del Consiglio intenda non passare alla discussione articolata. Votare in questo senso, significa poi arrivare al voto definitivo sul complesso delle norme relative all'ordinamento dei comuni.

È quindi un quesito che pongo all'attenzione della Presidenza, — eventualmente da chiarire con i capigruppo —, perché è chiaro che qui si vuole, per una questione o di prestigio o comunque per una questione politica, — discutibile fin che si vuole, ma comunque legittima da parte di chi intende promuovere l'azione —, è chiaro che qui si vuole trascinarci in una maratona, che non pare opportuna, dopo quanto è avvenuto, non soltanto nel corso di questa discussione, ma dopo tutti i precedenti, che sono avvenuti nel corso di questi anni, nel corso della trattazione di questo disegno di legge.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Prendo la parola sulla proposta avanzata dal cons. Nardin, e, maratona a parte, onorevole Presidente, io dico che è proposta da non avanzarsi. Mi stupisce che il proponente sia il cons. Nardin, che di solito è sempre così ben ferrato sulle conoscenze e sulle interpretazioni del nostro regolamento, e che quindi a priori sa di non poterla avanzare. Non per nulla, ha detto . .

NARDIN (P.C.I.): Ho formulato un quesito!

PREVE CECCON (M.S.I.): Sì, non per nulla lei ha formulato un quesito, proponendo all'onorevole Presidente del Consiglio di convocare i capigruppo. Eh, non mi costringa a mandare un altro telegramma, cons. Nardin! Guardi che lei lo sa benissimo, che il consiglio dei capigruppo non può decidere che in una maniera soltanto! Perché? Perché lo dice chiaramente l'art. 82 del nostro regolamento, il quale è formulato così: « Chiusa la discussione generale il Presidente mette in votazione per

alzata di mano il passaggio alla discussione per articoli ». Secondo capoverso: « Se il Consiglio non l'approvi, il disegno di legge si considera respinto... »; mi pare che su questa enunciazione e su questa formulazione non ci sia possibilità alcuna di interpretazione o di sofisticazione. E prosegue il capoverso: « a meno che, su richiesta di un consigliere, esso non decida, con separata votazione, che il disegno di legge venga rinviato alla Commissione per un riesame ». Ma questo era il contenuto della proposta formulata, e dal sottoscritto e dal consigliere Corsini.

Se lei vuole essere terzo fra cotanto senno, e avanzare la nostra proposta, veramente potremmo votare il rinvio al Consiglio. Ma non può assolutamente interpretare la reiezione della discussione, articolo per articolo, come possibile scappatoia per votare nella sua complessità il disegno di legge. Questo non è consentito dal regolamento

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Mi sembra che effettivamente si debba votare il passaggio agli articoli, però mi sembra anche che l'ulteriore questione non sia regolata nel regolamento interno; la questione, cioè, se il Consiglio possa votare la legge nel suo complesso, dopo aver votato il passaggio agli articoli.

Quindi il Consiglio dovrà risolvere tale questione con una norma permanente; comunque può regolarla con una propria . . .

**PREVE CECCON (M.S.I.):** È regolata la reiezione della legge!

**BENEDIKTER (S.V.P.):** È regolata nel senso che bisogna votare il passaggio agli articoli; questo è regolato, perché, se non si vo-

tasse il passaggio agli articoli, questa votazione contro il passaggio avrebbe un certo senso che è previsto nel regolamento. Questo è pacifico. Però è regolato il fatto, che mi sembra preclusivo, della discussione degli articoli, quando, dopo il passaggio agli articoli, qualcuno si alza e dice: qui ho la sensazione che il Consiglio regionale, nella sua maggioranza assoluta, sia del parere di non esaminare tutti gli articoli, ma di votare tutta la legge, di rivolarla, come disegno di legge, come una unità, di rivolarla, a norma dell'art. 49, senza l'esame degli articoli. Credo che legittimamente il Consiglio lo possa fare, perché, fino a questo momento, non esiste normazione in merito. Cioè, è una proposta che preclude l'esame dei singoli articoli, e ritengo che il Consiglio sovraneamente possa — in sede di rinvio, intendiamoci — adottare questa linea di condotta.

**PREVE CECCON (M.S.I.):** C'è l'art. 83, che disciplina l'approvazione dei disegni di legge!

**BENEDIKTER (S.V.P.):** . . . altrimenti arriveremmo all'assurdo, che anche i singoli articoli dovrebbero essere votati a maggioranza assoluta, perché la votazione sia valida a norma dell'art. 49, tutti i singoli articoli, cosa che escludo per assurdità, ma con la sua interpretazione si arriverebbe a questo assurdo però.

**PREVE CECCON (M.S.I.):** No, neanche per idea!

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Perché, se il disegno di legge deve essere interpretato come votazione di tutti gli articoli del disegno di legge, allora tutti i singoli articoli dovrebbero essere votati a maggioranza assoluta, cosa che lei stesso esclude.

PREVE CECCON (M.S.I.): Naturale!

BENEDIKTER (S.V.P.): Be', allora la parola « disegno di legge » come scritta nello Statuto, può essere interpretata anche come unità, come disegno di legge, così come è stato votato e così come è stato rinviato.

PREVE CECCON (M.S.I.): No, perché c'è una procedura per la discussione dei disegni di legge, e va rispettata la procedura. È il disegno di legge . . .

BENEDIKTER (S.V.P.): Non c'è nessuna procedura nello Statuto, scusi, c'è una procedura nel regolamento, e il regolamento non disciplina questo caso.

PREVE CECCON (M.S.I.): Ma il disegno di legge va votato articolo per articolo, cons. Benedikter!

BENEDIKTER (S.V.P.): Allora dovremmo votare articolo per articolo, a norma dell'art. 49, cosa che è assurda.

PREVE CECCON (M.S.I.): Ma non è vero!

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Innanzitutto per dire che nessuno qui ha intenzione di fare o di far fare delle maratone, perché veramente mia intenzione non è di certo . . .

NARDIN (P.C.I.): Conserva il fiato . . .

CORSINI (P.L.I.): Il fiato lo troverei immediatamente, appena pensassi che potesse essere utile a qualche cosa.

Ma una questione pregiudiziale va fatta anche qui: il Consiglio, signor Presidente, è ben sovrano; è sovrano di cambiare il regolamento, non di disattenderlo, finché il regolamento c'è e dice quello che dice. Per cui niente in contrario, se vediamo che questo caso non è ipotizzato, a fare una mutazione del regolamento, ecc.

Io mi attengo strettissimamente a quella che è la realtà degli atti.

Ora, al punto 14) dell'Ordine del giorno, compilato dalla onorevole Presidenza del Consiglio, c'è scritto che cosa discutiamo: discutiamo il disegno di legge n. 24 « Ordinamento dei Comuni », (rinviato dal Governo). Questa è la materia sulla quale trattiamo. Disegno di legge n. 24, « Ordinamento dei Comuni ». Andiamo a vedere il regolamento. Art. 81. Dopo aver parlato delle relazioni delle Commissioni, dice: « Nella discussione dei disegni di legge il Consiglio procede prima alla discussione generale, quindi alla discussione e alla votazione per articoli ». Non è che dica che si può ad un dato momento interpretare, come, perché, ecc.; prima la discussione generale, poi alla discussione ed alla votazione per articoli. Nel caso di relazione orale delle Commissioni, si può fare anche a meno.

« Chiusa la discussione generale, — dice l'art. 82 —, il Presidente mette in votazione per alzata di mano il passaggio alla discussione per articoli ». Poi c'è il comma, che è stato precedentemente letto.

Art. 83: « I disegni di legge, dopo l'approvazione dei singoli articoli, vengono messi in votazione finale ».

Queste sono le norme per discutere un disegno di legge. Bisognerebbe contestare che questo non è un disegno di legge, oppure bisognerebbe aver messo all'Ordine del giorno un argomento diverso. Se fosse stato messo all'Or-

dine del giorno un argomento diverso, approvazione, per esempio, della proposta della commissione legislativa di, ecc. ecc., avremmo potuto discutere che era legittimo mettere un punto all'Ordine del giorno in quel modo, ma ancora la discussione sarebbe stata possibile. Qui mi pare proprio che possibilità di discussione non ce ne sia; dobbiamo fare questa piccola fatica, che penso nessuno turberà, per gli articoli che sono pacifici. Sentiremo leggerli, li approveremo, non li approveremo, a seconda di come è stato il nostro orientamento la volta precedente, e caso mai ci soffermeremo, — questo sì signor Presidente —, ci soffermeremo sui quattro, sui tre articoli, motivi di rinvio. Su quello credo che nessuno possa impedire ai consiglieri di esprimersi, con la promessa — e credo la farà anche il cons. Ceccon — di non far fare, né voler far fare alcuna maratona.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Esistono precedenti nel Consiglio provinciale di Bolzano, in cui rivotazioni, a norma dell'art. 49, sono state fatte senza leggere i singoli articoli.

ALBERTINI (Assessore industria e turismo - D.C.): Anche in Consiglio regionale!

PRESIDENTE: Dunque, se consentite, la Commissione agli affari generali ha fatto la proposta della rivotazione del progetto di legge, così come l'abbiamo approvato precedentemente e come è stato rinviato dal Governo, colla idea evidente di provocare l'adizione alla Corte costituzionale.

Se non si fossero manifestati dissensi in seno al Consiglio regionale, non avrei fatto nemmeno la proposta per il passaggio alla discussione degli articoli.

Questa ritengo che si debba fare, perché ci sono stati dissensi espressi dall'una e dall'altra parte.

Ritengo tuttavia che la maggioranza, come si è manifestata nei lunghi discorsi e nei lunghi interventi, resti quella della Commissione, cioè che abbia lo scopo di andare alla Corte costituzionale. Se così è, la lettura degli articoli, uno dopo l'altro, è perfettamente inutile, perché verrebbe ripreso *l'iter* comune e si andrebbe alla Corte costituzionale non si sa quando.

Per cui io ritengo di far varare la proposta per la discussione articolata, e poi di mettere in votazione la proposta per la votazione globale. Questo in mancanza di norme precise nel nostro regolamento, e seguendo la prassi già adottata precedentemente.

Quindi pongo in votazione la proposta per il passaggio alla discussione articolata.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

C'è la proposta del cons. Brugger per la votazione globale.

Pongo in votazione questa proposta.

La parola al cons. Corsini sulla proposta.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, per evitare proprio che ci si debba irrigidire e che le parti siano poste poi nella necessità di andare fino in fondo, il che credo non sia vantaggio di nessuno.

A mio modestissimo avviso, mi pare che la proposta fatta dalla onorevole Presidenza disattenda, nel modo più formale, le norme del regolamento, non solo, ma a mio avviso anche l'art. 49 dello Statuto.

Se troviamo, — e questo è lo spirito del mio intervento —, se troviamo una via conciliativa, che abbrevi il più possibile la discussione, che la abbrevi, che la riduca, ma concii-

liativa in modo tale che i diritti di tutti i consiglieri, così come sono sanciti nello Statuto e nel regolamento, siano rispettati, io prendo impegno, per parte mia, — lo ripeto ancora —, di non ritardare neanche con una mezza parola in più, quello che è il corso della discussione. Se invece si insiste su questo criterio di voler applicare, per la votazione di un disegno di legge, una procedura, che non solo non è prevista, ma che contrasta con quella chiaramente indicata nello Statuto e nel regolamento, io debbo fare tutte le mie riserve conseguenti.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Guardi, signor Presidente, a me sembra veramente di non poter accettare la proposta nei termini fatti dal cons. Brugger. Dobbiamo stare attenti, non a questa legge, ma a tutte le nostre leggi, nonché ai regolamenti che disciplinano la procedura, e se oggi ci troviamo in una circostanza nella quale è facile avere la quasi unanimità su di un problema scontato per quasi tutti, domani, riproponendosi lo stesso tema e lo stesso argomento in un caso diverso, trovarsi di fronte ad un precedente di questa natura, potrebbe mettere in imbarazzo moltissimi di noi qui dentro e lo stesso Consiglio nel suo complesso, per cui non siamo d'accordo di appoggiarlo, anche perché mi pare proprio, ad occhio e croce, che contravvenga un po' al regolamento.

Io penso però che tutte le interpretazioni sono possibili, quando ci sia la reciproca buona fede, e l'interpretazione, non letterale, sia rivolta non a sopraffare un gruppo od un altro, ma sia rivolta ad accelerare i nostri lavori.

Allora, in questo spirito, premesso che Corsini ha già fatto le dichiarazioni che ha fat-

to, e che gli interessa probabilmente prendere la parola e discutere su tre articoli; premesso che il cons. Corsini ha parlato anche a nome di Ceccon, il quale continua a non ascoltarlo . . .

CORSINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): No, no, non hai parlato a nome di Ceccon, hai avanzato la presunzione che anche il cons. Ceccon si limiti ad avere queste tue richieste di poter parlare sugli articoli incriminati . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): No, io non parlo consigliere. Non si preoccupi, neanche una parola, anzi, più ce ne sono dentro, più contento sono, per carità!

RAFFAELLI (P.S.I.): Ecco, tanto meglio.

Allora, è possibile . . .

PREVE CECCON (M.S.I.): Ma non deve dipendere da questo fatto, questo è il problema.

RAFFAELLI (P.S.I.): Ecco, d'accordo.

È possibile, senza sopraffare da una parte, e senza formalizzarsi, per il gusto di formalizzarsi, dall'altra, addivenire ad un accordo di questo tipo, che non viola, secondo me, il regolamento? Si procede alla votazione articolata, dando per letti gli articoli sui quali nessuno chieda di parlare. In termini pratici, il signor Presidente dovrebbe dire: « art. 1. Se nessuno chiede la parola, è posto ai voti l'art. 1 », sottintendendo che, anche se non lo legge per la diciannovesima volta, lo conosciamo, e sottintendendo che chi ha qualche cosa da dire, non può, in buona fede, pretendere di poterlo dire soltanto se lo sente leggere dalla viva voce del Presidente.

Quindi la proposta mia è questa, e mi pare che se i gruppi fossero tutti d'accordo, non commettiamo nessuna violazione di regolamento e nessuna sopraffazione nei confronti di chi non voglia accettare la votazione in blocco.

**PRESIDENTE:** Hanno parlato due contro la proposta Brugger; adesso hanno diritto di parlare due a favore della proposta Brugger. La parola al cons. Nardin.

**NARDIN (P.C.I.):** Perché, se si passa alla discussione articolata, contro la proposta fatta dal Presidente, perché se si accetta la discussione articolata, si deve rispettare il diritto dei consiglieri, di chiedere anche, puta caso, la discussione su ogni articolo, non soltanto su quelli contestati, ma su ogni articolo posto in discussione. Questo l'ho detto anche prima.

Ed ho opinato prima, in questo senso: se non convenga esaminare il caso, che si presenterà probabilmente più volte nel futuro, di un disegno di legge che il Consiglio decide di riapprovare nella sua interezza, — come nel caso del disegno di legge sull'ordinamento dei comuni —, e in questo caso se non convenga, quando si nega il passaggio alla discussione articolata, se non convenga prospettare nel regolamento, — speriamo che il regolamento venga riformato un giorno o l'altro anche in questa parte —, se non convenga, manifestata la volontà di approvare nella sua interezza il disegno di legge, non approvare il passaggio alla discussione articolata, intendendo arrivare con questo al voto finale sull'intero disegno di legge, senza la discussione articolata.

È una questione che io prospetto, perché sinora è regolamentata soltanto una interpretazione, cioè quella più corrente, che il non passaggio alla discussione articolata, significhi disegno di legge respinto.

Siccome questo non è possibile oggi, nel

corso di questa seduta, io ho fatto un quesito alla Presidenza per vedere se non parlando di questa eventualità il regolamento, si poteva comunque interpretare il voto del Consiglio espresso in questo senso; ma se si passa alla discussione articolata, si deve dare il diritto, — che poi se ne serva un consigliere, questo è un altro paio di maniche —, ma si deve dare il diritto a tutti i consiglieri di aprire la discussione su ogni articolo contenuto nella legge.

Quindi, guardate colleghi della S.V.P. che avete avanzato questa proposta, che accettare questa proposta da parte del Consiglio, a maggioranza, significa veramente ledere un principio e un diritto.

Per queste ragioni io voterò contro questa proposta.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Brugger.

**BRUGGER (S.V.P.):** Ich möchte in diesem Zusammenhang einen neuen Vorschlag unterbreiten, bzw. meinen vorherigen Vorschlag etwas revidieren, und zwar aus den Erwägungen, die vorher durch die Vorredner dargelegt worden sind. Es gibt meines Dafürhaltens keinen Zweifel darüber, daß diese Sonderprozedur zur neuen Beschlußfassung des Gesetzes, das von der Zentralregierung rückverwiesen worden ist, in unserer internen Geschäftsordnung keine Regelung gefunden hat. Wir sind uns bis jetzt alle einig, daß diese Prozedur, nennen wir sie Sonderprozedur, keine Regelung gefunden hat. Wenn wir das Gesetz neuerdings, ohne eine Abänderung vorzunehmen, beschließen, könnte dies ohne weiteres auch so interpretiert werden, daß man wiederum überprüfen kann, ob nicht jeder Artikel die qualifizierte Mehrheit haben müßte. Der Art. 49 sieht das nicht ganz eindeutig vor, ob die qua-

lifizierter Mehrheit in der Schlußabstimmung, oder, falls alle Artikel abgestimmt werden, bei jedem Artikel vorhanden sein muß. Es wäre hier eine Regelung, glaube ich, in der internen Geschäftsordnung für die Wiedergenehmigung von rückverwiesenen Gesetzen zu treffen. Und die besteht nicht. Wir haben nur die Regelung, wie die normale Genehmigung der Gesetze vorzunehmen ist. Könnte man hier vielleicht doch einen Ausweg in dem Sinne finden, daß der Regionalrat sich ad hoc eine solche Regelung gibt, indem jetzt über den Antrag abgestimmt wird, ob Gesetze, die neuerdings genehmigt werden sollen, Artikel für Artikel abgestimmt werden sollen, oder nur global. Ich weiß nicht, ob ich mit diesem Antrag verstanden worden bin, daß, bevor wir die Diskussion weiterführen, der Regionalrat befragt werden solle, ob er einverstanden ist, daß bei dieser Prozedur die Artikel global, also in der Endphase abgestimmt werden sollen, oder nicht. Dies wäre eine Vorfrage, die zu klären wäre, bevor wir weitergehen, denn es sind schon hinreichend Präzedenzfälle vorhanden, die uns beweisen, daß keineswegs Gesetzwidrigkeiten vorgekommen sind, wenn der Beharrungsbeschluß gefaßt wird, ohne daß man die einzelnen Artikel abstimmt. Es wird mit dem Vorschlag des Regionalrats Raffaelli, der sicherlich als Kompromiß aufzufassen ist, doch eine unangenehme Situation für den Regionalrat entstehen, wenn wir vom ersten bis zum letzten Artikel nichts anderes zu tun brauchen, als die Hände in die Höhe zu heben. Meines Dafürhaltens wäre diese Frage, die eine Ergänzung der internen Geschäftsordnung bedeuten würde, jetzt zu stellen, insbesondere weil aus der Vergangenheit bereits Fälle vorliegen, in denen Beharrungsbeschlüsse ohne Abstimmung der einzelnen Artikel gefaßt worden sind.

*(Presento un'altra proposta a revisione della prima ed esattamente in base alle considerazioni fatte dai colleghi che hanno parlato prima di me. A mio avviso non c'è dubbio che la procedura straordinaria di riapprovazione di una legge rinviata dal Governo non è prevista dal nostro regolamento interno: siamo dunque d'accordo che tale procedura non è stata ancora disciplinata. Se però noi riapproviamo la legge senza apportarvi modifica alcuna ciò assumerebbe il significato di poter controllare nuovamente se ogni articolo abbia la maggioranza qualificata. L'art. 49 non prescrive univocamente se la maggioranza qualificata deve essere raggiunta per ogni articolo o nella votazione finale. Qui occorrerebbe una norma per la riapprovazione delle leggi rinviate che nel regolamento non esiste; abbiamo soltanto quella per l'approvazione normale della legge. Si potrebbe forse trovare una scappatoia nel senso che il Consiglio si dia « ad hoc » una particolare procedura decidendo se accettare, per le leggi di prossima votazione, la votazione in blocco o per articoli. Non so se la mia proposta è stata compresa: la mia idea è che, prima di proseguire nella discussione, il Consiglio regionale dichiari se vuole procedere alla votazione per articoli o di tutta la legge nel suo insieme. Prima di procedere bisogna chiarire questo aspetto e ci sono precedenti di riapprovazioni di leggi senza votazioni articolate. La proposta del cons. Raffaelli è da interpretarsi senz'altro come un compromesso ma metterò il Consiglio in una situazione spiacevole se dal primo all'ultimo articolo non dovremo far altro che alzare il braccio. Mi sembra che la questione dovrebbe porsi ora perché essa significherebbe un completamento dell'ordinamento interno e specialmente perché esistono precedenti di riapprovazione di una legge senza votazione dei singoli articoli.)*

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Onorevole Presidente, a me pare che ci si stia perdendo in un problema di lana caprina.

Non posso accettare infatti la suddivisione dei nostri disegni di legge, cioè disegni di legge che incontrano l'approvazione governativa, e quindi hanno avuto un loro *iter* normale; disegni di legge che ci vengono respinti e che, per il fatto che noi vogliamo inviarli alla Corte costituzionale, debbano essere considerati sotto un'altra specie.

Ora, anche per quelli, io dico, deve esistere la stessa procedura nella approvazione. La realtà è un'altra: se il Consiglio regionale esprime la propria motivata opinione di inviare un disegno di legge alla Corte costituzionale, qual è la realtà prima che si impone? È questa: il disegno di legge non deve essere modificato. Così come è stato approvato nella stesura rinviata dal Governo, deve essere riproposto alla Corte costituzionale.

Ma per ottenere questo, . . .

BRUGGER (S.V.P.): Al Governo!

PREVE CECCON (M.S.I.): Al Governo ed alla Corte costituzionale . . .

BRUGGER (S.V.P.): No!

PREVE CECCON (M.S.I.): Al Governo perché poi ricorra. Ecco, alla Corte costituzionale.

Ma per ottenere questo . . .

BRUGGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

PREVE CECCON (M.S.I.): Sì, per permettergli entro quindici giorni di impugnarlo.

Se noi lo riapproviamo, è questa la procedura.

BRUGGER (S.V.P.): No, non deve mica impugnarlo, io sono del parere che non lo deve impugnarlo.

PREVE CECCON (M.S.I.): Può anche non impugnarlo, chiaro.

Noi consideriamo che lo impugni, va bene, ma allora, per ottenere questo fatto, il disegno di legge rimanga tale e quale come è. Non bisogna inventare scappatoie di regolamento.

C'è un modo solo, l'unico consentito in uno stato democratico, che non vuole la violazione dei regolamenti, ed è quello del voto espresso dalle maggioranze politiche. Io posso discutere fin che voglio, nei limiti del regolamento, per tentare di mutare un articolo. La mutazione non avviene perché, votando su quell'articolo, si determina automaticamente una maggioranza, che impedisce a me di mutare anche una virgola dell'articolo in discussione.

Quindi il fatto principale, la caratteristica principale, che il disegno di legge richiede per essere riapprovato, cioè la sua immutabilità, è garantito dalla espressione di una maggioranza politica. Altrimenti, che cosa succede? Succede quello che già adesso, purtroppo, succede come una norma di attuazione dello Stato. Noi, singoli consiglieri, siamo ritenuti capaci di proporre disegni di legge; è una nostra funzione, un nostro diritto l'iniziativa legislativa.

Orbene, per proporre voti al Governo o disegni di legge al Governo, i singoli consiglieri non la possono esercitare questa loro prerogativa, devono essere per lo meno in cinque. Ed è errato, perché un altro articolo del nostro Statuto stabilisce che i disegni di legge di iniziativa consiliare, da inviarsi al Governo, devono avere la maggioranza del Consiglio. Come si ottiene questa maggioranza? Con una mag-

gioranza politica: si vota contro un disegno di legge, proposto da un singolo consigliere, e quello non va più al Governo.

Quindi era assolutamente inutile escogitare il fatto delle cinque firme, per esercitare questo mio diritto che mi è riconosciuto dalla Costituzione.

Quindi io dico: è inutile cercare scappatoie di regolamento. Gli articoli devono essere mantenuti così come sono? Lo possono essere benissimo con la votazione, con l'unico mezzo concesso dal legislatore, che è la votazione. Respingete tutte le proposte che eventualmente si dovessero fare, su ogni singolo articolo.

Con ciò riconfermo però quanto da me prima detto, che non ho assolutamente intenzione di prendere la parola su nessuno degli articoli in discussione.

PRESIDENTE: Ora facciamo dieci minuti di sospensione.

(Ore 12.30).

Ore 12.55

PRESIDENTE: I lavori riprendono.

Da parecchi settori del Consiglio mi è arrivata la raccomandazione di accogliere il suggerimento da altri espresso, e cioè fare in modo che la legge figuri rivotata articolo per articolo. Questo per evitare che questa legge, che ha già avuto tante traversie, venga ancora ributtata in alto mare.

A questo scopo mi adegua per la stessa preoccupazione che mi è stata espressa dai consiglieri o dai capigruppo; quindi penso senz'altro di arrivare alla lettura di ogni articolo. Se però qualcuno pensasse che è opportuno solo dire: l'art. 1, l'art. 2, invece di fare la lettura, — che fra il resto non dovrebbe ser-

vire, dovrebbe essere pleonastica, in quanto ciascuno l'ha letto e l'ha di fronte —, io sarei d'accordo di far questo. Chi vuole, può prendere la parola su ogni articolo; naturalmente su ogni articolo si vota.

La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Signor Presidente, noi siamo senz'altro d'accordo su questa sua proposta, però io vorrei chiedere ora a lei, perché decidesse in proposito, circa le maggioranze necessarie nell'approvazione dei singoli articoli.

A me sembra che l'art. 49 dello Statuto, dica: « ove il Consiglio regionale o quello provinciale li approvi nuovamente a maggioranza assoluta dei suoi componenti, sono promulgati » ecc. Quindi, a mio giudizio, la maggioranza assoluta dovrebbe avvenire solo sul disegno di legge, sulla votazione finale; anche perché noi ci troviamo, nei nostri lavori, ad avere in un momento 25 consiglieri, in un momento 48, in un altro momento 35, anche per non obbligarci sempre a dover restare qui. Io resto qui senz'altro, ma qualcuno è chiamato oppure si assenta un momentino; io direi che dovrebbe essere logico che la maggioranza assoluta deve essere acquisita solo sulla votazione finale.

PRESIDENTE: Mi pare non fondata la ragione per cui uno è qui ed un momento dopo è fuori; io chiederei al Consiglio invece un'altra cosa: se è d'accordo che invece della lettura completa, articolo per articolo, si possa dire: « art. 1: chi lo approva o chi non lo approva? ».

Siete d'accordo su questo?

CONSIGLIERI: Sì.

PRESIDENTE: Allora chiedo la votazione.

Chi è favorevole a questa proposta, è pregato di alzare la mano: unanimità.

Allora abbiamo ancora da votare la proposta per il passaggio alla discussione articolata.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano.

CONSIGLIERI: L'abbiamo già votata!

PRESIDENTE: L'abbiamo già votata? Allora va bene.

Art. 1. È posto in votazione l'art. 1.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 contrari e 1 astenuto.

Art. 2. È posto in votazione l'art. 2.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 3. È posto in votazione l'art. 3.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 4. È posto in votazione l'art. 4.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 contrari.

Art. 5. È posto in votazione l'art. 5.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 contrari.

Art. 6. È posto in votazione l'art. 6.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 7. È posto in votazione l'art. 7.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 8. È posto in votazione l'art. 8.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 9. È posto in votazione l'art. 9.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 10. È posto in votazione l'art. 10.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 11. È posto in votazione l'art. 11.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 12. È posto in votazione l'art. 12.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato ad unanimità.

Art. 13. È posto in votazione l'art. 13.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario e 1 astenuto.

Art. 14. È posto in votazione l'art. 14.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 15. È posto in votazione l'art. 15.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario e 1 astenuto.

Art. 16. È posto in votazione l'art. 16.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 17

## CONTROLLO STRAORDINARIO SUL CONSIGLIO COMUNALE

*Il Consiglio comunale è sciolto dalla Giunta regionale, su proposta o comunque sentita la Giunta provinciale competente, quando compia gravi o ripetute violazioni di legge o non corrisponda all'invito della Giunta provinciale di sostituire la Giunta o il Sindaco per le stesse ragioni o quando non sia in grado di funzionare.*

*La deliberazione motivata viene comunicata al Consiglio regionale nonché al Commissario del Governo e pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. Le nuove elezioni si effet-*

*tuano entro tre mesi dalla predetta pubblicazione.*

Chi prende la parola sull'art. 17? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Sembra, signor Presidente, se sono vere le notizie che si sono avute nel lungo periodo in cui questo disegno di legge è rimasto senza che si avesse, da parte del Governo, una pronuncia — e debbo dire « lungo periodo », perché, se mi ricordo bene, è stato approvato alla fine di giugno o di luglio, ed è passato il mese di agosto, è passato il mese di settembre, siamo arrivati al 10 di ottobre, prima che avessimo la pronuncia del Governo, con la negazione dell'apposizione del visto rituale; e questo disegno di legge ha avuto anche una lunga gestazione qui, dopo che era stato approvato dal Consiglio, per consentire alla Presidenza del Consiglio di corrispondere al normale incarico e funzione di fare un'opera di coordinamento e di risistemazione logica delle varie disposizioni, che, nel disegno di legge che si è discusso, erano venute qualche volta mutando con l'introduzione di qualche articolo o emendamento — dico, se sono vere le notizie che sono trapelate in questo lungo periodo, — e sulle quali forse, in risposta, il signor Assessore potrebbe dirci qualche cosa —, che questo art. 17 sia stato quello su cui si sono manifestate, fin dall'inizio, evidenti resistenze da parte del Governo, precise resistenze da parte del Governo, e che non fosse ignoto al signor Assessore ed alla Giunta, che questo sarebbe stato proprio il muro contro il quale non ci sarebbe stata possibilità assoluta di sfondamento, che su questo argomento, su questo articolo il Governo aveva intenzione di tener duro, di resistere in ogni modo, mentre forse per qualche altro articolo, — senza dubbio per quelli contenuti nelle osservazioni, ma forse anche per gli altri due —, tale resistenza avreb-

be potuto essere meno dura, meno irremovibile.

Per cui potrebbe anche profilarsi questo gruppo di considerazioni. se l'onorevole Giunta, in queste conversazioni che ha avuto con il Governo, — e del resto ce le aveva preannunciate lo stesso signor Assessore, nel momento in cui si faceva la discussione qui, anche per altri articoli —, se l'onorevole Giunta fosse venuta nella determinazione di riproporre al Consiglio regionale questo disegno di legge, con la modificazione di questo art. 17, si sarebbe forse, — se sono vere le notizie che io ho e delle quali attendo conferma o smentita da parte del signor Assessore —, si sarebbe forse potuto raggiungere questo accordo, venir qui, mutare questo articolo e vedere approvato il disegno di legge, senza iniziare — come stiamo facendo in questo momento — la procedura che ci porterà, presumibilmente, di fronte alla Corte costituzionale, dicevo ieri che non è presumibile che il Governo muti in pochi giorni il suo parere.

Mi pare che questo aspetto dovesse essere qui rilevato, nel momento in cui siamo ancora in tempo, perché stiamo per rivotare questo articolo, e — voi che lo voterete, che lo approverete, come avete già preannunciato — state per rivotarlo e per creare proprio su questo tema, quella frattura che porterà poi a quel risultato che sappiamo.

Ora io mi domando, signor Assessore, se questo era un tema di così estrema importanza, da meritare che, accentrandosi intorno ad esso, si dovesse ritardare, — lei dice per sei mesi, possono anche essere di più, probabilmente; se poi la Corte costituzionale dovesse darci torto, bisognerà che questo ritorni qui, che rimutiamo le nostre posizioni, e via dicendo —, se questo era un argomento di così estrema importanza e di così estrema gravità, da dover creare

questo conflitto giuridico tra la Regione e lo Stato.

Si ricordava poco tempo fa, nelle more della pausa, che, dacché c'è la Regione autonoma, anzi, direi, dal dopoguerra, per quello che io mi ricordo, non c'era mai stato uno scioglimento di un Consiglio comunale . . .

*(Interruzione)*

CORSINI (P.L.I.): . . . Merano c'è stato? Be', un caso in quindici anni, in sedici anni.

È certo che la realtà delle nostre amministrazioni comunali, alle quali ci rifacciamo così spesso per lodarle e per avere fiducia, è una realtà sana e pregevole in buona parte, per cui i casi in cui si debba prevedere di dover intervenire con questo scioglimento del Consiglio, sono casi ipotetici, teorici, più che concreti e che si trovino ad ogni pie' sospinto.

S'è voluto perciò fare una impuntatura su una questione astratta, per così dire, perché ha poca riscontranza poi nella realtà dei fatti, e su un tema sul quale non eravamo impreparati, perché la lettera del 28 ottobre 1962, l'ultima del Commissario del Governo, ci ricorda che questo art. 17 era l'art. 16 dell'analogo disegno di legge regionale, rinviato nel gennaio del 1959 dal Governo, che riconosce alla Regione il potere di sciogliere i Consigli comunali per gravi e ripetute violazioni di legge, ecc., per cui non era neanche un tema che ci fosse ignoto o che dovessimo affrontare per la prima volta; su questo c'era già stata una pronuncia del Governo.

Era proprio così importante l'argomento, da meritare di far cadere una legge, per questo tema, e per questo argomento qui? Io direi di no, e perché non trova, come dicevo prima, riscontranza frequente nella realtà, ed anche perché la questione giuridica che si vuole investire, non è poi quella che, sciolta in un modo, veda

in ginocchio la nostra Regione, e sciolta in un altro la veda portata alle stelle.

Non mi pare che proprio molto molto di prestigio della Regione e della dignità dell'autonomia regionale si sarebbe perduto, se avessimo imboccata l'altra strada, quella cioè di lasciar stare questa materia, fino al momento in cui venisse esaminata più ampiamente, e sulla quale ci fossero state delle pronunce.

Né, signor Assessore, mi ha convinto quel ragionamento da lei fatto questa mattina, in merito a questo argomento, quando ha detto: « nel resistere abbiamo ragione », ed ha portato, come esempio, il fatto della istituzione delle opere pie, che è prerogativa del Capo dello Stato e che poi si è riconosciuto che possa essere fatta anche dalla Regione.

Non mi ha convinto questo ragionamento, perché c'è di mezzo un atto importantissimo, che lei ha voluto in parte minimizzare ma invece è relevantissimo, ed è il fatto che questo è stato riconosciuto attraverso ad una precisa norma dello Stato; per cui io non avrei niente da obiettare, nel caso in cui, attraverso una norma di attuazione o di qualsiasi altra natura, magari generale, se domani verranno istituite queste Regioni a statuto ordinario o via dicendo, lo Stato si spoglierà di questa sua tradizionale prerogativa, che è accentrata, come dice la lettera, nella suprema autorità dello Stato, per riconoscere la possibilità dell'intervento degli enti autonomi, ma non consentendo che questa potestà, gli enti autonomi se la arroghino da soli; dandola agli enti autonomi, e ponendo ovviamente anche determinate clausole di garanzia per il migliore e per il più retto uso di questa potestà, che è stata riservata alla suprema autorità dello Stato, per un motivo, evidentemente: non per oberare il Presidente della Repubblica o i suoi uffici di tutte queste altre questioni, oltre a quelle che ha, ma perché si ri-

conosce che lo scioglimento di un Consiglio comunale è materia veramente di una gravità eccezionale, sempre, in qualsiasi momento, perché si viene ad inserirsi, con una disposizione dall'esterno, in quella espressione della volontà popolare, che ha eletto quel determinato Consiglio, prevedendo la sua durata per un quadriennio.

Forse questo richiamo alla considerazione se valeva o no la pena di impuntarsi su questi tre articoli, sarebbe stato più utile farlo all'inizio della discussione generale, ma purtroppo — me lo lascierete dire perché è una realtà — si è venuti qui in questo Consiglio, non con la volontà di ridiscutere serenamente queste questioni, ma con una decisione già presa, già preconstituita, che a volte rende inutili anche gli interventi e le discussioni stesse, e se le faccio, sia pure brevissimamente come mi sono impegnato a fare, è proprio perché desidero che tutte queste cose restino a verbale, a scarico delle responsabilità future.

Certo che — ed ho chiuso — certo che se il signor Assessore, se la Giunta regionale ha avuto coscienza ed ha avuto sentore che il Governo, su questo punto, aveva manifestato il suo irrigidimento più formale e più deciso, mentre invece su altri temi, — come del resto ha fatto, perché ha ristretto i rinvii per illegittimità costituzionale proprio a tre articoli, mentre le osservazioni le ha fatte così, *ad abundantiam*, come si è a lungo discusso, — se la Giunta regionale ha avuto questa sensazione, a mio avviso, si è assunta una responsabilità veramente grave. Per vincere una battaglia dottrinale e di prestigio, su un argomento che non ha molte radici nella realtà dei fatti, ha portato a che venisse respinta un'altra volta questa legge, e si dovesse addirittura aprire un conflitto giuridico tra Regione e Stato, con il ricorso dinanzi alla Corte costituzionale.

Più saggio mi sarebbe sembrato lasciar cadere, se questo era l'unico motivo per cui il Governo era veramente deciso a respingere il disegno di legge; lasciarlo cadere e tutto il resto della legge poteva rimanere in piedi, così come avevate votato a maggioranza. Io sono uno di quelli che ha votato contro, voi lo sapete, per cui non ho né meriti, né niente, in questa legge; mi pare che siano stati accolti uno o due dei numerosi emendamenti che ho presentato. Certo sarebbe stato meglio essere più prudenti ed avere finalmente il varo e l'entrata in vigore di questo disegno di legge.

È inutile che io dica che voto contro la riapprovazione di questo articolo, anche perché nel merito mi pare che le osservazioni governative siano giuste.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Il cons. Corsini dice: ma perché vi siete proprio irrigiditi su questo articolo?

Da quello che io so, dalle indiscrezioni che io ho avuto, il Governo aveva fatto chiaramente intendere che su questa trincea si sarebbe fermato e che questo costituiva un muro da non oltrepassare in alcun modo.

Ora, vede consigliere, non è vero questo . . .

CORSINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ecco, questo volevo chiarirlo. Tanto non è vero, che gli ultimi contatti governativi avevano portato all'approvazione intera del progetto di legge, anche di questo che costituiva, è vero, un motivo di rilievo. Cioè io non vengo a dire: non si è mai parlato dell'art. 17. No, dell'art. 17 si è parlato, però non era il punto sul quale il Governo aveva detto: que-

sto non passerà mai, tanto è vero che intese ad alto livello avevano portato alla assicurazione che sarebbe passato l'art. 17.

Non si era mai parlato poi di questione della statistica, che è venuta fuori non so da che parte. Era solo su quello che si parlava: sarebbe passato l'art. 17 e il Governo avrebbe fatto seguire una norma di attuazione, per riservarsi quello stesso potere sostitutivo che si era riservato nelle norme di attuazione sull'assistenza e beneficenza. Cioè il Governo si riservava il potere di intervenire e di sciogliere i consigli, se la Regione avesse dimostrato di avere inerzia, mancanza di sollecitudine, nello sciogliere i consigli per gravi e ripetute violazioni di legge.

Quindi questo devo dirlo, per smentire una situazione che, se riportata, potrebbe farci sembrare delle persone che si accaniscono così, oltre la realtà e la sostanza delle cose.

C'è un altro punto. Dice: ma è proprio un fatto tanto grave, tanto importante, da portare ad un conflitto fra Stato e Regione, questo dello scioglimento? In fondo in fondo sinora non è mai successo, salvo un caso, — mi pare quello di Merano —, che il Capo dello Stato sia intervenuto per sciogliere i consigli comunali dall'autonomia a questa parte.

Anche qui occorre intenderci. Anzitutto io non parlerei di conflitto fra Stato e Regione, perché altre regioni, altri cittadini, sollevano i conflitti di attribuzioni molto più di noi, davanti alla Corte costituzionale. Se gli organi giurisdizionali ci sono, è evidente che i cittadini e le istituzioni, come le regioni, se ne devono servire, e non si può drammatizzare su questi che sono conflitti di carattere giurisdizionale e non certo politico.

Lei, che forse conosce la storia meglio di me, saprà che in America, per esempio, la Corte costituzionale ha dato certi schiaffoni al Go-

verno, e continua a darli, ma non per questo il Governo si è mosso; è rimasto tranquillo al suo posto, perché compito del Governo è emanare le leggi, compito della Corte costituzionale è di controllare e fare il sindacato di legittimità costituzionale. Ognuno agisce nell'ambito dei propri poteri e non c'è nessuna diminuzione di prestigio, né dello Stato né della Corte costituzionale, e lo stesso è qui.

Anzi ricordo che proprio il Ministro ci disse: se volete fare il ricorso fatelo.

Non si è per niente stracciato le vesti, proprio perché viene intesa in questo senso, ed è giusto che sia intesa così, a tutela dei diritti e delle prerogative degli organismi autonomi.

Ma, detto questo, non è che si possa dire: poiché sinora non si è mai verificato un caso nel quale la Regione possa esercitare il diritto di scioglimento, la cosa non ha importanza. Ci sono delle questioni di principio, che devono essere affermate. La questione di principio è questa: lo scioglimento è l'espressione del controllo sugli organi. Se siamo convinti che il controllo sugli organi spetta alla Regione, perché noi dobbiamo adottarci a consentire che un altro organismo, che pur fa parte dell'ordinamento generale dello Stato, ma che non è la Regione, possa provvedere allo scioglimento, se è nostra competenza provvedere al controllo sugli organi? Se lei poi ritiene che lo scioglimento non sia un controllo sugli organi, è tutta un'altra cosa; io adesso svolgo delle argomentazioni giuridiche, sulle quali mi sento abbastanza nella realtà. È questa la questione, perché se noi dovessimo rinunciare a questo nostro diritto, a questa nostra prerogativa, chi le dice che domani non si venga a dire: allora lo scioglimento lo fa il Governo, la erezione di nuovi comuni la fa il Consiglio dei ministri, la nomina di un Commissario, ecc., la fa un terzo organo, e noi dovremmo sempre rinunciare,

perché è una cosa che ci interessa poco, che si verifica pochissime volte. No, non intendiamo così la difesa delle prerogative della Regione, e in questo senso noi non vediamo perché dovremmo adattarci e perché non dovremmo affrontare il giudizio della Corte costituzionale.

Quindi, senza nessuna particolare iattanza, direi, ma tranquillamente, nella difesa delle nostre prerogative, noi procediamo, sapendo, come ho detto prima, di fare una cosa che è nell'interesse di tutto l'ordinamento dello Stato, perché ogni competenza deve restare al suo posto, ogni competenza deve essere rispettata.

PRESIDENTE: Nessuno prende la parola?

È posto in votazione l'art. 17.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 contrari.

Art. 18. È posto in votazione l'art. 18.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 19. È posto in votazione l'art. 19.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 20. È posto in votazione l'art. 20.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario e 1 astenuto.

Art. 21. È posto in votazione l'art. 21.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 22. È posto in votazione l'art. 22.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 23. È posto in votazione l'art. 23.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 24. È posto in votazione l'art. 24.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la ma-

no: è approvato a maggioranza con 2 contrari.

Art. 25. È posto in votazione l'art. 25.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 26. È posto in votazione l'art. 26.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 27. È posto in votazione l'art. 27.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 28. È posto in votazione l'art. 28.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 29. È posto in votazione l'art. 29.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 30. È posto in votazione l'art. 30.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 31. È posto in votazione l'art. 31.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 32. È posto in votazione l'art. 32.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 33. È posto in votazione l'art. 33.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 34. È posto in votazione l'art. 34.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 35. È posto in votazione l'art. 35.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 36. È posto in votazione l'art. 36.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 37. È posto in votazione l'art. 37.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario e 1 astenuto.

Art. 38. È posto in votazione l'art. 38.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 39. È posto in votazione l'art. 39.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 40. È posto in votazione l'art. 40.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 41. È posto in votazione l'art. 41.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 42. È posto in votazione l'art. 42.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 43. È posto in votazione l'art. 43.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

#### Art. 44

### STATISTICHE ED INFORMAZIONI

*I Comuni, nonché gli enti ed istituti locali, di cui all'art. 48, sono tenuti a fornire alla Regione e alla Provincia dati statistici ed informazioni che interessano le medesime, o che si riferiscono alle attività dei Comuni e degli enti ed istituti locali, e ad eseguire le indagini che in merito vengono loro affidate dalla Regione o dalla Provincia.*

La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Ecco un altro articolo sul quale in sostanza si potrebbe veramente riprodurre tutti quegli interrogativi che ho proposto prima, a proposito dell'art. 17, anche perché debbo dire che la risposta datami dal signor Assessore non mi ha convinto, né è

stata molto chiarificatrice, perché in un primo momento ha negato nel modo più assoluto che le cose siano andate così, come da informazioni che avevo avuto, — e che io avevo esposto ipoteticamente —, come da informazioni che ho avuto, mi sembrava che fossero andate.

Poi questo diniego l'ha un po' attenuato, perché ha riconosciuto che questo articolo, l'art. 17, era proprio uno sul quale il Governo resisteva, resisteva pesantemente, e poi alla fine veramente c'è stato, nella dichiarazione del signor Assessore, un fattore di sorpresa, ed è quello di averci sentito dire che fino all'ultimo, anzi, il Governo aveva accettato di approvare tutto quanto il disegno di legge in blocco, com'era.

Allora, non per curiosità evidentemente, signor Assessore, nè per far perdere il tempo, ma insomma, potremmo essere messi anche noi a parte di questi segreti di stato, che si concretizzano in questo: tutto favorevole, con resistenza su determinati articoli, resistenza rigida, ma contemporaneamente favorevole all'approvazione; poi improvvisamente invece queste resistenze si fanno manifeste, si concretizzano in un vero e proprio atto di rinvio.

Che cos'è avvenuto? Lo domando, signor Assessore . . .

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Non ne faccia un dramma adesso, perché non c'è niente sa! È tutto alla luce del sole!

CORSINI (P.L.I.): No, non faccio drammi, ma vorrei veramente sapere che cosa ha determinato il mutamento . . .

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Non lo sappiamo neanche noi.

CORSINI (P.L.I.): ... il mutamento di orientamento, da parte del Governo, proprio all'ultimo minuto. È ben una cosa abbastanza grave, insomma!

No, perché le due tesi sono contraddittorie, vero signor Assessore?

BÈRTORELLE (Assessore enti locali D.C.): Ma no!

CORSINI (P.L.I.): Sono contraddittorie in questo senso: o effettivamente il Governo aveva manifestato, fin dall'inizio, la volontà di resistere su questi tre punti, ed allora non capisco perché si sia interpretato che era favorevole ad approvarlo; oppure non si capisce per quale motivo — politico o di altra natura —, sia accaduto che, mentre prima era favorevole, all'ultimo momento invece ci rinvia un disegno di legge.

Chiuso questo, che mi pareva utile precisare, chiuso questo, dico che questo art. 44 era un altro di quegli articoli, sui quali si sarebbe potuto trovare un accordo. Quell'accordo che ha espresso lei stesso, signor Assessore, questa mattina, quando ci ha fatto presente che i motivi di rinvio del Governo, che si appoggiano a quella sentenza della Corte costituzionale, avrebbero potuto forse essere elusi, se noi avessimo precisato meglio, come nella sentenza della Corte costituzionale, che queste attribuzioni di funzioni per rilevamenti statistici, ecc., non venivano ad invadere quello che è il campo dello Stato, ma che si limitavano, giustamente e necessariamente, a quella che era l'attività della Regione stessa. È stata la sua tesi questa mattina, quando ha detto: qui il Governo non ci ha neppure riconosciuto quello che nella sentenza della Corte costituzionale è già riconosciuto. Forse è la dizione anche, indubbiamente, è la dizione di questo articolo 44, che poteva in quel modo esse-

re modificata, e superare anche questo articolo, in modo da non trovarci oggi in questa necessità di riapprovare la legge ed aprire un conflitto, giuridico evidentemente; nessuno pensa a delle milizie che partono all'assalto dello Stato. Ma lo creda, signor Assessore, se forse, per altre Regioni, questi conflitti giuridici hanno un aspetto puramente giuridico, per la nostra Regione, dove qualche volta, come abbiamo visto ieri a proposito di un'altra legge, si è ammalati di localismo — è stato detto ieri, « di trentinismo e di bolzaninismo » —, di regionalismo od altro, questi conflitti assumono un aspetto ed un significato, che inducono a credere che sarebbe meglio non farli sorgere. Ma ormai la Giunta ha scelto questa strada, ormai bisogna lasciar andare le cose così come vanno, e a me non resta che la dichiarazione che voto contro, ovviamente.

PRESIDENTE: Art. 44. È posto in votazione l'art. 44.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 contrari.

Art. 45. È posto in votazione l'art. 45.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 46. È posto in votazione l'art. 46.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 47. È posto in votazione l'art. 47.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 48. È posto in votazione l'art. 48.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 49. È posto in votazione l'art. 49.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 50. È posto in votazione l'art. 50.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 51. È posto in votazione l'art. 51.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 52. È posto in votazione l'art. 52.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 53. È posto in votazione l'art. 53.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 54. È posto in votazione l'art. 54.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 55. È posto in votazione l'art. 55.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 56. È posto in votazione l'art. 56.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 57. È posto in votazione l'art. 57.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario e 1 astenuto.

Art. 58. È posto in votazione l'art. 58.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 59. È posto in votazione l'art. 59.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 60. È posto in votazione l'art. 60.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 61. È posto in votazione l'art. 61.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 62. È posto in votazione l'art. 62.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 63. È posto in votazione l'art. 63.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 64. È posto in votazione l'art. 64.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 65. È posto in votazione l'art. 65.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 66. È posto in votazione l'art. 66.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 67. È posto in votazione l'art. 67.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 68. È posto in votazione l'art. 68.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 69. È posto in votazione l'art. 69.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 70. È posto in votazione l'art. 70.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 71. È posto in votazione l'art. 71.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 72. È posto in votazione l'art. 72.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 73. È posto in votazione l'art. 73.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 74. È posto in votazione l'art. 74.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 75. È posto in votazione l'art. 75.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 76. È posto in votazione l'art. 76.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Art. 77. È posto in votazione l'art. 77.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 78. È posto in votazione l'art. 78.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 79. È posto in votazione l'art. 79.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 80. È posto in votazione l'art. 80.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 81. È posto in votazione l'art. 81.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 82. È posto in votazione l'art. 82.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 83. È posto in votazione l'art. 83.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 84. È posto in votazione l'art. 84.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 85. È posto in votazione l'art. 85.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 86. È posto in votazione l'art. 86.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 87. È posto in votazione l'art. 87.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 88. È posto in votazione l'art. 88.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 contrario.

Art. 89. È posto in votazione l'art. 89.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 90. È posto in votazione l'art. 90.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 91. È posto in votazione l'art. 91.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 92. È posto in votazione l'art. 92.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 93. È posto in votazione l'art. 93.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 94. È posto in votazione l'art. 94.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 95. È posto in votazione l'art. 95.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 96. È posto in votazione l'art. 96.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 97. È posto in votazione l'art. 97.  
Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Art. 98. È posto in votazione l'art. 98.

Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: votanti 35, voti

favorevoli 33, contrari 2, schede bianche nessuna.

La legge è approvata (\*).

La seduta è tolta.

*(Ore 14).*

---

(\*) *Vedi Appendice - pag. 51*

APPENDICE



« ORDINAMENTO DEI COMUNI ».

TITOLO I. — IL COMUNE

CAPO I. — DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 1

*Natura giuridica e funzioni del Comune*

Il Comune è un ente autonomo avente un territorio, una popolazione stabile ed una organizzazione per l'esercizio di funzioni proprie e delegate.

Sono organi del Comune il Consiglio, la Giunta, il Sindaco.

Il Comune esercita le funzioni determinate dalla legge. È altresì compito del Comune esercitare le funzioni inerenti a servizi e uffici di pubblica utilità, connessi con gli interessi locali.

Il Comune è anche circoscrizione di decentramento statale, regionale e provinciale.

Art. 2

*Potere regolamentare*

Il Comune, in conformità alle leggi, emana regolamenti sull'ordinamento degli uffici e del relativo personale; sull'ordinamento delle istituzioni in favore della generalità degli abitanti del Comune o di una frazione, alle quali non siano applicabili le norme degli istituti di assistenza e beneficenza; sulla gestione del patrimonio e dei servizi; sui tributi; sulle materie di igiene, edilizia, polizia locale e sulle altre previste dalle leggi.

Art. 3

*Entrate del Comune*

Il Comune provvede al proprio fabbisogno finanziario con redditi patrimoniali, contributi da esso deliberati a sensi di legge, con quote o partecipazioni di tributi erariali, nonché con qualsiasi altra entrata di competenza.

## Art. 4

*Uso della lingua tedesca*

L'uso della lingua tedesca è regolato, a sensi degli artt. 84 e 85 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 e del D. P. R. 8 agosto 1959, n. 688, dalle seguenti disposizioni.

I cittadini di lingua tedesca della provincia di Bolzano, le persone giuridiche private, le associazioni di fatto operanti nel territorio della provincia, possono usare la loro lingua nei rapporti con gli organi e gli uffici della pubblica amministrazione situati nella provincia o aventi competenza regionale.

Gli organi e gli uffici della Regione, della Provincia di Bolzano, dei Comuni e degli altri enti pubblici operanti nel territorio della provincia di Bolzano usano congiuntamente la lingua italiana e quella tedesca nella redazione degli atti e provvedimenti relativi al territorio della provincia di Bolzano, salvo quanto disposto nel comma successivo.

Gli atti istruttori ed interlocutori degli organi e degli uffici di cui al comma precedente e la corrispondenza tra i medesimi, possono essere redatti nella lingua italiana o in quella tedesca.

Nelle adunanze degli organi collegiali degli enti locali può essere usata la lingua tedesca.

Gli organi e gli uffici di cui ai commi precedenti usano nella corrispondenza e nei rapporti orali la lingua del richiedente. Ove sia avviata d'ufficio, la corrispondenza inizia nella lingua presunta del destinatario. Quando non vi siano elementi sufficienti in ordine alla presunta lingua del medesimo, la corrispondenza viene avviata in italiano e in tedesco.

## Art. 5

*Emblema del Comune e distintivo del Sindaco*

Il Comune può avere un proprio emblema.

Su proposta del Comune l'emblema è approvato dalla Giunta regionale. La descrizione e il facsimile del medesimo sono pubblicati nel Bollettino Ufficiale della Regione. I Comuni che all'entrata in vigore della presente legge possiedono l'emblema, possono conservarlo.

Il Comune può disciplinare con regolamento l'uso del proprio emblema.

I distintivi dei Sindaci sono determinati dal regolamento di esecuzione della presente legge.

*CAPO II. — CIRCOSCRIZIONI COMUNALI*

## Art. 6

*Modificazioni del territorio, della denominazione e del capoluogo dei Comuni*

La costituzione di nuovi Comuni, la fusione di più Comuni fra loro, la modifica delle circoscrizioni comunali, del capoluogo e della denominazione del Comune si effettuano, a sensi dell'art. 7 dello Statuto di autonomia, con legge regionale.

## Art. 7

*Costituzione di nuovi Comuni*

Le frazioni, che abbiano mezzi sufficienti per provvedere adeguatamente alle funzioni determinate dalla legge per il Comune e che, per le condizioni dei luoghi e per altre caratteristiche economiche e sociali, abbiano interessi distinti da quelli del Comune al quale appartengono, possono essere costituite in Comuni autonomi, sempre che al capoluogo restino assicurati i mezzi sufficienti per provvedere alle esigenze comunali. A tal fine è necessario che sia fatta domanda dalla maggioranza degli elettori iscritti nelle liste elettorali del Comune o residenti nella frazione.

Eguale facoltà è attribuita al capoluogo del Comune, quando esso e le sue frazioni si trovino nelle condizioni suindicate e la domanda sia sottoscritta dalla maggioranza degli elettori residenti nel capoluogo.

## Art. 8

*Distacco di frazioni*

Una frazione può essere distaccata dal Comune cui appartiene ed essere aggregata ad altro Comune contermini, quando la domanda sia fatta dagli elettori a norma del primo comma dell'articolo precedente e concorra il voto favorevole del Consiglio del Comune al quale la frazione intende aggregarsi.

Non si fa luogo al distacco di frazioni ove il Comune, cui esse appartengono, venga a trovarsi per effetto del distacco nell'impossibilità di provvedere alle esigenze comunali.

## Art. 9

*Fusione di Comuni contermini e modifica delle loro circoscrizioni territoriali*

Due o più Comuni contermini possono, quando le condizioni dei luoghi lo consentono, essere fusi fra loro od aggregati ad altro Comune.

Le circoscrizioni territoriali di Comuni contermini possono essere modificate, per ragioni topografiche o per altre comprovate esigenze locali.

La domanda è presentata dai Consigli dei Comuni interessati.

## Art. 10

*Modificazioni del capoluogo, della denominazione e altre modificazioni territoriali*

Le modificazioni del capoluogo e della denominazione del Comune nonché quelle delle circoscrizioni comunali non regolate dai precedenti artt. 7, 8 e 9 possono essere promosse, con de-

liberazione motivata, dal Consiglio del Comune o dei Comuni interessati. Costituisce motivo di modifica delle circoscrizioni la necessità, per un Comune, di espandersi sul territorio di Comuni contermini, sempre che non ne risulti pregiudizio a loro rilevanti interessi.

#### Art. 11

##### *Parere del Consiglio comunale*

Sulle proposte avanzate in applicazione degli artt. 7, 8, 9 e 10 della presente legge, vengono sentiti i Consigli dei Comuni interessati, che si esprimono con motivata deliberazione.

Contro le deliberazioni di cui al comma precedente, ogni elettore, entro 20 giorni dall'ultimo di pubblicazione, può produrre proprie osservazioni alla Giunta provinciale, che le trasmette alla Giunta regionale.

#### Art. 12

##### *Determinazione dei confini*

Qualora il confine fra due o più Comuni non sia delimitato da segni naturali facilmente riconoscibili o comunque dia luogo a incertezze, i Consigli comunali possono deliberarne la determinazione e, se del caso, la rettifica, fissandone d'accordo le condizioni.

La determinazione e la rettifica dei confini sono disposte con decreto del Presidente della Giunta regionale su conforme deliberazione della Giunta medesima; sono disposte per delega con decreto del Presidente della Giunta provinciale, su conforme deliberazione della Giunta medesima, se i Comuni interessati appartengono alla stessa provincia.

In caso di mancato accordo la determinazione e la rettifica dei confini, compreso il regolamento dei rapporti patrimoniali, sono disposte d'ufficio.

#### Art. 13

##### *Regolamentazione dei rapporti patrimoniali ed economico-finanziari*

I rapporti patrimoniali ed economico-finanziari conseguenti alle modifiche di circoscrizioni comunali sono regolati dai Comuni interessati. In caso di mancato accordo provvede d'ufficio la Giunta regionale; provvede per delega la Giunta provinciale se i Comuni interessati appartengono alla medesima provincia.

### CAPO III. — ORGANI ISTITUZIONALI DEL COMUNE

#### Art. 14

##### *Elezione degli organi comunali*

Le elezioni del Consiglio comunale, della Giunta e del Sindaco avvengono a norma della legge regionale.

I consiglieri comunali esercitano le loro funzioni senza vincolo di mandato.

Il Sindaco nomina tra gli assessori il Vicesindaco, che lo sostituisce in caso di assenza o impedimento. Qualora anche il Vicesindaco sia assente o impedito, fa le veci del Sindaco l'assessore anziano, o, in mancanza di assessori, il consigliere anziano.

#### Art. 15

##### *Decadenza dei consiglieri, degli assessori e del Sindaco*

La qualità di consigliere, di assessore e di Sindaco si perde se sopravviene una causa di incompatibilità o se viene accertata una causa di ineleggibilità, contemplate dalla legge.

Qualora la incompatibilità riguardi il solo cumulo degli uffici, l'interessato ha facoltà di optare per uno di essi nel termine di quindici giorni dalla notificazione della seconda elezione o nomina.

Il Sindaco decade dalla carica quando sia condannato con sentenza passata in giudicato, per delitto non colposo, ad una pena restrittiva della libertà personale. I consiglieri che non intervengono, senza giustificato motivo, a tre consecutive riunioni del Consiglio sono dichiarati decaduti.

La dichiarazione di decadenza e la presa d'atto delle dimissioni spettano al Consiglio comunale. Se il Consiglio non provvede entro un mese, ad esso si sostituisce la Giunta provinciale, la quale vi provvede entro i successivi trenta giorni.

La decadenza dagli uffici di consigliere, di assessore e di Sindaco è dichiarata dopo decorso il termine di dieci giorni dalla notificazione all'interessato della relativa proposta, entro il quale termine questi può presentare le proprie deduzioni.

#### Art. 16

##### *Decadenza del Consiglio*

La fusione di due o più Comuni determina la decadenza dei rispettivi Consigli.

Il Consiglio decade inoltre:

- a) quando una modificazione territoriale determina variazione di almeno un quarto della popolazione;

- b) quando, per dimissioni od altra causa, abbia perduto la metà dei consiglieri assegnati al Comune e questi, nei casi previsti dalla legge, non siano stati sostituiti;
- c) quando la separazione o l'aggregazione di una o più frazioni dia luogo a variazioni nel numero dei consiglieri assegnati al Comune.

La decadenza, nel caso di cui alla lettera b) del comma precedente, è dichiarata, per delega, con delibera motivata dalla Giunta provinciale. La dichiarazione è pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione.

#### Art. 17

##### *Controllo straordinario sul Consiglio comunale*

Il Consiglio comunale è sciolto dalla Giunta regionale, su proposta o comunque sentita la Giunta provinciale competente, quando compia gravi o ripetute violazioni di legge o non corrisponda all'invito della Giunta provinciale di sostituire la Giunta o il Sindaco per le stesse ragioni o quando non sia in grado di funzionare.

La deliberazione motivata viene comunicata al Consiglio regionale nonché al Commissario del Governo e pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. Le nuove elezioni si effettuano entro tre mesi dalla predetta pubblicazione.

#### Art. 18

##### *Prima convocazione del nuovo Consiglio*

Il nuovo Consiglio tiene la prima adunanza entro trenta giorni dalla proclamazione ed è convocato dal Sindaco uscente o dal Vicesindaco in caso di vacanza. Qualora subentri ad una gestione commissariale è convocato dalla commissione o dal commissario straordinario.

Il nuovo Consiglio è presieduto dal consigliere più anziano di età.

#### Art. 19

##### *Mozione di sfiducia - Revoca del Sindaco o di singoli assessori*

Il Sindaco e la Giunta sono responsabili di fronte al Consiglio, del quale devono godere la fiducia. Quando la maggioranza dei consiglieri in carica, con votazione segreta in seduta pubblica, approva una mozione motivata di sfiducia verso la Giunta od il Sindaco, questi cessano dall'ufficio esercitando le sole funzioni di ordinaria amministrazione fino alla loro sostituzione.

Con la stessa maggioranza il Consiglio può, in seduta segreta e con deliberazione motivata, revocare il Sindaco o singoli assessori.

La convocazione del Consiglio per deliberare sugli oggetti di cui ai commi precedenti avviene solo se ne sia fatta richiesta, sottoscritta da almeno un quinto dei consiglieri in carica; essa ha luogo non prima di otto giorni dal deposito della richiesta nella segreteria del Comune.

La nuova elezione si svolge a norma della legge regionale sulle elezioni comunali entro quindici giorni da quello in cui è divenuta esecutiva la deliberazione.

## Art. 20

### *Sospensione del Sindaco dalla carica*

Il Sindaco rimane sospeso dalle sue funzioni dalla data di notifica del decreto di citazione, sino all'esito del giudizio, qualora sia sottoposto a procedimento penale per uno dei reati previsti dall'art. 2 della legge 7 ottobre 1947, n. 1058, e per reato commesso nella qualità di pubblico ufficiale con abuso di ufficio, che sia punibile con la pena restrittiva della libertà personale della durata superiore nel minimo ad un anno.

Il Sindaco rimane altresì sospeso qualora sia colpito da mandato di cattura o si trovi in stato di detenzione preventiva o di espiazione di pena, per qualsiasi reato, limitatamente alla durata dello stato detentivo.

Le funzioni del Sindaco sospeso sono esercitate dal Vicesindaco.

## Art. 21

### *Indennità di funzione al Sindaco ed agli assessori*

L'ufficio di consigliere comunale è gratuito. Al Sindaco e agli assessori può essere assegnata una indennità di carica stabilita dal Consiglio comunale.

Il Consiglio comunale può deliberare che siano rimborsate, anche in via forfettaria, le spese sostenute dai suoi componenti per la partecipazione alle sedute e la retribuzione lavorativa perduta, in misura non superiore all'indennità assegnata agli assessori.

Alla relativa liquidazione provvede il Consiglio.

## TITOLO II. — L'AMMINISTRAZIONE COMUNALE

### CAPO I. — ATTRIBUZIONI DEL CONSIGLIO, DELLA GIUNTA E DEL SINDACO

## Art. 22

### *Attribuzioni del Consiglio comunale*

Il Consiglio comunale rappresenta la popolazione e ne esprime gli interessi in ordine ai problemi generali e particolari dello sviluppo economico e sociale, intervenendo all'uopo con le determinazioni che gli competono e con opportune iniziative e attività.

Spetta al Consiglio comunale:

- 1) approvare i regolamenti ed i capitolati generali;
- 2) nominare gli impiegati ed adottare ogni altro provvedimento secondo l'ordinamento relativo, salva la disposizione di cui all'art. 27, n. 11 e quelle contemplate da leggi speciali;
- 3) approvare il bilancio preventivo, le sue variazioni ed il conto consuntivo;
- 4) deliberare l'alienazione di mobili, di immobili, di titoli del debito pubblico, di semplici titoli di credito, di azioni industriali, le transazioni, costituire servitù passive, quando il valore superi: per i Comuni fino a 1.000 abitanti Lire 500.000; per i Comuni fino a 3.000 abitanti Lire 1 milione; per i Comuni fino a 5.000 abitanti Lire 2 milioni; per i Comuni fino a 10.000 abitanti Lire 3 milioni; per i Comuni fino a 30.000 abitanti Lire 6 milioni; e per gli altri Comuni Lire 10 milioni;
- 5) deliberare gli impieghi di denaro, i mutui, i prestiti vincolanti il Comune oltre i 5 anni, le locazioni e le conduzioni di immobili oltre i 9 anni, quando il valore superi gli importi di cui al n. 4;
- 6) deliberare le spese della parte straordinaria del bilancio;
- 7) deliberare l'acquisto di mobili e di immobili, di titoli del debito pubblico, di semplici titoli di credito e costituire servitù attive, quando il valore superi gli importi di cui al n. 4;
- 8) deliberare l'acquisto di azioni industriali;
- 9) deliberare le azioni da promuovere e sostenere in qualsiasi giudizio, salvo il disposto dello art. 23, n. 8;
- 10) deliberare i tributi comunali e le relative tariffe;
- 11) deliberare i lavori pubblici d'interesse comunale ed il concorso del Comune alla esecuzione di opere pubbliche, quando il valore superi gli importi di cui al n. 4;
- 12) deliberare il piano regolatore generale ed i piani particolareggiati, salva l'approvazione a sensi dell'art. 37 del D. P. R. 30 giugno 1951, n. 574;
- 13) deliberare l'assunzione diretta o la concessione dei servizi di interesse generale;
- 14) deliberare i contratti nei limiti della propria competenza;
- 15) deliberare la costituzione o la adesione a consorzi;
- 16) eleggere le commissioni ed i componenti di collegi, di spettanza del Comune;
- 17) eleggere i revisori dei conti del Comune, delle amministrazioni separate, delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza e dei consorzi tra enti locali;
- 18) deliberare in ordine a tutte le altre funzioni, che ai Comuni competono in base ai principi costituzionali di autonomia e di decentramento, e in generale a tutti gli affari che investono comunque un interesse della comunità locale e che non rientrano nella competenza della Giunta o del Sindaco.

## Art. 23

*Attribuzioni della Giunta comunale*

La Giunta è l'organo esecutivo del Comune.

Sono attribuiti alla Giunta comunale i seguenti compiti:

- 1) nominare gli ausiliari ed i salariati ed adottare ogni altro provvedimento secondo l'ordinamento relativo, salva la disposizione di cui all'art. 27, n. 11;
- 2) ordinare e liquidare le spese della parte ordinaria del bilancio nei limiti del relativo stanziamento e liquidare le spese della parte straordinaria;
- 3) deliberare prelevamenti dal fondo di riserva;
- 4) deliberare sugli oggetti di cui ai numeri 4, 5, 7, 11 e 14 dell'art. 22, quando i relativi contratti non superino i valori e non eccedano le durate in essi indicati;
- 5) accettare lasciti e donazioni dandone comunicazione al Consiglio;
- 6) formare i ruoli dei tributi e deliberare i ruoli delle entrate patrimoniali;
- 7) emanare ordinanze generali e particolari nelle materie di sua competenza;
- 8) deliberare in ordine alle azioni possessorie e a tutte le altre da sostenere in giudizio, che non eccedano la competenza del pretore;
- 9) fissare la data delle riunioni del Consiglio, anche su invito del Presidente della Giunta provinciale o su richiesta di un quinto dei consiglieri in carica, e predisporre l'ordine del giorno;
- 10) predisporre il bilancio preventivo;
- 11) compiere gli studi preparatori degli affari da sottoporre alla deliberazione del Consiglio;
- 12) deliberare su tutti gli altri affari demandati alla Giunta da disposizioni di legge o di regolamento.

## Art. 24

*Vigilanza sulle istituzioni*

Spetta al Consiglio comunale di vigilare sulle istituzioni a favore della generalità degli abitanti del Comune o delle frazioni. Ove tali istituzioni non abbiano una amministrazione propria, questa è nominata dal Consiglio comunale.

I revisori dei conti e i rappresentanti del Comune riferiscono almeno una volta all'anno sulla loro attività.

## Art. 25

*Deliberazioni urgenti della Giunta comunale*

La Giunta comunale può adottare, sotto la sua responsabilità, le deliberazioni di competenza del Consiglio, quando l'urgenza sia tale da non permetterne la convocazione e sia dovuta a cause nuove e posteriori all'ultima riunione consiliare.

Non possono formare oggetto di deliberazione d'urgenza l'approvazione del bilancio e del conto consuntivo e quei provvedimenti la cui approvazione richieda una maggioranza qualificata.

Le deliberazioni di urgenza devono, a pena di decadenza, essere sottoposte al Consiglio e da questo ratificate nella sua prima riunione successiva, che si dovrà comunque tenere entro il trentesimo giorno dalla loro adozione. Rimangono salvi gli effetti dell'atto amministrativo fino al momento della negata ratifica.

## Art. 26

### *Il Sindaco*

Il Sindaco è capo dell'amministrazione comunale e Ufficiale del Governo.

A norma della legge dello Stato presta giuramento, dinanzi al Commissario del Governo, entro un mese dalla sua elezione, di essere fedele alla Repubblica Italiana e di osservare la Costituzione, lo Statuto di autonomia, le leggi dello Stato, della Regione e della Provincia, nonché di adempiere le sue funzioni al solo scopo del bene pubblico. Se ricusa di giurare è dichiarato decaduto dall'ufficio.

## Art. 27

### *Attribuzioni del Sindaco quale capo dell'amministrazione comunale*

Il Sindaco, quale capo dell'amministrazione comunale:

- 1) dirama gli avvisi di convocazione del Consiglio, lo presiede e, in caso di urgenza, lo convoca;
- 2) convoca e presiede la Giunta comunale;
- 3) ripartisce tra gli assessori gli affari del Comune con facoltà di delegare la firma dei provvedimenti relativi;
- 4) coordina l'attività degli assessori e sovrintende agli uffici, ai servizi ed alle istituzioni comunali;
- 5) dà esecuzione alle deliberazioni del Consiglio e della Giunta negli affari, non attribuiti agli assessori, di cui al punto 3;
- 6) rappresenta il Comune in giudizio e promuove gli atti conservativi dei diritti del Comune;
- 7) presiede gli incanti e stipula i contratti;
- 8) provvede per la trasmissione alla Giunta provinciale, nei termini prescritti, di copia delle delibere adottate dal Consiglio e dalla Giunta, soggette a controllo;
- 9) firma i mandati di pagamento, assieme al segretario e al ragioniere, ove esiste, e dispone i pagamenti sul fondo economato;

- 10) rilascia attestati di notorietà, di famiglia, certificati di povertà e gli altri atti attribuiti all'amministrazione comunale;
- 11) sospende in linea cautelare il personale del Comune, riferendone alla Giunta o al Consiglio, secondo le rispettive competenze, nella prima riunione successiva al provvedimento. Il Sindaco può delegare per iscritto a singoli assessori determinate attribuzioni.

#### Art. 28

##### *Rilascio di certificati*

In caso di rifiuto da parte del Sindaco al rilascio di atti, certificati e attestati previsti dalla legge, o di errori contenuti in tali documenti è ammesso ricorso alla Giunta provinciale.

La Giunta provinciale dovrà provvedere entro trenta giorni all'esame del ricorso e nello stesso termine, ove il ricorso sia accolto, il rilascio del documento o alla dovuta rettifica.

#### Art. 29

##### *Provvedimenti contingibili ed urgenti*

Il Sindaco adotta i provvedimenti contingibili ed urgenti in materia di edilizia, polizia locale e igiene, per motivi di sanità e di sicurezza pubblica, e fa eseguire gli ordini relativi. Ove il Sindaco non provveda o dove sono interessati due o più Comuni, provvede il Presidente della Giunta provinciale con propria ordinanza o a mezzo di commissario.

Salvo il caso di impossibilità dovuta all'urgenza, tali provvedimenti devono essere notificati agli interessati con ingiunzione di eseguire gli ordini entro un congruo termine. Decorso tale termine, gli ordini sono eseguiti d'ufficio a spese degli interessati, senza pregiudizio della azione penale qualora il fatto costituisca reato.

La nota delle spese è resa esecutiva dal Presidente della Giunta provinciale sentiti gli interessati ed è rimessa dal Sindaco all'esattore per la riscossione, nelle forme e coi privilegi fiscali determinati dalla legge sulla riscossione delle imposte dirette.

Contro i provvedimenti di cui al presente articolo è ammesso ricorso giurisdizionale a norma delle leggi dello Stato.

#### Art. 30

##### *Proposte - Interrogazioni - Mozioni*

L'iniziativa delle proposte da sottoporre al Consiglio comunale spetta al Sindaco, alla Giunta e ad ogni consigliere. Le proposte sono iscritte nell'avviso di convocazione secondo l'ordine in cui vengono presentate.

I consiglieri comunali hanno diritto di interrogazione, di interpellanza e di mozione in seno

al Consiglio. La risposta all'interrogazione e all'interpellanza deve essere data nella prima riunione conseguente alla successiva convocazione del Consiglio comunale.

#### Art. 31

##### *Regolamento interno del Consiglio comunale*

Il Consiglio comunale deve regolare l'esercizio delle proprie funzioni con regolamento approvato dalla maggioranza dei consiglieri assegnati al Comune.

In detto regolamento potrà essere prevista la costituzione di apposite commissioni consiliari per l'esame di particolari questioni o per compiere lavori preparatori.

### *CAPO II - ADUNANZE E DELIBERAZIONI DEGLI ORGANI DEL COMUNE*

#### Art. 32

##### *Convocazione ed ordine del giorno*

La riunione del Consiglio comunale deve aver luogo entro dieci giorni della richiesta di un quinto dei Consiglieri o dall'invito del Presidente della Giunta provinciale.

L'avviso, con l'elenco degli oggetti da trattare, deve essere consegnato ai consiglieri, presso la loro dimora o presso il domicilio eletto nel Comune, almeno cinque giorni prima di quello stabilito per l'adunanza. Nei casi di urgenza basta che l'avviso sia consegnato ventiquattro ore prima. La consegna deve risultare da attestazione del messo comunale; contemporaneamente l'avviso di convocazione e l'elenco degli oggetti da trattare devono essere trasmessi alla Giunta provinciale.

Nel periodo compreso fra il giorno di ricevimento dell'avviso e quello fissato per l'adunanza, ogni consigliere ha diritto di esaminare, nella sede comunale, gli atti relativi alle singole proposte iscritte all'ordine del giorno.

Il segretario del Comune provvederà inoltre a che l'albo comunale porti affisso, in contemporaneità con l'indetta convocazione, l'ordine del giorno con gli oggetti da trattare in ciascuna adunanza del Consiglio.

#### Art. 33

##### *Validità delle deliberazioni del Consiglio e della Giunta*

I Consigli comunali non possono deliberare se non interviene la maggioranza dei consiglieri assegnati al Comune. Solo in seconda convocazione, da indirsi in altro giorno, le deliberazioni sono valide purché intervengano:

- a) 18 consiglieri se al Comune ne sono assegnati 40;
- b) 14 consiglieri se al Comune ne sono assegnati 30;
- c) 9 consiglieri se al Comune ne sono assegnati 20;
- d) 7 consiglieri se al Comune ne sono assegnati 15.

In prima convocazione il Consiglio può solo deliberare sugli oggetti contenuti nell'avviso. In seconda convocazione il Consiglio può solo deliberare sugli oggetti compresi nell'avviso di prima convocazione.

La Giunta delibera con l'intervento della maggioranza dei membri effettivi o supplenti e comunque con non meno di tre.

Per la validità delle deliberazioni del Consiglio e della Giunta non si computano i consiglieri che prima della votazione si siano allontanati dall'aula.

#### Art. 34

##### *Pubblicità delle sedute*

Le sedute del Consiglio comunale sono pubbliche, eccettuati i casi in cui, con deliberazione motivata, sia altrimenti stabilito.

Le elezioni della Giunta, del Sindaco, dei revisori dei conti, delle commissioni e dei componenti di collegi nonché la deliberazione del bilancio preventivo, del rendiconto e dell'ordinamento del personale devono essere fatte in seduta pubblica. La seduta deve essere segreta quando si tratti di questioni che importino apprezzamento di qualsiasi genere su persone.

#### Art. 35

##### *Astensione dalle deliberazioni*

I componenti di organi collegiali del Comune devono astenersi dal prendere parte a deliberazioni riguardanti liti o interessi propri, di enti, di imprese, di stabilimenti, da essi rappresentati o soggetti alla loro amministrazione o vigilanza o per i quali prestano la loro opera. Lo stesso divieto vale per la partecipazione alle deliberazioni riguardanti liti o interessi di parenti e affini sino al quarto grado, e del coniuge. Il divieto importa anche l'obbligo di allontanarsi dall'aula durante la trattazione di detti affari.

Le disposizioni del comma precedente si applicano anche al segretario.

Il Sindaco e gli Assessori non possono presiedere il Consiglio comunale quando questo tratti il conto consuntivo, alla cui gestione hanno partecipato. Il Consiglio elegge un presidente temporaneo.

I contravventori alle norme di cui sopra, salve le eventuali sanzioni penali in presenza di

reato, decadono dalla carica elettiva rivestita ed il segretario è deferito dalla Giunta provinciale alla competente autorità per le conseguenti sanzioni disciplinari.

La Giunta provinciale accerta le infrazioni alle norme di cui al presente articolo, pronuncia l'annullamento della deliberazione e promuove la decadenza degli interessati dalla carica di consigliere o di Assessore o di Sindaco.

#### Art. 36

##### *Potere discrezionale del Presidente*

Chi presiede l'adunanza del Consiglio e della Giunta è investito di potere per mantenere l'ordine, la osservanza delle leggi e la regolarità delle discussioni e delle deliberazioni. Ha facoltà di sospendere e di sciogliere l'adunanza.

Può, nelle sedute pubbliche, dopo opportuni avvertimenti, ordinare le espulsione dall'aula di chiunque sia causa di disordini ed avvalersi, se occorre, della forza pubblica.

Tali provvedimenti devono essere motivati e trascritti nel processo verbale.

#### Art. 37

##### *Funzioni di Segretario*

Le deliberazioni dei Consigli e delle Giunte comunali si devono adottare con l'assistenza del segretario comunale.

I Consigli e le Giunte comunali possono incaricare uno dei propri membri di svolgere, in sostituzione del segretario comunale, le funzioni di segretario per deliberare sopra determinati oggetti. In tal caso occorre farne espressa menzione nel verbale, senza specificarne i motivi.

#### Art. 38

##### *Della votazione*

I Consiglieri votano per appello nominale o per alzata di mano; si prendono a scrutinio segreto le deliberazioni concernenti persone o quelle per le quali viene fatta richiesta da almeno un quinto dei presenti.

Le deliberazioni sono adottate col voto della maggioranza assoluta dei presenti, salvo che la legge prescriva una maggioranza qualificata.

Il Presidente della adunanza constata e proclama l'esito delle votazioni. Nelle adunanze consiliari egli è assistito da due scrutatori, scelti dal Consiglio tra i propri componenti.

## Art. 39

*Verbale delle deliberazioni*

I verbali delle deliberazioni del Consiglio e della Giunta devono contenere i nomi dei membri presenti alla votazione, i punti principali della discussione ed il risultato della votazione. Nel verbale del Consiglio è fatta menzione dei consiglieri assenti con l'indicazione dei non giustificati.

Ogni membro del Consiglio comunale ha diritto che nel verbale si faccia breve menzione di sue eventuali dichiarazioni e si faccia figurare il suo voto. Il verbale delle sedute non pubbliche può contenere soltanto il dispositivo della deliberazione, il risultato della votazione e, su richiesta, la constatazione del voto.

I verbali del Consiglio sono firmati dal presidente, da un consigliere designato e dal segretario o da chi ne esercita le funzioni. I verbali della Giunta sono firmati dal Sindaco, da un Assessore e dal segretario. Essi sono conservati agli atti del Comune.

## Art. 40

*Deliberazioni comportanti spese*

Le deliberazioni che importano spese devono indicare l'ammontare di esse e la relativa imputazione al bilancio.

Quelle per lavori od acquisti devono indicare il modo di esecuzione ed essere corredate di appositi progetti, perizie o preventivi; questi ultimi possono essere redatti anche in forma sommaria, quando si tratti di forniture o lavori la cui spesa presunta non superi le Lire 500.000.

I progetti, le perizie, i preventivi e i relativi contratti, possono essere modificati solo dagli organi che li hanno deliberati.

## Art. 41

*Deliberazioni di modifica e revoca di quelle precedenti*

È illegittima ogni deliberazione che importi modifica o revoca di deliberazioni precedenti, ove in essa non sia fatta espressa menzione della revoca o modifica.

## Art. 42

*Pubblicazione delle deliberazioni*

Ogni Comune deve avere un albo per la pubblicazione delle deliberazioni e degli altri atti che devono essere portati a conoscenza del pubblico. Le deliberazioni del Consiglio e della Giun-

ta devono essere pubblicate, almeno per estratto contenente la parte dispositiva, mediante affissione all'albo comunale, entro otto giorni dalla data dell'atto, e per otto giorni consecutivi. Se il Comune si compone di località sparse oppure è diviso in frazioni o quartieri, il Consiglio comunale determina in quali altri luoghi debba eseguirsi nello stesso periodo di tempo la pubblicazione. I regolamenti comunali, dopo il controllo della Giunta provinciale, entrano in vigore dopo la pubblicazione per quindici giorni consecutivi.

Il bilancio e i regolamenti, durante la pubblicazione della relativa delibera, restano depositati nella segreteria del Comune, a disposizione del pubblico.

La pubblicazione deve essere fatta in modo da essere facilmente leggibile. Il segretario comunale è responsabile della pubblicazione.

La raccolta dei verbali di tutte le deliberazioni, dei regolamenti comunali e delle tariffe deve essere tenuta dall'ufficio comunale a disposizione del pubblico, perché possa prenderne cognizione; ogni cittadino durante le ore d'ufficio può avere copia in carta semplice delle deliberazioni, dei regolamenti e delle tariffe, previo pagamento dei diritti di segreteria.

#### Art. 43

##### *Messo comunale*

Ogni Comune ha uno o più messi. Il messo deve essere maggiorenne.

Il messo è autorizzato a notificare gli atti del Comune per i quali non siano prescritte speciali formalità. Il messo comunale può anche notificare atti nell'interesse di altre amministrazioni pubbliche che ne facciano richiesta. I referti del messo fanno fede sino a querela di falso.

#### Art. 44

##### *Statistiche ed informazioni*

I Comuni nonché gli enti ed istituti locali, di cui all'art. 48, sono tenuti a fornire alla Regione e alla Provincia dati statistici ed informazioni che interessano le medesime, o che si riferiscono alle attività dei Comuni e degli enti ed istituti locali, e ad eseguire le indagini che in merito vengono loro affidate dalla Regione o dalla Provincia.

#### Art. 45

##### *Spese per funzioni delegate e servizi regionali e provinciali*

L'onere delle spese per l'esercizio di funzioni delegate, a sensi dell'art. 14 dello Statuto di autonomia, ai Comuni ed agli enti locali resta a carico della Regione o della Provincia nel cui

bilancio di previsione è istituito l'apposito capitolo. La legge di delega regola i conseguenti rapporti finanziari.

Le spese per i servizi nell'interesse e per conto della Regione o della Provincia sono liquidate dalle rispettive Giunte anche in via torrettaria.

#### Art. 46

##### *Composizione e attribuzioni dell'Amministrazione straordinaria*

In caso di scioglimento o di decadenza del Consiglio comunale l'amministrazione è affidata ad una commissione di tre membri per i Comuni aventi più di 3.000 abitanti e a un commissario per gli altri Comuni, scelti fra i cittadini che hanno i requisiti per essere eletti consiglieri comunali. La nomina della commissione o del commissario è fatta dalla Giunta provinciale entro dieci giorni dalla data del provvedimento di scioglimento o da quella di pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della legge modificatrice delle circoscrizioni comunali o, nel caso previsto dalla lettera b) dell'art. 16, dalla data della delibera dichiarativa della decadenza. Della nomina la Giunta provinciale dà comunicazione alla Giunta regionale.

Nella provincia di Bolzano, per la nomina delle amministrazioni straordinarie e per la sostituzione di coloro che dalla disciolta rappresentanza furono chiamati ad esercitare funzioni pubbliche, deve tenersi conto della consistenza dei gruppi linguistici quali erano rappresentati nel disciolto Consiglio comunale. In ogni caso il presidente della commissione rispettivamente il commissario unico vengono scelti fra le persone appartenenti al gruppo linguistico che nel Consiglio aveva la maggioranza.

La commissione legge nel suo seno il presidente, il quale, al pari del commissario unico, esercita le attribuzioni del Sindaco. La commissione ed il commissario unico adottano i provvedimenti di competenza della Giunta comunale e quelli di carattere improrogabile. Questi ultimi perdono la loro efficacia, ove non siano ratificati dal Consiglio comunale entro un mese dalla sua convocazione.

#### Art. 47

##### *Sostituzione di eletti a speciali funzioni*

L'amministrazione straordinaria del Comune deve provvedere alla sostituzione, con nomina da farsi tra gli eleggibili a consigliere, di coloro che esercitano speciali funzioni per le quali la legge espressamente richiede tale qualità. Non potrà tuttavia essere designato a tali compiti, chi ha fatto parte del cessato Consiglio.

Le persone così nominate restano in carica finché vengono regolarmente sostituite dal nuovo Consiglio.

### TITOLO III - DEI CONTROLLI

#### Art. 48

##### *Potere di controllo della Giunta provinciale*

La Giunta provinciale esercita il controllo sui Comuni, sui consorzi, sulle amministrazioni frazionali, sulle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, sulle aziende di cura, soggiorno e turismo, e sugli altri enti ed istituti locali, secondo le norme del presente titolo, ferme restando, per gli enti diversi dai Comuni e dai consorzi, le disposizioni concernenti gli atti soggetti a controllo di legittimità e di merito.

La Giunta provinciale conosce dei ricorsi avverso i provvedimenti dei Comuni e degli altri enti e istituti locali di cui al precedente comma, in tutti i casi nei quali leggi dello Stato attribuiscono tali poteri alla Giunta provinciale amministrativa in sede amministrativa.

#### Art. 49

##### *Controllo di legittimità*

Le deliberazioni del Consiglio e della Giunta, ad eccezione di quelle di attuazione di altre precedenti già divenute esecutive e di quelle di cui all'art. 76, devono essere fatte pervenire in duplice copia, entro quindici giorni dalla data dell'atto, alla Giunta provinciale che ne accusa ricevuta.

Qualora la Giunta provinciale venga a conoscenza di una delibera non inviata in termine, ne richiede l'invio e accerta le responsabilità. In questo caso, salve le sanzioni a carico dei responsabili a norma di legge, i termini per il controllo decorrono dalla data di ricevimento dell'atto.

Ogni cittadino ha diritto di produrre direttamente alla Giunta provinciale denunce per chiedere l'annullamento o il rinvio per il riesame di un atto amministrativo. La Giunta ne accusa ricevuta.

Le deliberazioni soggette al solo controllo di legittimità diventano esecutive decorsi quindici giorni dalla data in cui siano pervenute alla Giunta provinciale, salvo che entro tale termine la Giunta stessa non abbia dato notizia, anche telegrafica, dell'avvenuto annullamento o non abbia chiesto elementi integrativi di giudizio a sensi dell'art. 51. Il provvedimento deve essere motivato e deve essere trasmesso al Comune entro dieci giorni dalla comunicazione dell'annullamento. In difetto, la deliberazione diventa esecutiva. Le deliberazioni, diventano esecutive anche prima che sia decorso tale termine, qualora la Giunta provinciale abbia comunicato di non aver riscontrato vizi di legittimità; tale comunicazione può effettuarsi mediante restituzione di copia della deliberazione munita della dichiarazione di ricevuta.

In caso di urgenza le deliberazioni di cui al comma precedente, possono essere dichiarate immediatamente esecutive col voto della maggioranza dei membri in carica del collegio deliberante,

fermo restando l'obbligo della pubblicazione a norma dell'art. 42 e dell'invio, a pena di decadenza, nel termine di otto giorni, alla Giunta provinciale. Tale facoltà non esime il collegio deliberante dalle responsabilità previste dalla legge.

#### Art. 50

##### *Controllo di merito*

Le deliberazioni dei Consigli e delle Giunte comunali soggette a controllo anche di merito diventano esecutive qualora, entro trenta giorni dal ricevimento, la Giunta provinciale non faccia pervenire, con provvedimento motivato, la richiesta di riesame all'organo normalmente competente.

Ove tale organo confermi la deliberazione a maggioranza assoluta dei suoi componenti, essa diventa esecutiva dopo la pubblicazione ed il controllo di legittimità. La deliberazione non può essere annullata per vizio di legittimità già esistente nella prima deliberazione. Alla conferma della deliberazione l'ente non può procedere durante il periodo di amministrazione straordinaria.

Sono sottoposte al controllo di merito le deliberazioni riguardanti gli oggetti di cui all'art. 22, numeri 1, 3, 4, 5, 7, 8, 10, 13 e 14, all'art. 62, ultimo comma e comunque quelle per le quali leggi regionali e provinciali lo prescrivono.

#### Art. 51

##### *Richiesta di elementi di giudizio*

Il Presidente della Giunta provinciale può chiedere, entro quindici giorni dal ricevimento della deliberazione, elementi integrativi di giudizio. In tal caso i termini di cui agli artt. 49 e 50 decorrono dalla data dell'effettivo ricevimento degli atti, attestata nella ricevuta rilasciata dal Presidente della Giunta provinciale o da un funzionario delegato.

Le deliberazioni si intendono decadute qualora il Comune non ottemperi, entro trenta giorni dal ricevimento, alla richiesta del Presidente della Giunta provinciale.

#### Art. 52

##### *Termini speciali*

I termini di cui agli artt. 49 e 50 sono raddoppiati per le deliberazioni di approvazione del bilancio preventivo e dei regolamenti, o quando per l'esercizio del controllo la legge prescrive l'audizione di un organo tecnico. In questo ultimo caso, qualora il parere non pervenga tempestivamente, la Giunta provinciale può prescindere oppure fissare un nuovo termine fino al massimo di un mese, dandone comunicazione al Comune.

I termini di cui al precedente comma e quelli previsti all'art. 50, non si applicano per i bilanci deficitari, per i quali venga chiesta integrazione a sensi della legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32.

#### Art. 53

##### *Controlli sulle deliberazioni adottate nell'esercizio di funzioni delegate*

Le deliberazioni adottate dal Comune e dagli enti locali nelle materie ad essi delegate dalla Regione o dalla Provincia a sensi dell'art. 14 dello Statuto, sono trasmesse, entro quindici giorni, alla Giunta provinciale, nonché alla Giunta regionale qualora la delega sia stata disposta dalla Regione, e diventano esecutive a norma delle disposizioni precedenti.

La Giunta regionale, ove ritenga una deliberazione non conforme alla legge trasmette le sue osservazioni al Presidente della Giunta provinciale ed all'ente che ha adottato la deliberazione.

La Giunta regionale e la Giunta provinciale possono sempre sostituirsi al Comune ed agli altri enti locali nell'esercizio delle funzioni delegate in caso di persistente inerzia o violazione delle leggi o delle direttive regionali o provinciali. Le direttive devono essere deliberate dalla Giunta regionale o dalla Giunta provinciale competente e pubblicate sul Bollettino Ufficiale della Regione; esse costituiscono atti amministrativi definitivi.

#### Art. 54

##### *Esclusività del controllo della Giunta regionale e della Giunta provinciale*

Nelle materie di competenza legislativa della Regione e delle Province di Trento e di Bolzano, i controlli di legittimità e di merito sugli atti degli enti ed istituti locali, nonché i poteri di inchiesta, di controllo sostitutivo e di controllo straordinario sugli organi, attribuiti dalla presente legge, dalle norme di attuazione dello Statuto e da leggi speciali regionali e provinciali alla Giunta regionale e alle Giunte provinciali, sostituiscono tutti i poteri di controllo esercitati da qualsiasi altra autorità e sotto qualsiasi forma.

Sono fatte salve eventuali norme di attuazione per il coordinamento nelle materie di competenza dello Stato.

#### Art. 55

##### *Definitività dei provvedimenti*

I provvedimenti di annullamento per vizio di legittimità e gli atti di controllo sostitutivo delle Giunte provinciali e quelli di controllo straordinario della Giunta regionale sugli organi sono definitivi.

Le deliberazioni degli enti e istituti locali, comunque divenute esecutive, sono provvedimenti definitivi.

## Art. 56

*Consulenza, assistenza e potere di inchiesta*

La Giunta provinciale dispone visite saltuarie e periodiche di assistenza e consulenza al fine di assicurare il buon andamento degli enti ed istituti locali. Sono fatte salve eventuali norme di attuazione per il coordinamento nelle materie di competenza dello Stato.

La Giunta provinciale e il suo Presidente, il Consiglio comunale, la Giunta comunale e il Sindaco nonché gli organi di amministrazione dei consorzi possono, nell'ambito delle loro attribuzioni, ordinare inchieste. Le spese per le inchieste ordinate dalla Giunta provinciale o dal suo Presidente sono liquidate dall'organo che ha disposto l'inchiesta e possono essere poste a carico dell'ente ispezionato.

## Art. 57

*Controllo sostitutivo*

La Giunta provinciale invia appositi commissari presso gli enti locali per compiere, in caso di ritardo o di omissione da parte degli organi previamente invitati a provvedere dal Presidente della Giunta provinciale, atti obbligatori per legge o eseguire impegni validamente assunti, e per reggere gli enti stessi, qualora non possano per qualsiasi ragione funzionare. La durata in carica del commissario non può eccedere il termine di un mese, salvo proroga fino a tre mesi, per gravi e giustificati motivi di carattere amministrativo.

Le spese per il commissario sono a carico dell'ente, salvo rivalsa sugli amministratori eventualmente responsabili.

## Art. 58

*Provvedimenti contingibili ed urgenti*

Il Presidente della Giunta provinciale, oltre le ordinanze di urgenza nell'esercizio della funzione sostitutiva di cui all'art. 29, può emanare ordinanze di carattere contingibile ed urgente in materia di edilizia, polizia locale ed igiene, per motivi di sanità o di sicurezza pubblica, interessanti l'intera provincia o più Comuni della medesima.

Le ordinanze di urgenza del Presidente della Giunta provinciale, sono eseguite in via amministrativa indipendentemente dall'eventuale azione penale. Quando gli interessati non le ottemperino, sono adottate le misure necessarie per la esecuzione d'ufficio, compreso l'impiego della forza pubblica, previa diffida, da notificarsi almeno tre giorni prima, salvo i casi di indifferibilità.

La nota delle spese è resa esecutoria dal Presidente della Giunta provinciale ed è rimessa all'esattore, che ne fa riscossione nelle forme e coi privilegi fiscali determinati dalla legge sulla riscossione delle imposte dirette.

Le contravvenzioni alle ordinanze emesse dal Presidente della Giunta provinciale, sono punite a norma di legge.

#### TITOLO IV. — PATRIMONIO E FINANZA

##### CAPO I. — PATRIMONIO

###### Art. 59

###### *Beni comunali*

I beni comunali si distinguono in beni demaniali e patrimoniali. Alla manutenzione ordinaria e straordinaria dei beni comunali si deve provvedere con mezzi del bilancio.

Nella amministrazione dei beni patrimoniali deve curarsi che il reddito complessivo dei beni comunali non subisca diminuzioni; in particolare il ricavo deve essere impiegato in beni patrimoniali o nella estinzione straordinaria di debiti o per diminuire il fabbisogno di mutui per spese straordinarie.

###### Art. 60

###### *Inventario*

L'amministrazione comunale deve formare e tenere al corrente un inventario dei beni demaniali e patrimoniali distinti in beni mobili ed immobili, disponibili ed indisponibili, completato da un elenco degli atti relativi ai beni medesimi.

Nell'inventario dei beni patrimoniali destinati ad un pubblico servizio dovrà essere fatta menzione del servizio medesimo.

Devono tenersi inventari separati, distinti da quelli del Comune, per:

- a) ciascuna delle istituzioni o delle aziende speciali amministrate dal Comune;
- b) ciascuna frazione avente patrimonio separato;
- c) ciascuna frazione avente amministrazione separata dei beni di uso civico.

Gli inventari devono essere riveduti ad ogni cambiamento dell'amministrazione dalla Giunta comunale, entro due mesi dalla sua nomina. Essi sono firmati dal Sindaco, dal segretario e, ove esistano, dal ragioniere e dall'economista.

## CAPO II. — CONTRATTI

### Art. 61

#### *Deliberazione sui contratti*

Le deliberazioni del Consiglio e della Giunta che comportano stipulazione di contratti possono limitarsi agli elementi essenziali degli stessi.

In nessun contratto per forniture, trasporti o lavori, si può stipulare l'obbligo di fare pagamenti se non in ragione dell'opera prestata o della materia fornita.

Gli amministratori devono astenersi, a pena di decadenza dal mandato, dal prendere parte a servizi, esazioni, forniture od appalti nell'interesse del Comune o delle istituzioni ed aziende amministrate dal medesimo, oltre i limiti previsti dall'art. 18, n. 6, della legge regionale 6 aprile 1956, n. 5.

### Art. 62

#### *Asta pubblica, licitazione, trattativa privata*

I contratti del Comune che riguardano alienazioni, locazioni, acquisti, somministrazioni od appalti di opere devono di regola essere preceduti da pubblici incanti. È consentita la licitazione privata quando si tratti:

- A) per i Comuni con popolazione superiore ai 30.000 abitanti:
  - 1) di contratti il cui valore complessivo e giustificato non ecceda le Lire 10.000.000;
  - 2) di spesa che non superi annualmente le Lire 2.000.000 ed il Comune non resti obbligato oltre cinque anni;
  - 3) di locazione di fondi rustici, fabbricati ed altri immobili, se il canone annuo non superi le Lire 1.000.000 e la durata del contratto non ecceda i nove anni;
- B) per i Comuni con popolazione superiore ai 10.000 abitanti:
  - 1) di contratti il cui valore complessivo e giustificato non ecceda le Lire 5.000.000;
  - 2) di spesa che non superi annualmente le Lire 1.000.000 ed il Comune non resti vincolato oltre cinque anni;
  - 3) di locazione di fondi rustici, fabbricati ed altri immobili, se il canone annuo non superi le Lire 500.000 e la durata del contratto non ecceda i nove anni;
- C) per i Comuni con popolazione fino a 10.000 abitanti:
  - 1) di contratti il cui valore complessivo e giustificato non ecceda le Lire 2.500.000;
  - 2) di spesa che non superi annualmente le Lire 500.000 ed il Comune non resti obbligato oltre cinque anni;

3) di locazione di fondi rustici, fabbricati ed altri immobili, se il canone annuo non superi le Lire 250.000 e la durata del contratto non ecceda i nove anni.

È consentita la trattativa privata quando i valori sono inferiori ad un quarto di quelli indicati al comma precedente. La licitazione e la trattativa privata non sono ammesse se per lo stesso oggetto vi sia altro contratto, computato il quale si oltrepassano i limiti di valore stabiliti.

Quando sia andata deserta l'asta è consentita la licitazione o trattativa privata, purché le condizioni del contratto non subiscano variazioni in danno del Comune.

Allorché ricorrano circostanze eccezionali, il Consiglio comunale può, con la maggioranza dei due terzi dei Consiglieri assegnati al Comune, deliberare la licitazione o la trattativa privata in caso di evidente necessità o convenienza. In tale caso, quando si tratti di lavori pubblici, l'invito alla licitazione privata dovrà venire esteso ad almeno cinque ditte. Le deliberazioni relative a contratti di cui al presente comma sono sottoposte al controllo di merito.

#### Art. 63

##### *Parere di organi tecnici*

Sui progetti di massima ed esecutivi di opere pubbliche del Comune, deve essere sentito il parere, in linea tecnica ed economica:

- a) dell'Assessorato provinciale dei lavori pubblici, se il loro importo superi le Lire 5.000.000;
- b) del Comitato tecnico provinciale se il loro importo sia compreso tra le Lire 20.000.000 e le Lire 50.000.000;
- c) del Comitato tecnico regionale se l'importo superi le Lire 50.000.000.

Quando si tratti di progetti parziali, il parere è richiesto all'organo competente a norma del comma precedente per l'opera complessiva, salvo che tali progetti costituiscano esecuzione di un progetto di massima, sul quale tale organo abbia già espresso parere favorevole; in questo caso il progetto parziale deve riportare il parere favorevole dell'organo competente per valore.

#### Art. 64

##### *Consenso preventivo per esecuzione di opere*

Chiunque intenda eseguire opere che possano comunque interessare la sicurezza e la solidità di costruzioni, di cui la legge pone le spese di ripristino a carico di enti pubblici locali, deve ottenere il consenso preventivo dell'ente interessato.

La inosservanza di tale regola dà diritto all'ente di ottenere dal giudice l'immediata inibizione del prosieguo delle opere, salva l'azione per risarcimento di danni.

Il consenso è dato o negato con deliberazione della Giunta comunale.

## Art. 65

*Appalto a concorso*

Per lavori o forniture che richiedano competenza o mezzi di esecuzione speciali può essere deliberato, a maggioranza dei componenti l'organo collegiale competente, l'invito a ditte ritenute idonee di presentare, secondo norme di massima, i progetti tecnici e le condizioni di esecuzione, con facoltà di demandarne l'esame ad una commissione.

L'aggiudicazione dell'appalto è riservata al Consiglio o alla Giunta, secondo la rispettiva competenza per valore.

## Art. 66

*Accensione di mutui*

Il Comune può contrarre mutui per spese straordinarie a sensi dell'art. 71, soltanto se le medesime non possono essere finanziate con altri mezzi e siano garantite le entrate necessarie per l'ammortamento del capitale e per il pagamento degli interessi.

Il Comune non può contrarre un nuovo mutuo ove la quota annuale di ammortamento, rappresentata dall'interesse e dal capitale, aggiunta a quella dei mutui di qualunque natura già contratti, rappresenti una somma superiore ad un terzo delle entrate ordinarie, valutate sulla media di quelle accertate nell'ultimo triennio. Restano salve le possibilità di accensione di mutui disciplinati da leggi speciali.

I contratti di appalto di lavoro o di fornitura, nei quali si stabilisca il pagamento in più di cinque annualità, con o senza interessi, sono considerati mutui e sono soggetti alle norme del presente articolo.

Gli istituti di credito di cui all'art. 5, n. 4, dello Statuto di autonomia, possono concedere mutui anche in deroga ai loro statuti.

## Art. 67

*Prestiti per opere a carattere permanente*

Per il finanziamento delle opere di carattere permanente o per l'assunzione di servizi di interesse generale il Comune può contrarre prestiti in cartelle od altri titoli negoziabili, previa autorizzazione concessa dalla Giunta regionale di concerto col Ministero del Tesoro. Di detta autorizzazione deve essere fatta espressa menzione sui titoli del prestito.

Per il medesimo scopo il Comune può contrarre prestiti con Istituti di credito esteri ed enti internazionali di credito.

## Art. 68

*Garanzia dei mutui*

Le quote di ammortamento dei mutui contratti dal Comune possono essere garantite con ipoteca o con delegazioni sulle seguenti entrate del Comune:

- a) sovrimposta su terreni e fabbricati e sull'addizionale all'imposta erariale sui redditi agrari;
- b) tre quinti del cespite netto dell'imposta di consumo, determinati sulla media degli incassi dell'ultimo triennio;
- c) metà del cespite netto dell'imposta sulle industrie, commerci, arti e professioni, calcolata sulla media degli incassi dell'ultimo triennio;
- d) metà del cespite netto degli altri tributi comunali esigibili con i privilegi delle imposte dirette, calcolata sulla media degli incassi dell'ultimo triennio;
- e) interessi e rendite patrimoniali fisse in favore del Comune, assicurati dalla proprietà di titoli di rendita pubblica o da contratti pluriennali di rendita;
- f) somme dovute dallo Stato a titolo di partecipazione al gettito dell'imposta generale sulla entrata.

## Art. 69

*Rogito di contratti*

I segretari comunali possono rogare i contratti e gli atti stipulati nell'interesse del Comune.

Nella stipulazione degli atti e dei contratti i segretari devono attenersi alle disposizioni della legge notarile. I contratti e gli atti rogati dai segretari comunali hanno, a tutti gli effetti, carattere di atto pubblico, a sensi dell'art. 2699 e seguenti del codice civile.

A cura del segretario è tenuto in ogni Comune un unico repertorio sul quale, in ordine cronologico di stipulazione, vengono registrati tutti gli atti e contratti ricevuti.

*CAPO III — BILANCIO E CONTO CONSUNTIVO*

## Art. 70

*Esercizio finanziario*

Il Comune ha un proprio bilancio per l'esercizio finanziario che coincide con l'anno solare. Agli effetti della riscossione delle entrate accertate entro il 31 dicembre e della liquidazione e del pagamento delle spese impegnate entro la stessa data, la chiusura dei conti è protratta fino al 31 gennaio dell'anno successivo, nel quale giorno l'esercizio è definitivamente chiuso.

Il progetto del bilancio di previsione deve essere presentato al Consiglio comunale entro il 31 ottobre dell'anno precedente a quello cui si riferisce. Con l'approvazione del bilancio il Consiglio comunale autorizza la riscossione dei tributi ivi previsti.

Il Sindaco, qualora preveda che il bilancio non possa diventare esecutivo entro il 31 dicembre o comunque in caso di mancata esecutività entro tale termine, chiede al Consiglio comunale l'autorizzazione alla gestione del bilancio con riferimento a quello presentato, o, in mancanza, a quello dell'esercizio scaduto, limitatamente ad un massimo di tre mesi.

#### Art. 71

##### *Bilancio di previsione*

Nel bilancio di previsione devono essere comprese tutte le entrate e le spese che competono al Comune, distinte in ordinarie e straordinarie. Le spese nel loro ammontare complessivo non devono superare il totale delle entrate. Pertanto il bilancio deve risultare in pareggio.

Sono ordinarie le entrate e le spese originate da cause permanenti o dipendenti dal normale andamento dell'amministrazione; sono straordinarie tutte le altre.

I bilanci di previsione delle istituzioni e delle aziende speciali amministrate dal Comune formano allegati del bilancio comunale. In questo è iscritta solamente la eventuale quota che va attribuita al Comune o quella destinata ad integrare i bilanci delle istituzioni o aziende speciali medesime.

#### Art. 72

##### *Spese del Comune*

Il Comune è tenuto ad assumere le spese indispensabili per la conservazione del patrimonio, per gli uffici e gli archivi comunali, per il trattamento economico e di assistenza e previdenza del personale, per i servizi di interesse locale ed in genere per adempiere le funzioni ad essi attribuite dalla legge.

#### Art. 73

##### *Oneri del Comune in materia di culto*

Salvi gli obblighi per titoli particolari, in caso di comprovata insufficienza di mezzi a ciò destinati, il Comune è tenuto ad assumere le spese per la manutenzione e conservazione degli edifici parrocchiali e curaziali delle Diocesi, attinenti al culto pubblico, ivi compresa la retribuzione del personale addetti.

## Art. 74

*Fondo di riserva e fondo spese non previste*

Nel bilancio deve essere stanziato il fondo di riserva non superiore al 5% delle entrate ordinarie, per coprire eventuali deficienze degli stanziamenti della parte ordinaria.

Può essere stanziato, nel limite del 3% delle entrate ordinarie, anche il fondo per spese non previste, da erogarsi soltanto per spese di carattere meramente accidentale che per la loro entità o natura non richiedano speciale stanziamento in bilancio.

## Art. 75

*Riscossione delle entrate*

L'esazione dei tributi comunali ha luogo, secondo le indicazioni del bilancio, con la procedura e i privilegi fiscali determinati dalla legge per la riscossione delle imposte dirette. Nella riscossione delle entrate patrimoniali e dei proventi dei pubblici servizi si osservano le disposizioni della legge speciale.

Tutte le entrate non comprese nel bilancio, che si verificano durante l'esercizio, devono essere date in carico al tesoriere.

Le somme riscosse per qualsiasi titolo da tutti coloro che ne sono incaricati devono essere versate alla tesoreria del Comune, nei termini prescritti.

## Art. 76

*Pagamento delle spese*

I mandati di pagamento sono sottoscritti dal Sindaco, dal segretario e, ove esista, dal ragioniere. Il singolo mandato non può essere imputato che ad un solo articolo di bilancio. Sono vietati i mandati provvisori; quelli per il pagamento degli stipendi al personale, delle pensioni, dei fitti e di altre spese a scadenza fissa e di importo prefissato, non possono essere emessi prima della scadenza del debito.

Sono impegnate e liquidate dalla Giunta comunale nei limiti di competenza, con deliberazioni non soggette a controllo da pubblicarsi a norma dell'art. 42, le spese necessarie per la conservazione del patrimonio, quelle sostenute dall'economista, quelle ricorrenti periodicamente e quelle relative a fondi a calcolo, salvo che non si tratti di spesa fissa, per la quale è sufficiente l'emissione del mandato recante gli estremi della deliberazione di approvazione del bilancio.

Il segretario e, ove esistano, il ragioniere e l'impiegato addetto alla contabilità del Comune, sono solidamente responsabili dell'esattezza dei dati iscritti sui mandati. Il tesoriere si rende personalmente responsabile del pagamento dei mandati che non sono conformi alle disposizioni di legge.

## Art. 77

*Investimenti provvisori e riserve*

Le somme eccedenti i bisogni ordinari di cassa del Comune devono essere depositate ad interesse o investite in titoli, emessi o garantiti dallo Stato o dalla Regione.

Dai mezzi del bilancio ordinario, dal realizzo dell'avanzo e dal ricavo di alienazioni patrimoniali possono essere costituite riserve speciali per spese straordinarie o per investimenti patrimoniali.

## Art. 78

*Tesoriere comunale*

Ogni Comune ha un servizio di tesoreria. Ove il Comune non provveda diversamente, l'esattore delle imposte dirette deve assumere l'esazione delle entrate ed il pagamento delle spese, a norma della legge sulla riscossione di tali imposte.

Possono essere istituiti consorzi tra due o più Comuni per il servizio di tesoreria.

## Art. 79

*Servizio di economato*

Ogni Comune ha un servizio di economato per le piccole spese e per i servizi gestiti in economia. Nel regolamento che lo istituisce si devono stabilire l'ammontare massimo delle anticipazioni periodiche, la cauzione ed eventualmente le entrate che l'economo è autorizzato ad incassare.

Questi è personalmente responsabile della regolarità dei pagamenti e delle somme ricevute in anticipazione fino al loro discarico.

Il servizio di economato si chiude con la scadenza dell'esercizio. Alla chiusura dell'esercizio l'economo versa al tesoriere l'intera somma ricevuta in anticipazione.

## Art. 80

*Rendiconto*

I risultati della gestione annuale sono dimostrati nel rendiconto, che si divide nel conto del bilancio e nel conto del patrimonio. Nel conto del bilancio sono dimostrate le somme annuali delle entrate accertate e delle spese impegnate confrontate con gli stanziamenti, quelle

delle riscossioni e dei pagamenti, ed i residui attivi e passivi all'inizio e alla fine dell'esercizio.

Nel conto del patrimonio sono dimostrati, in base al registro apposito, lo stato del patrimonio e dei debiti del Comune all'inizio e alla fine dell'esercizio, nonché le variazioni accertate nel corso del medesimo.

Il conto profitti e perdite e quello patrimoniale delle aziende speciali formano allegati del rendiconto del Comune.

#### Art. 81

##### *Avanzo e disavanzo*

Approvato il rendiconto dell'anno precedente il Consiglio applica immediatamente al bilancio l'avanzo o il disavanzo risultante dal rendiconto medesimo, deliberando le conseguenti variazioni di bilancio.

È fatto obbligo di provvedere alla copertura del disavanzo; l'avanzo è destinato alla formazione di riserve od all'impiego per esigenze straordinarie.

### TITOLO V. — FRAZIONI E CONSORZI

#### CAPO I. — FRAZIONI

#### Art. 82

##### *Separazione patrimoniale*

Ferma restando l'unità del Comune e salve le disposizioni concernenti l'amministrazione dei beni di uso civico, le frazioni possono ottenere, a domanda della maggioranza degli elettori stabilita dall'art. 7, la separazione delle rendite patrimoniali, delle passività e delle spese relative alla conservazione, manutenzione e miglioramento del patrimonio, nonché alla viabilità interna, all'illuminazione pubblica, alla istruzione elementare, agli edifici destinati al culto, ai cimiteri ed al servizio antincendi, quando siano in grado di provvedere ai loro particolari interessi e le condizioni dei luoghi lo consiglino.

Il relativo provvedimento è adottato dalla Giunta provinciale, che può sempre disporre la fusione delle rendite patrimoniali e delle spese frazionali con quelle del Comune se ciò sia richiesto dalle esigenze generali del medesimo.

#### Art. 83

##### *Delegato del sindaco*

Nelle frazioni che hanno patrimonio e spese separate a sensi dell'art. 82, risiede un delegato del Sindaco da lui nominato, scelto tra gli Assessori della frazione o, in difetto, tra i con-

siglieri comunali o infine tra gli eleggibili a consigliere comunale.

Nelle altre frazioni la nomina del delegato è facoltativa.

#### Art. 84

##### *Compiti del Delegato del Sindaco*

Il delegato del Sindaco cura gli affari locali dell'amministrazione comunale, secondo le direttive del Sindaco stesso e fa osservare le deliberazioni del Consiglio e della Giunta. Prima della presentazione del bilancio preventivo, il delegato fa relazione al Consiglio comunale sulle condizioni e sui bisogni della frazione.

#### Art. 85

##### *Conflitto di interessi patrimoniali*

Qualora gli interessi concernenti il patrimonio di una frazione siano in opposizione con quelli del Comune o di altra frazione, la Giunta provinciale convoca gli elettori della frazione per la designazione di tre o cinque cittadini elettori della frazione stessa per l'amministrazione dell'oggetto in controversia, con le facoltà del Consiglio e della Giunta.

Ai cittadini, scelti a sensi del precedente comma, spetta anche la rappresentanza della frazione in giudizio, qualora essa debba far valere o sostenere una azione contro il Comune o contro altra frazione del medesimo.

### CAPO II — CONSORZI FRA ENTI LOCALI

#### Art. 86

##### *Costituzione di consorzi*

I Comuni hanno facoltà di unirsi in consorzi fra di loro o con la Provincia, per provvedere a determinati servizi od opere di comune interesse. Di tali consorzi possono far parte anche altri enti.

I consorzi sono persone giuridiche pubbliche e sono costituiti:

- a) dalla Giunta provinciale, per delega della Regione, se gli enti appartengono alla stessa provincia;
- b) dalla Giunta regionale, sentite le Giunte provinciali, se gli enti appartengono alle due province di Trento e Bolzano, o se del consorzio fanno parte una od entrambe le Province;

c) dal Ministero dell'Interno, sentita la Giunta regionale, se con gli enti appartenenti alla Regione sono interessati enti di altre regioni.

Nei casi previsti dalla legge la riunione in consorzio, qualora non avvenga volontariamente, viene disposta dall'autorità competente a norma del comma precedente, sentiti gli enti interessati.

#### Art. 87

##### *Statuto dei consorzi*

Col provvedimento di costituzione viene approvato lo statuto del costituendo consorzio. Lo statuto dei consorzi volontari deve essere preventivamente approvato con deliberazione da ciascun ente interessato.

Lo statuto deve regolare la denominazione, lo scopo, la sede, gli organi e le loro attribuzioni, la partecipazione finanziaria e la rappresentanza degli enti consorziati.

Ogni consorzio ha una assemblea consorziale e un presidente; può avere una giunta ed altri organi.

#### Art. 88

##### *Costituzione della rappresentanza consorziale*

I componenti dell'assemblea consorziale sono eletti dai Consigli dei Comuni e delle Province partecipanti al consorzio, tenendo conto, nella provincia di Bolzano, della composizione etnica di ciascun Consiglio. La composizione dell'assemblea consorziale dei consorzi comprendenti altri enti locali deve adeguarsi in provincia di Bolzano alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati complessivamente nei Consigli degli enti locali medesimi. Nella stessa provincia gli altri organi collegiali del consorzio devono adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati nell'assemblea.

Il mandato dei rappresentanti degli enti consorziati cessa con la cessazione degli organi che li hanno eletti. Tuttavia essi continuano l'ordinaria amministrazione fino alla elezione dei successori.

In caso di vacanza per qualsiasi causa, l'organo competente dell'ente interessato provvede alla sostituzione.

#### Art. 89

##### *Estensione delle disposizioni relative ai Comuni*

Fatte salve le disposizioni di cui al presente Capo e sempre che non contrastino con lo statuto vanno osservate per i consorzi, ove siano applicabili, le norme sancite dal Titolo I, Capo III, dal Titolo II, dal Titolo III e dal Titolo IV della presente legge.

Il controllo è esercitato dalla Giunta provinciale nel cui territorio ha sede il consorzio; la Giunta provinciale determina a quale categoria di Comuni il consorzio viene equiparato, tenuto conto del numero dei Comuni consorziati e della loro popolazione complessiva. Lo scioglimento dell'assemblea consorziale e la nomina della amministrazione straordinaria spettano all'autorità cui compete la costituzione del consorzio. Se di questo fanno parte enti di altre regioni resta d'obbligo il parere della Giunta regionale.

Nello statuto può essere stabilito che il bilancio del consorzio sia biennale, nel caso in cui le esigenze amministrative inerenti al servizio o all'opera lo consentano.

Il consorzio può valersi degli uffici e del personale di un ente consorziato, regolando con questo i relativi rapporti finanziari. Può avere un proprio ufficio e proprio personale, il cui ordinamento è deliberato dall'assemblea con l'osservanza dei principi generali stabiliti per il personale dei Comuni.

#### Art. 90

##### *Cessazione del consorzio*

Oltre che per le cause contemplate dallo statuto, i consorzi cessano:

- a) per scadenza del termine della loro durata, per raggiungimento dello scopo o per sopravvenuta impossibilità di raggiungerlo;
- b) per deliberazione degli enti consorziati, che rappresentino la maggioranza delle quote di partecipazione, nel caso di consorzi volontari.

Qualora lo statuto non disponga diversamente, il patrimonio consorziale è ripartito fra i singoli enti in ragione della rispettiva quota di partecipazione, salvi i diritti dei terzi. Nella stessa misura è attribuita la quota patrimoniale dell'ente che si separa dal consorzio.

La cessazione è dichiarata ed il riparto patrimoniale è disposto, in caso di mancato accordo, dall'autorità competente per la costituzione del consorzio, sentiti gli enti il cui parere è prescritto per la costituzione medesima.

### TITOLO VI. — DELLE CONTRAVVENZIONI

#### Art. 91

##### *Sanzioni*

A norma della legge statale, le contravvenzioni alle disposizioni dei regolamenti comunali sono punite, salva diversa disposizione di legge, con l'ammenda fino a Lire 5.000.

Con la stessa pena sono punite le contravvenzioni alle ordinanze emesse dal Sindaco in conformità alle leggi ed ai regolamenti.

Il verbale di accertamento deve espressamente indicare se la contravvenzione sia stata o meno personalmente contestata al contravventore.

## Art. 92

### *Oblazione immediata*

Per le contravvenzioni previste dall'articolo precedente, il colpevole è ammesso a pagare, all'atto della contestazione della contravvenzione, una somma fissa nelle mani dell'agente o del funzionario che ha accertato la contravvenzione.

L'agente o funzionario è tenuto a rilasciare ricevuta dell'eseguito pagamento.

La misura della somma che deve essere pagata a sensi del primo comma, è determinata, in via generale, per ciascuna specie di contravvenzione, con ordinanza del Sindaco, la quale può anche stabilire che per determinate categorie di contravvenzioni non si faccia luogo alla oblazione prevista dal presente articolo.

Le ordinanze del Sindaco sono pubblicate, mediante affissione all'albo comunale, per un termine non inferiore a otto giorni.

L'oblazione non è ammessa quando il fatto contravvenzionale abbia recato danno a terzi o al Comune, nel qual caso si osservano le disposizioni dell'articolo seguente.

## Art. 93

### *Oblazione davanti al Sindaco*

Nel caso in cui non abbia avuto luogo l'oblazione a termini dell'articolo precedente, e la contravvenzione sia stata contestata personalmente al colpevole, questi, entro dieci giorni dalla contestazione, può chiedere che la somma da pagarsi a titolo di oblazione sia determinata dal Sindaco entro i limiti minimo e massimo dell'ammenda stabilita dalla legge.

Se la contravvenzione non è contestata personalmente, il verbale di accertamento è notificato al colpevole con l'avvertenza che egli può presentarsi, entro dieci giorni dalla notificazione, al Sindaco per fare domanda di oblazione a sensi del comma precedente.

Salva l'applicazione dell'art. 29, il Sindaco, qualora il fatto contravvenzionale abbia recato danno al Comune, può subordinare l'accoglimento della domanda di oblazione al fatto che il colpevole elimini, in un termine da prefiggersi, le conseguenze della trasgressione e lo stato di fatto che la costituisce.

Trascorso infruttuosamente questo termine, la domanda è respinta e, in caso di condanna, il Sindaco può ordinare l'esecuzione degli occorrenti lavori con la procedura stabilita dall'art. 29.

## Art. 94

*Procedimento penale*

Qualora il contravventore non si sia presentato al Sindaco nel termine prescritto, ovvero, pur essendosi presentato, non abbia fatto domanda di oblazione, il verbale di contravvenzione è trasmesso, a cura del Sindaco, al pretore per il procedimento penale.

Tale disposizione si applica anche nel caso in cui il contravventore non abbia pagato la somma fissata dal Sindaco a titolo di oblazione, ovvero la domanda di oblazione non sia stata accolta.

Il decreto di condanna è notificato, con contemporaneo precetto a pagare la pena pecuniaria inflitta entro i cinque giorni successivi alla scadenza del termine per proporre opposizione e con avvertimento che, decorso inutilmente il termine per la opposizione, il precetto rimane efficace ad ogni effetto di legge.

Per la notifica del decreto e contemporaneo precetto, è dovuto un solo diritto a norma delle tariffe sugli atti degli ufficiali giudiziari.

## Art. 95

*Ripartizione dei proventi delle ammende*

Le somme riscosse a titolo di ammenda per le contravvenzioni ai regolamenti nell'interesse del Comune e alle ordinanze del Sindaco, sia in seguito a condanna, sia per effetto dell'oblazione prevista negli artt. 92 e 93, spettano al Comune.

Un terzo dei proventi delle ammende, di cui al comma precedente, è devoluto ad un fondo speciale per premi di diligenza, da conferirsi agli agenti che abbiano contribuito alla scoperta e all'accertamento di reati.

Le norme per il conferimento di tali premi sono stabilite nei regolamenti comunali.

*Norme finali*

## Art. 96

Per gli effetti giuridici connessi alla popolazione residente valgono i risultati dell'ultimo censimento ufficiale.

## Art. 97

Le azioni ed i ricorsi alle giurisdizioni amministrative, che spettino al Comune, possono essere fatti valere da ogni elettore. Il giudice ordinario o quello amministrativo adito può ordinare al Comune di intervenire in giudizio.

In caso di soccombenza le spese sono sempre a carico di chi promuove l'azione ed il ricorso.

## Art. 98

Rimangono ferme le norme regionali sull'approvazione dei conti consuntivi degli enti locali e sulla finanza locale.

Nel regolamento per l'esecuzione della presente legge potranno essere stabiliti la classifica delle entrate e delle spese, nonché i modelli per i bilanci e per i conti consuntivi.

Fino a quando non sarà emanato il regolamento per la esecuzione della presente legge, si osservano, in quanto applicabili, le disposizioni del regolamento approvato con R.D. 12 febbraio 1911, n. 297.

La presente legge sarà pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.